

A

Autorenband 3 Das beträchtliche Potenzial freiwilligen sozialen Engagements fordert die Entwicklung neuer gesellschaftlicher Aktivierungsfelder heraus. Im bürgerschaftlichen Engagement finden Heranwachsende Möglichkeiten der aktiven Gestaltung ihrer Lebenswelt, und darin sind Chancen für selbstbestimmte Identitätspassungen enthalten.

Onlineausgabe

Eine Gesellschaft der Ichlinge?

Autor
Heiner Keupp



**SOS
KINDERDORF**

Sozialpädagogisches
Institut

Autorenband 3

Eine Gesellschaft der Ichlinge?

Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden

Autor
Heiner Keupp



**SOS
KINDERDORF**

Sozialpädagogisches
Institut

Autorenband 3 der SPI-Schriftenreihe

Keupp, Heiner (2000).
Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen
Engagement von Heranwachsenden.
Herausgegeben vom Sozialpädagogischen Institut des
SOS-Kinderdorf e.V.
München: Eigenverlag

ISSN 1435-3016
Onlineausgabe 2010
urn:nbn:de:sos-103-7

Redaktion: Dr. Gabriele Vierzigmann, SPI

© 2000 SOS-Kinderdorf e.V. Alle Rechte vorbehalten.

SOS-Kinderdorf e.V.
Sozialpädagogisches Institut (SPI)
Renatastraße 77
80639 München
Tel. 0 89/1 26 06-4 32
Fax 0 89/1 26 06-4 17
info.spi@sos-kinderdorf.de
www.sos-kinderdorf.de/spi

Titeltext entnommen aus den Kapiteln
„Wie hoch ist das soziale Kapital in der BRD“ und „Gelegenheits-
strukturen für das Engagement Heranwachsender“.

Inhalt

4	Vorwort des SPI
6	Auf dem Weg zu einer Gesellschaft der Ichlinge?
17	Der Blick auf das „soziale Kapital“: Vom alten Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement
36	Sich bürgerschaftlich engagieren heißt: Subjekt des eigenen Handelns werden
45	Wie hoch ist das soziale Kapital in der BRD?
55	Jugendspezifische Potenziale für bürgerschaftliches Engagement
66	Gelegenheitsstrukturen für das Engagement Heranwachsender
72	Aktuelle Hemmnisse für eine Ausweitung bürgerschaftlichen Engagements
81	Strategien zur Ausweitung bürgerschaftlichen Engagements
98	Schlussfolgerungen für Politik und Gemeinwesen
104	Literatur
115	Der Autor
116	Der Herausgeber

Manchmal klingen die Äußerungen Erwachsener über die heutige Jugend, als würden wir allesamt rein gar nichts mehr von der nachwachsenden Generation erwarten: Oberflächlich sei sie, bequem, konsumorientiert, nur auf den eigenen Vorteil, den eigenen Lustgewinn bedacht. Ganz andere Töne werden in der aktuellen Debatte um bürgerschaftliches Engagement angeschlagen. Hier ist der aktive, verantwortungsvoll handelnde, für das Gemeinwohl engagierte Mensch gefragt, der sich einmischen, teilhaben und mitentscheiden will bei der Gestaltung öffentlichen Lebens. Haben wir die falschen Jugendlichen für die Verwirklichung unserer Zukunftsziele? Passt die Vision einer Zivilgesellschaft, die getragen wird durch das vielfältige freiwillige und soziale Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger, nicht zu den realen Menschen?

Heiner Keupp verknüpft in diesem Autorenband die Debatte um bürgerschaftliches Engagement mit der Erziehungsfrage. Er zeigt auf, wie es tatsächlich mit dem Engagement Jugendlicher steht, unter welchen Bedingungen bürgerschaftliches Engagement entstehen kann und was die Identität freiwillig engagierter Menschen ausmacht. Seiner Ansicht nach ist die Herausbildung bürgerschaftlichen Engagements eine Sozialisationsaufgabe, deren Bewältigung dazu beiträgt, dass Jugendliche die Fähigkeiten und Haltungen entwickeln, die Staat und Gemeinwesen künftig brauchen: Eigenverantwortung und Solidarität, kritisches Denkvermögen und Widerstandsgeist, Dialogfähigkeit und die Fähigkeit zu ethisch reflektiertem Handeln.

Seine Thesen stellen eine Herausforderung für die Träger der Jugendhilfe dar. Zum einen müssen sie sich als Sozialisations-

agenturen unserer Gesellschaft fragen, inwieweit ihre Strukturen, Angebote und Erziehungsvorstellungen auf pädagogischen Haltungen und Werthaltungen basieren, die die genannten Fähigkeiten hervorbringen und fördern können. Es geht ja nicht darum, ein bisschen mehr an Beteiligung und Mitsprache der Jugendlichen zuzulassen. Bürgerschaftlich engagierte Jugendliche wollen eigenverantwortlich und selbstbestimmt handeln, wollen sich ihre Ziele und die Wege dorthin selbst aussuchen, sind unbequem und anstrengend. Sie verlangen nach neuen Formen und Modellen des Zusammenlebens und des Zusammenarbeitens.

Zum anderen müssen sich die Träger selbst verstärkt in die Debatte um bürgerschaftliches Engagement einmischen, in der vieles durchaus kontrovers diskutiert wird: Sollen durch „Freiwilligenarbeit“, durch „neue Ehrenamtlichkeit“, durch „Bürgerarbeit“ auf billige Art und Weise die Probleme der Wohlstandsgesellschaft entsorgt werden? Werden mit dem Umbau der Arbeitsgesellschaft wirklich eine Aufwertung und Gleichstellung reproduktiver und Sozialer Arbeit einhergehen? Wie wird sich das Aufgabenprofil professioneller Sozialarbeit verändern, werden sinnvolle neue Tätigkeitsfelder entstehen? Zu diesen Fragen gilt es eigene Vorstellungen zu entwickeln und das Verhältnis zwischen ehrenamtlicher und professioneller Sozialer Arbeit neu zu bestimmen. Insofern steht es auch den Trägern gut an, eben jene Fähigkeiten und Haltungen verstärkt zu fördern und einzusetzen, die bürgerschaftlich engagierte Menschen auszeichnen.

Wollen die Institutionen der Jugendhilfe engagierte Jugendliche einbinden beziehungsweise Jugendliche dazu ermutigen, sich für die Menschen in ihrem Umfeld und für das Gemeinwesen, in dem sie leben, zu interessieren und einzusetzen, dann sind viel mehr Bewegung und viel mehr Spielraum nötig, als in Zeiten produktorientierter Qualitätskontrolle zulässig erscheint. Partizipation als pädagogischer Anspruch ist längst formuliert – jetzt kommt es darauf an, dessen Tragweite zu erkennen und den Worten Taten folgen zu lassen.

Auf dem Weg zu einer Gesellschaft der Ichlinge?

Willst du froh und glücklich leben,
lass kein Ehrenamt dir geben.
Willst du nicht zu früh ins Grab,
lehne jedes Amt gleich ab.
Wie viel Mühe, wie viel Plagen,
wie viel Ärger musst du tragen.
Gibst viel Geld aus, opferst Zeit
und der Lohn? Undankbarkeit!
Drum rat ich dir im Treuen,
willst du Frau und Kind erfreuen,
soll dein Kopf dir nicht mehr brummen,
lass das Amt doch den anderen Dummen!

Joachim Ringelnatz¹

Die Klage über einen wachsenden Egoismus in unserer Gesellschaft wird bevorzugt an der jungen Generation festgemacht: Hier würde eine Generation von „Egotriplern“ heranwachsen, die sich kaum mehr für öffentliche Angelegenheiten interessiere, geschweige denn bereit sei, Verantwortung zu übernehmen. Ist das das uralte Klagelied der Älteren über die Jüngeren, das uns schon aus dem antiken Griechenland bekannt ist? Oder sehen wir uns einem unaufhaltsamen Trend in einer sich immer stärker individualisierenden Gesellschaft gegenüber, die konsequenterweise Individuen hervorbringt, die sich ausschließlich an ihren Eigeninteressen orientieren?

¹ Zitiert nach Gabi-Grete Kellerhoff in „Wozu Freiwilligen-Agenturen? Visionen und Leitbilder“. Bonn: Stiftung Mitarbeit 1999, Seite 87.

Diesen prominenten Diskurs werde ich kritisch prüfen, und vor allem werde ich ihn auf seinen empirischen Gehalt hin untersuchen. Um den jugendspezifischen Ausschnitt nicht aus seinem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu isolieren, ist es notwendig, das Potenzial bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt einzuschätzen. Schließlich werde ich Ideen und Vorschläge entwickeln, wie das Potenzial sozialen Engagements gefördert werden könnte.

Soziales Engagement von Heranwachsenden kann unter sehr verschiedenen Perspektiven thematisiert werden. Die häufigste kommt aus dem politischen Raum: Werden sich Jugendliche mit genügend großem Interesse die politischen Institutionen des demokratischen Staates zu Eigen machen, sich also in Parteien und Verbänden organisieren? Auch die Sorge um die Zukunft des Sozialstaates führt zu kritischen Fragen in Richtung der nachwachsenden Generation: Wird sie bereit und groß genug sein, den Generationenvertrag zu erfüllen? Meine Überlegungen erfolgen dagegen aus der Perspektive gelingender Lebensbewältigung in einer sich stark verändernden Welt. Im Zentrum der Anforderungen für eine gelingende Lebensbewältigung stehen immer zentraler die Fähigkeiten zur Selbstorganisation, zur Verknüpfung von Ansprüchen auf ein gutes und authentisches Leben einerseits mit den gegebenen Ressourcen andererseits und letztlich die Fähigkeit zur inneren Selbstschöpfung von Lebenssinn. Das alles findet natürlich in einem mehr oder weniger förderlichen soziokulturellen Rahmen statt, der aber dem Individuum die Konstruktion eigener Lebensvorstellungen nie ganz abnehmen kann. Es gibt gesellschaftliche Phasen, in denen der individuellen Lebensführung aller die bis dato stabilen kulturellen Rahmenbedingungen abhanden kommen und sich keine neuen verlässlichen Bezugspunkte zur individuellen Lebensbewältigung herausbilden. Gegenwärtig befinden wir uns in einer solchen Phase. Aus diesen Vorüberlegungen heraus ergibt sich meine Grundthese:

Die Chance, sich eine innere Lebenskohärenz zu schaffen, ist ein zentrales Kriterium für Lebensbewältigung und Gesundheit. In früheren gesellschaftlichen Epochen war die Bereitschaft zur Übernahme vorgefertigter Identitätspakete das zentrale Kriterium für Lebensbewältigung. Heute kommt es auf die individuelle Passungs- und Identitätsarbeit an, also auf die Fähigkeit

zur Selbstorganisation, zum „Selbsttätigwerden“ oder zur „Selbsteinbettung“. Diese Selbstverortung bedeutet die Passung von „innerer“ und „äußerer Welt“, und insofern stellt sie eine aktive Gestaltung der Lebenswelt dar. Bürgerschaftliches Engagement wird vor diesem Hintergrund zu einer sozialen Schlüsselqualifikation.

Frei und nur sich selbst verantwortlich – wie junge Menschen heute gesehen werden

Helmut Fend (1988) charakterisiert die Generationsgestalt heutiger Jugend unter anderem durch zunehmende „Freiheitsgrade des Handelns“ und ebenso durch die „Erweiterungen von Möglichkeitsräumen“ (S. 295). „Erweiterte Möglichkeiten bedeuten aber auch geringere Notwendigkeiten der Einordnung in gegebene Verhältnisse. (...) Damit werden aber Tugenden, mit (unveränderlichen) Umständen leben zu können, weniger funktional und weniger eintrainiert als Tugenden, sich klug entscheiden zu können und Beziehungsverhältnisse aktiv befriedigend zu gestalten“ (1988, S. 296). „Kinder der Freiheit“, nennt die englische Jugendforscherin Helen Wilkinson die Jugendlichen von heute, und Ulrich Beck gefällt dieser Titel so gut, dass er ihn gleich für sein neuestes Buch nutzt. Beck erhält von zwei „Lebensästheten“ aus Berlin Bestätigung in Form eines Buches, das er als „die erste authentische Stimme jener ‚neuen Wilden‘ bezeichnet (Süddeutsche Zeitung vom 9. September 1997), die die Orientierungslosigkeit als Tugend ansehen und vor allem an ihrem „Gesamtkunstwerk Ich“ basteln. Johannes Goebel und Christoph Clermont haben dieses in den Medien hochgejubelte Buch „Die Tugend der Orientierungslosigkeit“ verfasst, so gekonnt wie ihr Mäzen Ulrich Beck. Für sie ist „der Lebensästhet ein Bastler. Er bastelt an der eigenen Biografie, der eigenen Moral und auch der eigenen Religion. (...) In einer auf diese Weise individualisierten Gesellschaft lassen sich nicht mehr Ziele, sondern nur noch Prozesse eindeutig beschreiben“ (1997, S. 191). „Der Lebensästhet (thront) als kleiner Herrscher in einem Königreich bestimmender Patchworkmoral und determinierender Wertzusammenhänge. (...) Gerade weil der Lebensästhet selbst Urheber seiner Normen und Werte ist, fühlt er sich auch nur ihnen gegenüber verpflichtet, lässt dieses geschlossene Wertgebäude jenseits der

klassischen Doppelmoral die Einbindung in gemeinschaftliche Gefüge ... unmöglich werden“ (ebd., S. 191). „Der Lebensästhet widmet sich full-time dem Aufbau seiner persönlichen Moral. Verpflichtet fühlt er sich nur dieser privaten Baustelle und schon lange nicht mehr dem umfassenden Regelwerk einer allgemein verbindlichen Moral“ (ebd., S. 87). „Vor dem Hintergrund einer eigenen, unumstößlichen Moral erlaubt er die spielerische Navigation im Chaos der postmaterialistischen Informations- und Individualgesellschaft. Die Fähigkeit zu einem solchen ‚Moral-Surfen‘ ist die Basis einer neuen Ethik“ (ebd., S. 193). „Wo viele Beobachter noch jammernd am Wegesrand stehen und den Abschied von der Sicherheitsgesellschaft beklagen, bleibt dem Lebensästheten nichts übrig, als es sich in den Freiheiten der zweiten Moderne bequem zu machen“ (ebd., S. 129). Formuliert sich hier die Generation der Zukunft, die „Kinder der Freiheit“, für die es die Notwendigkeit, aber vor allem die Freiheiten der Selbstgestaltung gibt?

Aber diese Freiheiten sind auch riskant – davon steht nichts in diesem Buch. Das Leben in und mit diesen Freiheiten ist harte Arbeit und weit davon entfernt, ein Reich der Freiheit zu sein, das einem in den Schoß fällt. Die Vorstellung, die neuen „Tugenden“, die für das risikoreiche Leben in diesen Freiheiten erforderlich sind, würden naturwüchsig ein soziales Biotop der postmodernen Gesellschaft entstehen lassen, halte ich für naiv. Hierzu konnte man vor einigen Monaten eine Kontroverse zwischen Bischof Franz Kamphaus und Ulrich Beck in der Süddeutschen Zeitung (SZ) verfolgen. In der SZ vom 5.11.1996 hatte Ulrich Beck „Die Kinder der Freiheit“ gegenüber ihren Verächtern verteidigt und den Bischof von Limburg als einen solchen erkannt: „Sind wir eine Gesellschaft von Ichlingen? Fast möchte man dies bejahen, wenn man die populären Schlagworte Entsolidarisierung, Werteverfall, Kultur des Narzissmus, Egoismus-Falle, Anspruchsdenken oder Hedonismus Revue passieren lässt. Franz Kamphaus, Bischof von Limburg, schreibt etwa: ‚Mit jeder Bewegung auf dem unendlichen Spielfeld der Freiheit gehen Krisen von Beziehungen einher, Aufkündigung von Loyalitäten, Risse in Traditionsketten. Lebt der Mensch, der seine Freiheit ausleben will, am Ende sich selber aus? Gehen moderne Gesellschaften an ihrer Atomisierung zugrunde, an Solidaritätserschöpfung?‘ Das also ist die Diagnose des Neospenglerismus: Solidaritätsauszehrung“ (zitiert nach Beck 1997,

S. 9). In einem Leserbrief vom 26.11.1996 verteidigt sich Franz Kamphaus souverän und weist die Zuordnung als Nachfolger des Propheten vom „Untergang des Abendlandes“, Oswald Spengler, zurück. Unter der treffenden Überschrift „Kinder der Freiheit sind wir alle“ betont er, dass „wir in unserer Gesellschaft derzeit einen Prozess der Integration von Moral in die Selbstverwirklichungsvorstellungen (erleben) (...) „Immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft sehen Moral als Teil ihres persönlichen Lebensentwurfs, weniger als Beachtung eines Pflichtenkatalogs.“ Mit diesen Sätzen erweist sich der Bischof als guter Kenner der Forschung zum neuen kulturellen Modell. Er setzt sich allerdings dort kritisch von Beck ab, wo er dessen naive Hoffnung, dass aus dem Hedonismus („Spaß haben“) die neue Sozialmoral folgen würde, infrage stellt. Der Hedonismus stehe zwar nicht im Widerspruch zu einem wertegeleiteten Handeln, gebe aber auch noch keine ausreichende Antwort auf die anstehenden Probleme. Ich teile die Position des Kirchenmannes. Mir scheint es ohnehin eine außerordentlich verkürzte Sicht auf Heranwachsende zu sein, sie nur an ihren positiven Erlebnisansprüchen zu messen.

Eine besondere Schiefelage bekommt der aktuelle Wertediskurs, wenn die Älteren über die Jugend klagen. Da wird das eigene Wertekorsett in der Entwertung der Heranwachsenden zu retten versucht. Es wird zur Messlatte schlechthin und sieht nur Verfall. Rainer Zoll (1993) hat diese Haltung so zusammengefasst: „Am bekanntesten ist das negative Urteil über die Arbeitslust vieler Jugendlicher: Sie hätten keine Lust zu arbeiten, sie seien faul. Ein anderer Vorwurf bezieht sich auf das Verantwortungsgefühl: Manche Jugendliche würden für nichts mehr Verantwortung übernehmen, sie seien verantwortungslos in ihrem Denken und Handeln. Weitere Kritikpunkte sind Disziplinlosigkeit, Unbescheidenheit, Unstetigkeit. Auch wird gesagt, die Jugendlichen seien nicht in der Lage, eine Sache zu Ende zu führen, einer Idee oder einer Entscheidung treu zu bleiben oder zu ihr zu stehen, sie würden vieles anfangen, aber wenig vollenden, sie wären nicht fähig, auch einmal etwas hinzunehmen, sich unterzuordnen, zu gehorchen. Es wird deutlich, dass hinter dieser Kritik die eigenen Wertvorstellungen der älteren Generation stehen: Ideale, wie Fleiß, Arbeitslust, Pflichterfüllung, Treue, Bescheidenheit, Verantwortungsbewusstsein, Selbstlosigkeit“ (Zoll 1993, S. 17).

Im Unterschied zu manchen Klageliedern, die Veränderungen von Lebensformen und die sie begleitenden Wertumorientierungen bei Jugendlichen als Werteverfall beurteilen, lese ich die sich neu und manchmal als experimentelle Suchbewegungen manifestierenden Werthaltungen als Boten und Potenzial zukunftsfähiger Lebensstile. Viel ist ja schon gewonnen, wenn wir die Lebensprobleme von Kindern und Jugendlichen als Seismogramm für den gesellschaftlichen Umbruch zu deuten gelernt haben und nicht nur als individuelle Defizite, die wir möglichst schnell zum Verschwinden bringen wollen. Aber noch mehr ist gewonnen, wenn wir diese Haltung auch in Bezug auf Lösungsversuche einnehmen und diese nicht nur als Abweichung von uns gewohnten und wichtigen Werten ansehen, sondern als Keime und Potenziale zukunftsfähiger Wertprofile. Der Wertekanon für das nächste Jahrhundert wird wohl nicht mit den Vorräten auskommen, die die hinter uns liegenden Jahrhunderte akkumuliert haben.

Als Keime solcher zukunftsfähigen Werthaltungen sehe ich vor allem Tendenzen zu einer hohen „Alltagssolidarität“ bei Heranwachsenden, die neue Jugendstudien herausgearbeitet haben. Sie lebt von einer neuen kommunikativen Kultur, in der sich alles und jedes bewähren muss. In ihr „wird alles hinterfragt. Jede Aussage, jede Entscheidung muss sich in einem kommunikativen Prozess legitimieren. Bloß hierarchische Autorität wird strikt abgelehnt; gefordert werden Glaubwürdigkeit und Authentizität. Die menschlichen Eigenschaften einer Person werden viel höher bewertet als die Rollen, deren Träger sie sein mag“ (Zoll 1993, S. 142). Eine solche Grundhaltung belegt wohl kaum die Präsenz einer Generation von „Egotriplern“.

Was die aktuelle Jugendforschung dazu sagt

Bei allen Aussagen, die Erwachsene über „die Jugend“ machen, besteht die Gefahr, dass sie als Pauschalurteile die Pluralität im Jugendbereich verfehlen und dass vor allem Projektionen von Ängsten der jeweiligen Erwachsenengeneration diese Aussagen prägen. Vor dem Hintergrund solcher projektiver Fantasien ist man für empirische Studien höchst dankbar, und gerade sind drei repräsentativ angelegte Untersuchungen publiziert worden, die uns eine Möglichkeit geben, bei Aussagen zur Jugend über

Spekulationen hinauszugehen. Was vermitteln die aktuellen Jugendstudien über eine Jugend, die immer mehr zu einer schwer fixierbaren Größe auf der nach oben offenen Altersskala wird (die Jugendzeit dauert heute offenbar mindestens bis zum 30. Lebensjahr)?

Gerhard Schmidtchen (1997) hat 5 500 Menschen im Alter zwischen 15 und 30 befragt. Auftraggeber seiner Studie war das Bundesjugendministerium, und sie war im Wesentlichen motiviert durch die fremdenfeindliche Gewaltexplosion Anfang der 90er Jahre. Schmidtchen sieht Belege für den Auftritt einer „moralischen Generation“ und führt den Gedanken so ein: „Was mich am meisten beeindruckt, ist die Moralsehn-sucht junger Menschen, die Lauterkeit des Strebens nach persönlicher Ehrlichkeit, der durchgängige Wunsch, in der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit den Sinn des Lebens zu finden.“ In diesem Zusammenhang spricht Schmidtchen von einem „Aufstand der Person“, der für ihn eine vergleichbare Dynamik aufweist wie die Entdeckung der individuellen Person in der Renaissance: „Man möchte unabhängig sein, frei von Angst, aber auch frei von Überheblichkeit. Von daher wird der Widerstand gegen die ungeprüfte Übernahme von Normen verständlich, gegen Institutionen, die zu wenig Mitbestimmung verheißen, gegen falsche Unterordnung, gegen politische Entscheidungen, die nicht einleuchten. Die Person steht auf gegen das, was sie begrenzt und zu deformieren versucht. Dieses Grundmuster ist dem der Renaissance vergleichbar“ (Schmidtchen, 1997, S. 364).

Als zweites bemerkenswertes Ergebnis wird die Gewaltbereitschaft thematisiert. In diesem Punkt gibt es die einzige klare Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland: 33 gegenüber 22 Prozent. Schmidtchen sucht keine individual-, sondern kollektivpsychologische Erklärungen für diesen Befund. Er entwickelt einen Ansatz, der an der politischen Kultur des vereinigten Deutschlands anknüpft: „Dem Verhalten des politischen Systems kommt eine nicht unmaßgebliche Rolle bei der Vermeidung von Gewalt zu. Die Gewaltfantasien steigen auf, wenn junge Bürger sich machtlos vorkommen, wenn sie die Legitimität des politischen Systems bezweifeln, wenn sie das Gefühl haben, wesentliche humanitäre Werte in der Gesellschaft nicht verwirklichen zu können. Durch Bildung und

Wohlstand sind die Bürger kompetenter geworden. Politisch ist ihr Einfluss aber nicht gewachsen“ (ebd. 1997, S. 351).

Ich nehme aus dieser ersten aktuellen Jugendstudie die Stichworte „Aufstand der Person“ und „politische Machtlosigkeit“ mit.

Zeitgleich ist eine zweite Jugendstudie erschienen: „Jungsein in Deutschland“ (Silbereisen, Vaskovics & Zinnecker 1997), die auf 1996 erhobenen Daten bei 13- bis 29-Jährigen aufbaut und unmittelbar an die Shell-Studie von 1992 (Jugendwerk der Deutschen Shell 1992) anschließt. Was erfahren wir da über die Lebenssituation von Heranwachsenden? Aus der Fülle der Daten greife ich die Ergebnisse heraus, die ich am eindrucksvollsten finde. Da gibt es Befunde, die direkt auf die Studie von Schmidtchen verweisen. Fast 90 Prozent der Heranwachsenden fühlen sich durch Politiker und Parteien nicht angemessen vertreten. Fast die Hälfte der 18- bis 29-Jährigen ist bereit, „eine aktive Rolle in der Politik zu übernehmen“ (Silbereisen et al. 1997, S. 9). Der Anteil derjenigen, die auch nach dem 20. Lebensjahr noch unschlüssig sind, wie sie sich beruflich entscheiden sollen, hat sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt. Die Ausbildungsphase verlängert sich weiter. „1991 standen 32 Prozent der jungen Erwachsenen (18- bis 29-Jährige) noch in Ausbildung; bis 1996 steigt ihr Anteil auf 41 Prozent.“ Bei jungen Frauen „steigt der Anteil derer, die sich in Ausbildung befinden, zwischen 1991 und 1996 von 30 auf 42 Prozent, also etwas stärker als bei den jungen Männern“ (ebd., S. 352). Der Einstieg in das Berufsleben führt 1996 für etwa ein Viertel der jungen Erwachsenen in den alten Bundesländern über eine Phase der Arbeitslosigkeit, ähnlich wie schon fünf Jahre vorher. Damals war die Situation in West- und Ostdeutschland vergleichbar, fünf Jahre später haben bereits 51 Prozent der jungen Erwachsenen aus den neuen Bundesländern Arbeitslosigkeit erfahren. Die Schwierigkeit, eine Arbeitsstelle zu finden, ist für junge Frauen aus den neuen Bundesländern am größten.

Von besonderem Interesse sind für mich die Ergebnisse zu den Fragen nach Werten, Zukunft und Religion. Bei den Werten rangieren Frieden und Freundschaft ganz oben, die esoterische Loslösung von weltlichen Belangen und soziale Macht ganz unten. Bei der Zukunftsorientierung werden drei Hauptgruppen

unterschieden: Eine knappe Hälfte der Befragten, mit einer stärkeren Besetzung durch die Älteren in der Stichprobe, konzentriert sich planerisch auf die Zukunft; mit Optimismus wird mittel- bis langfristig geplant. Ein größerer Teil davon hat sich beruflich etablieren können und ist verheiratet. Es wird diesem Teil eine „erarbeitete Identität“ zugeschrieben. Die zweite knappe Hälfte, zu der deutlich mehr Jüngere zählen, ist durch eine ausgesprochene Gegenwartsorientierung geprägt, hedonistisch eingestellt und hat eine spielerisch-experimentelle Haltung „gegenüber einer unbestimmbar offenen Zukunft“ (ebd., S. 14). Ihr Identitätsstatus wird als suchend bis diffus eingeschätzt. Nur eine kleine Minderheit (etwa 4 Prozent) erlebt sich „in einer unstrukturierten Lebenszukunft fremdbestimmt“. „Ihre Zukunftssicht ist kurzschrittiger und eher pessimistisch getönt“ (ebd., S. 14).

Wie halten es die jungen Deutschen mit der Religion? Die Autoren formulieren es zusammenfassend so: „Die christliche Weltanschauung ist zahlenmäßig unter den Jüngeren nur noch marginal vertreten“ (ebd., S. 19). Nur 9,5 Prozent glauben an einen christlichen Gott und nur 6,8 Prozent an eine christliche Erlösung. Die Befragten sind aber keineswegs rigorose Nihilisten. „Autonome, selbstständige Sinngebung und Sinnschöpfung ist für nahezu jeden Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine selbstverständliche Form der Selbst- und Weltinterpretation. Über 50 Prozent sind der festen Überzeugung, dass das Leben nur dann einen Sinn hat, wenn man ihm einen Sinn gibt“ (ebd., S. 116). Das überraschendste Ergebnis war für die Autoren, dass sie keine vertrauten Weltanschauungsmuster auffinden konnten. Das heißt, dass „die Individuen ihre Weltanschauung nach eigenen autonomen Regeln zusammensetzen, die nicht mehr der traditionellen Logik folgen“ (ebd., S. 117). Interessant ist, dass Deutungsfragmente, die einen christlichen Ursprung aufweisen, relativ häufig vorkommen und mit dem „Autonomismus“, also der Betonung einer selbstbestimmten Sinngebung, einen hohen Überschneidungsgrad aufweisen. Die Autoren interpretieren dieses Ergebnis dahin gehend, dass das „Deutungsschema“ der christlichen Kirchen „dem Einzelnen nicht mehr ausreicht, weil seine Begriffe unklar sind, die Anpassung an die Lebenssituation der Menschen in der fortgeschrittenen modernen Gesellschaft nicht gelungen ist, und der Einzelne daher den Bedarf nach einer Sättigung und

Ergänzung durch andere Formen der Weltanschauung hat“ (ebd., S. 123).

Stichworte, die ich aus dieser Studie aufnehme, sind „autonome Sinnschöpfung“ und „Identitätsmuster“, die ein weites Spektrum von erarbeiteten und eher sicheren bis zu ungesichert-diffusen Konstellationen umfassen.

Die dritte Untersuchung ist die bereits erwähnte Shell-Studie, und sie bestätigt die meisten Befunde der beiden genannten Untersuchungen. Einen Befund der Shell-Studie möchte ich aber noch gesondert herausheben: Die gesellschaftliche Krise, und vor allem die Krise der Erwerbsarbeit, hat die Heranwachsenden längst erreicht. Dadurch wird auch die gesellschaftliche Funktion unserer bisherigen Vorstellungen von Jugend infrage gestellt: Jugend als eine Altersphase, in der Heranwachsende spezifische Entwicklungsaufgaben zu bewältigen haben und in der sie von der Gesellschaft einen experimentellen Spielraum erhalten. Sie werden idealerweise von einer „sozialen Ozonschicht“ umgeben, die sie vor dem direkten Durchschlagen gesellschaftlicher Problemlagen schützt. In dieser jugendspezifischen Schutzzone kann dann die eigene gesellschaftliche „Nische“ gesucht, erkundet und schließlich besetzt werden. Vor allem sollen Jugendliche in die Arbeitsgesellschaft integriert werden. Das Fundament für die Bereitschaft, sich in das bestehende System gesellschaftlicher Arbeit hineinzubebenen, soll gelegt werden. In dieser Jugendphase werden Identitäten gestiftet, der Generationenvertrag fortgeführt und damit die Basis für das Erwachsenwerden gelegt. Diese kulturelle Basissozialisation ist extrem gefährdet, wenn die Integration durch und in Arbeit nicht mehr funktioniert. 92 Prozent der in der Shell-Studie befragten Jugendlichen sehen die Arbeitslosigkeit als ein großes soziales Problem an. Selbst bei den Jugendlichen bis 16, die in der BRAVO-Studie (Emnid 1997) befragt wurden, ist für mehr als die Hälfte die Angst um ihre berufliche Zukunft das größte Problem. Die „soziale Ozonschicht“ bietet nicht länger Schutz, und gesellschaftliche Probleme schlagen direkt auf Heranwachsende durch.

Solche Befunde rechtfertigen einen besorgten Blick auf die Heranwachsenden. Erwachsenwerden ist ein zunehmend schwieriger werdender Prozess. An welchen Modellen und Werten sollen

sich Heranwachsende orientieren oder von welchen sich abgrenzen? Die Lebenswelten brechen um. Heranwachsen führt in eine Welt hinein, die zunehmend unlesbar geworden ist, für die unsere Erfahrungen und unsere Begriffe nicht ausreichen, um eine stimmige Interpretation oder eine verlässliche Prognose zu erstellen. Für diese Welt existiert kein Atlas, auf den Erwachsene zurückgreifen könnten, um Heranwachsenden ihren möglichen Ort und den Weg dorthin zu erklären. Insofern ist die ältere Generation zunehmend auch selbst überfordert, Jugendlichen überzeugend zu vermitteln, worauf es bei einem gelingenden Leben ankommt. Jugend ist daher nicht nur eine Lebensphase, deren Bewältigung schwieriger geworden ist. Sie ist auch deshalb komplizierter geworden, weil sie zu einem Experimentierfeld für zukunftsfähige Problemlösungen, aber für die Erwachsenenwelt auch zu einer Projektionsfläche für die eigenen Ängste und Verunsicherungen geworden ist. Zur Lebensbewältigung müssen Heranwachsende hohe gestaltende Eigenleistungen erbringen. Das gilt nach innen wie auch nach außen. Für die Erarbeitung eines eigenen Identitätskonstruktes gibt es kaum mehr kulturell vorgegebene Schnittmuster. Identitätsarbeit ist der eine Teil der Selbstorganisation. Der andere zielt auf die aktive Gestaltung der eigenen Lebenswelt. Von besonderem Interesse ist also die Frage, wie sich Jugendliche auf eine Welt beziehen, die ihnen mit erheblichen Belastungen, aber auch mit neuen Gestaltungsaufgaben begegnet. Das ist die Frage nach dem „bürgerschaftlichen Engagement“.

Der Blick auf das „soziale Kapital“: Vom alten Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement

Der gesellschaftliche Umbruch an der Schwelle unseres Jahrtausends ist radikal und vielgestaltig. Es ist ein Umbruch mit weit reichenden technologischen, ökonomischen und ökologischen Konsequenzen. Aber er zeitigt auch eine tief greifende zivilisatorische Umgestaltung, die sich in der Alltagskultur, in unseren Werthaltungen und in unserem Handeln notwendigerweise auswirken muss. Angesichts ökonomischer Turbulenzen können sich Menschen nicht in die „Festung Alltag“ zurückziehen – in der Hoffnung, dort abzuwarten, bis sich diese Turbulenzen gelegt haben, um dann so weiterzumachen, wie man es schon immer gemacht hat. Die bisherige Debatte um die „riskanten Chancen“ des gesellschaftlichen Umbruchs wird mir zu sehr als ökonomische Standortdebatte geführt. Ich behaupte, dass eine soziale Standortdebatte von gleicher Relevanz ist. Oder lassen Sie es mich in ökonomischen Metaphern ausdrücken: Nicht nur das ökonomische Kapital, sondern ebenso das „soziale Kapital“ entscheidet über die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Die Debatte über die „Zukunft der Arbeit“, so meine These, wird ihre Zentrierung auf Erwerbsarbeit und deren Vermehrung lösen und Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit – und das sind überwiegend Tätigkeiten im sozialen Bereich – als Quelle gesellschaftlicher Wertschöpfung einbeziehen müssen. Zugleich sollte sich unsere Debatte von einer engen Standortdebatte lösen und das demokratietheoretische Potenzial einer Gesellschaft klarmachen, die auf „bürgerschaftlichem Engagement“ aufbaut.

Dem traditionellen Ehrenamt gehen die gesellschaftlichen Passungen verloren

Innerhalb eines Tages habe ich in Bezug auf die Engagementbereitschaft von jungen Menschen zwei sehr unterschiedliche

Botschaften vernommen: Bei einer Versammlung des BUND Bayerns wurde Klage darüber geführt, dass sich immer weniger Menschen bei ihm engagieren würden. An diesem Tag hatte ich aber auch einen Anruf einer von jungen Erwachsenen getragenen ökologischen Initiative mit dem schönen Namen „Green City“ erhalten, die sich mit großem Schwung und vielfältigen Projekten am „Agenda 21“-Prozess der Stadt München beteiligt hat. „Green City“ war einen Sommer lang mit einem Infowagen über die Stadtteilfesten getingelt. Etwa 500 – überwiegend junge – Frauen und Männer hatten Interesse gezeigt, sich in Zusammenhang mit irgendeinem Projekt von „Green City“ zu engagieren. Der Anruf bezog sich auf ein anderes Projekt im Rahmen des „Agenda 21“-Prozesses, nämlich auf die Einrichtung einer Agentur zur Vermittlung bürgerschaftlichen Engagements. „Green City“ wollte wissen, ob diese Agentur den Zugang zu und die Mitarbeit bei ökologisch orientierten Projekten für Interessierte vermitteln kann.

Die beiden Erfahrungen dieses Tages könnten als Belege für gegensätzliche Interpretationen hergenommen werden, die man nicht nur in Deutschland immer wieder vernehmen kann. Einerseits wird häufig vom Rückgang des freiwilligen sozialen Engagements gesprochen, und meist wird dafür ein wachsender Individualismus oder Egoismus der Menschen verantwortlich gemacht. Andererseits wird von zunehmender Engagementbereitschaft und nur noch unausgeschöpften Potenzialen gesprochen, die bislang zu wenig Kristallisationspunkte für konkretes Handeln gefunden hätten. Welche Interpretation stimmt denn nun? Es mag paradox klingen, wenn ich sage: Es stimmt beides in einem bestimmten Umfang.

Meine erste These:

Es gibt in der BRD ein gutes motivationales Potenzial für bürgerschaftliches Engagement, aber dieses ist nicht einfach durch vorhandene institutionelle Felder abrufbar, sondern es bedarf neuer Gelegenheitsstrukturen. Die motivationale Basis für bürgerschaftliches Engagement hat sich verändert, und sie findet in traditionellen Formen der Organisation von ehrenamtlicher Tätigkeit kaum den erforderlichen Resonanzboden. Eine nachhaltige Aktivierung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements bedarf neuer Rahmenbedingungen und Unterstützungsformen.

Der Stadtrat der bayerischen Landeshauptstadt München hat am 29. April 1999 die Einrichtung einer Unterstützungsstelle für bürgerschaftliches Engagement beschlossen. Mit dieser Stelle entsteht ein neues und aus meiner Sicht zentrales Element im Ergänzungsverhältnis von Motiven und Gelegenheitsstrukturen.

Zwei Begriffe habe ich verwendet, die erklärungsbedürftig sind: „Ergänzungsverhältnis“ und „Gelegenheitsstrukturen“ – beide haben sehr viel mit Motivlagen und ihrer Umsetzung in konkretes Handeln zu tun. In unserem Handeln, sagte Sigmund Freud, wirken unsere primären Motive, Wünsche oder Triebe mit den kulturellen Erwartungen, Wertungen, aber auch Verbotstafeln zusammen. Das Handeln bildet häufig irgendeine Art von Kompromiss zwischen unseren Wünschen und dem, was kulturell gebietet oder erschwert ist. Unter Bedingungen einer von Krieg gekennzeichneten oder deformierten Kultur können zum Beispiel destruktive oder sadistische Impulse, die in Friedenszeiten geächtet wären, in Einklang mit den gesellschaftlichen Erwartungen gebracht werden. Umgekehrt kann die Hilfestellung für Angehörige von Minderheiten in Friedenszeiten als geachtete altruistische Handlung angesehen werden, und das gleiche Handeln macht einen in der eigenen Gemeinschaft zum Geächteten oder gar Feind, wenn diese Minderheit zum Feind wird.

Auch im bürgerschaftlichen Engagement gibt es ein „Ergänzungsverhältnis“: Bestimmte Motivlagen, die ehrenamtliche, freiwillige Tätigkeiten tragen, können ideal zu bestimmten Institutionen und ihren Aktivitätsfeldern passen. Handle ich aus einem christlichen Grundverständnis und ist deshalb die „tätige Nächstenliebe“ eine selbstverständliche Pflicht, so finden diese Motivlagen möglicherweise genau die Passung zu sozialen Projekten meiner Kirchengemeinde oder eines christlichen Wohlfahrtsverbandes. Eine aus dem Grundverständnis der Arbeiterbewegung kommende Vorstellung von Solidarität wird in den Gewerkschaften oder bei der Arbeiterwohlfahrt ihr stimmiges Entsprechungsverhältnis finden. Es lässt sich auch anders formulieren und eröffnet damit die Möglichkeit, auch den zweiten Begriff zu erläutern: Unsere Motive brauchen „Gelegenheitsstrukturen“, um sich in konkrete Handlungszusammenhänge einzuklinken zu können.

In Perioden gesellschaftlicher Entwicklung, in denen die Menschen das Gefühl haben, dass sich die Geschäftsgrundlagen ihres Handelns zunehmend verflüchtigen, also in Phasen eines beschleunigten gesellschaftlichen Wandels, lösen sich auch bewährte „Ergänzungsverhältnisse“ auf. In einer solchen Phase scheinen wir uns zu befinden. Wir beobachten einen Wertewandel auf der Seite der Subjekte, der zu einem Rückgang von Engagement beziehungsweise zu einer Abkehr von Institutionen führen könnte, die jetzt nicht mehr als passend erlebt werden. „Das ist nicht mehr meins“, kann man dann hören – zum Beispiel bei jemandem, der sich von bestimmten Tugenden und Pflichten verabschiedet hat.

Das Passungsverhältnis kann auch aus einer anderen Perspektive als nicht mehr tauglich eingeschätzt werden. Aus der Sicht von jemandem, der sich sorgenvolle Gedanken über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland macht, mögen spezifische Motivlagen der Deutschen, die auf Sicherheit, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit zielen, nicht zu einer globalisierten und auf Flexibilität und Mobilität setzenden Wirtschaft passen. Bundespräsident Herzog hatte wohl dieses Problem im Auge, als er in seiner viel beachteten Rede im April 1997 von dem „mental Problem“ der Deutschen sprach. Er äußerte die Befürchtung, dass sich bei den Deutschen ein spezifisches Ergänzungsverhältnis zu tief in die deutsche Mentalität eingegraben haben könnte. Unter „Mentalität“ kann man „die Summe der psychischen Potenziale eines Volkes, einer Gruppe oder von Individuen“ verstehen (Gensicke 1998, S. 20). Die deutsche Mentalität wird oft durch ihre „Staatsgläubigkeit“ beschrieben. Die lange Tradition obrigkeitsstaatlicher Lösungen habe bei deutschen Frauen und Männern eine Erwartung tief einprogrammiert: „Der Staat“ oder „die Politik“ sollen Probleme bewältigen oder Initiativen für Veränderungen ergreifen. Aus dieser Haltung heraus sei das Potenzial für Eigenverantwortung nicht im gleichen Maße vorhanden wie etwa in den Niederlanden, die eine lange zivilgesellschaftliche Tradition aufweisen.

Wie immer, wenn Passungen – ob in der Partnerschaft, im ökonomischen oder im politischen Feld – nicht mehr stabil tragen und die wechselseitigen Erwartungen immer häufiger enttäuscht werden, sucht man nach Schuldigen, und zwar in aller Regel beim jeweils anderen. Bezogen auf unser Thema muss

dann entweder „die Politik“ als Sündenbock erhalten, oder man mokiert sich über die verwöhnten oder mental fehlprogrammierten Bürgerinnen und Bürger. Wenn aber gesellschaftliche Strukturveränderungen die eigentliche Ursache für die Destabilisierung des Passungsverhältnisses sind, können solche Schuldzuschreibungen das Problem nur verfehlen.

Ich fasse diese Überlegungen in einer zweiten These zusammen:

Der aktuelle gesellschaftliche Wandel löst das Passungsverhältnis zwischen individuellen Motiven und Bedürfnissen und politisch-gesellschaftlichen Arrangements der Nachkriegsordnung erkennbar auf. Davon ist auch das freiwillige soziale Engagement betroffen. Dieses eignet sich nicht mehr, die Synchronisationslücken im traditionell angelegten staatlichen Handeln kompensatorisch zu füllen. Hier ist ein Paradigmenwechsel von Politik erforderlich, der dem bürgerschaftlichen Engagement eine aktiv-gestaltende Rolle einräumt.

Bürgerschaftliches Engagement als zentrale Quelle des sozialen Kapitals

„Bürgerschaftliches Engagement“ hat sich als neues Schlagwort etabliert. Die Bedeutung dieses Begriffs ist jedoch alles andere als präzise, er ersetzt meist nur klassische Begriffe, wie Ehrenamt oder Freiwilligenarbeit. Konrad Hummel definiert bürgerschaftliches Engagement als „ganzheitliches Handeln oder auch die Handlungsbereitschaft von Bürgern im Eigeninteresse mit anderen gemeinsam zugunsten aller gemeinsam“ (1997, S. 43).

Bürgerschaftliches Engagement muss aus der Engführung eines „Notstromaggregats“ für die Erwerbsgesellschaft oder einer anorektisch gefährdeten kommunalen Verwaltung herausgeführt werden. Es kann dabei nicht um ein Modell der großräumigen Beschäftigungstherapie für jene Bevölkerungsgruppen gehen, die als Problemgruppen des Arbeitsmarktes gelten. Bürgerschaftliches Engagement hat natürlich mit den tief greifenden Veränderungen der Arbeitsgesellschaft zu tun, aber in ihm bündeln sich auch weitere wichtige Diskurse. Die Faszination, die von der Entdeckung einer zivilgesellschaftlichen Perspektive ausgeht, liegt gerade darin, dass das Konzept vom bürgerschaft-

lichen Engagement unterschiedliche aktuelle gesellschaftliche Fragestellungen zu vereinigen vermag.

Die Debatte um bürgerschaftliches Engagement lässt sich als Schnittmenge folgender Diskurse charakterisieren:

- Der *Gemeinwohldiskurs*: In dieser kommunitaristischen Debatte geht es um die Sicherung von Gemeinwohl und Gemeinsinn in einer individualisierten Gesellschaft. Dahinter steht die Sorge, dass uns das „soziale Kapital“ verloren geht, jener Bereich sozialer Beziehungen und Kontexte, in denen sich Menschen beheimaten und identifizieren können.
- Der *Demokratiediskurs*: Die Zivilgesellschaft wird entdeckt, und sie bildet den demokratischen Kern der Gesellschaft. Sie ist durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger gekennzeichnet. Diese mischen sich ein und machen öffentliche Anliegen zu ihren eigenen.
- Der *Diskurs sozialer Sicherung*: Wie gewährleisten Gesellschaften die Absicherung gegen Folgen existenzieller Risiken und Bedrohungen, ohne dass Menschen zu Objekten „fürsorglicher Belagerung“ oder zu passiven Dienstleistungsempfängern gemacht werden?
- Der *Tätigkeitsdiskurs*: Tätigkeit im Sinne von Erwerbsarbeit ist das zentrale Medium der Identitätsentwicklung der Moderne gewesen. Wenn aber die Erwerbsarbeit nicht für alle Menschen eine Verankerungsmöglichkeit schafft, wie soll dann im positiven Sinne Identität geschaffen werden? Die Idee der Tätigkeitsgesellschaft zeigt jedoch viele andere sinnvolle gesellschaftliche Aktivitätsfelder auf, die sich nicht auf Erwerbsarbeit reduzieren lassen.

Das Konzept „bürgerschaftliches Engagement“ bündelt also wichtige Diskurse, in denen um innovative zukunftsfähige Lösungen gerungen wird.

Ich formuliere eine dritte These:

Es ist eine Standortdebatte zu führen, die sich von ökonomistischen Verkürzungen befreit und nach Chancen der Sicherung

und Mehrung sozialen Kapitals fragt. Und wir brauchen den energetischen Schub von Visionen einer gesellschaftlichen Entwicklung, in der bürgerschaftliches Engagement einen zentralen Stellenwert gewinnt.

Der amerikanische Politologe Robert Putnam (1995) hat mit seiner Analyse, dass immer mehr Amerikanerinnen und Amerikaner ihre „Kugel alleine schieben“ würden (das „bowling-alone“-Phänomen), eine hitzige Debatte ausgelöst. Die Aufregung ist wohl weniger durch die These erzeugt worden, dass der „Gemeinsinn“ zurückgehen würde. Diese besorgte Diagnose begleitet die USA durch ihre Geschichte – schon Alexis de Tocqueville hat vor eineinhalb Jahrhunderten davon berichtet. Die Aufregung ist schlicht darauf zurückzuführen, dass Putnam in dem Rückgang des „sozialen Kapitals“ eine bedrohliche Minderung der ökonomischen Zukunftschancen sieht. Denn das soziale Kapital wird „von Normen und Netzwerken bürgerschaftlichen Engagements verkörpert“, und diese seien eine zentrale Voraussetzung sowohl für die ökonomische Entwicklung als auch für wirksames Regierungshandeln. Speziell an die Ökonomen gewandt, betont er: „Civics matters!“ – Auf das Bürgerschaftliche kommt es an.

„Soziales Kapital“ wird in der BRD oft sehr verkürzt als „ehrenamtliche Tätigkeit“ definiert. Das Bild wird auch dadurch noch weiter verzerrt, dass gegenwärtig gerne zwischen „altem“ und „neuem Ehrenamt“ polarisiert wird. Ich halte den Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ für angemessener. Damit soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass sich in den aktuellen Umbruch- und Umbauprozessen auch die Motive und Handlungsformen freiwilligen sozialen Engagements ändern. Diese Annahme wird durch die empirischen Befunde zu diesem Tätigkeitsfeld nachhaltig unterstützt. Helmut Klages hat ein „frei flottierendes Potenzial an Gemeinsinn“ in unserer Gesellschaft diagnostiziert. Es ist empirisch durchaus fassbar, und frei ist es wohl nur in Bezug auf seine zunehmende Entkoppelung von traditionellen Verdichtungs- und Einbindungsformen, wie Kirchen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften. Wir haben es auf den ersten Blick mit dem paradoxen Phänomen zu tun, dass von den Stammorganisationen der freien Wohlfahrtspflege, aber auch von Vereinen und den Kirchen ein Rückgang ihres ehrenamtlichen Bereiches beklagt wird, dass aber andererseits eine

Zunahme freiwilligen sozialen Engagements behauptet wird. Diesem Paradox werden wir noch Aufmerksamkeit zu schenken haben.

In seinem Aufsatz untersucht Robert Putnam für die USA die Entwicklung des „sozialen Kapitals“. Unter sozialem Kapital werden die realen Formen von Alltagssolidarität verstanden, die „Produktion positiver vertrauensvoller zwischenmenschlicher Beziehungen“ (Meier 1996, S. 12). Es umfasst „die Formen persönlichen Vertrauens wie auch sozialen Engagements in (kleinen) Gemeinschaften“ (ebd., S. 12). Die Höhe des Sozialkapitals ist „abhängig vom aktiven sozialen Engagement des Einzelnen für das Allgemeine. Seine Qualität kann wiederum auch das Niveau des Human-, Sach- und Geldkapitals innerhalb eines Systems beeinflussen. Zwischen allen vier Kapitalarten besteht mithin ein gewisser Rückkoppelungsmechanismus, wobei die Kategorie des Sozialkapitals die interpersonale Beziehung meint und die des Humankapitals die personale Ebene betrifft“ (ebd., S. 13). Sozialkapital trägt auch „zur qualitativen Entwicklung des Humankapitals im weitesten Sinne bei, indem mit ihm zugleich Verpflichtungen, Erwartungen und Vertrauen zwischen Menschen vermittelt und erzeugt werden“ (ebd., S. 14). Wie begründet Robert Putnam seine Diagnose, dass in den USA das Sozialkapital abschmelzen würde? Er benennt dafür vor allem vier Ursachen:

1. Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen führe zu einem Rückgang ihres gemeinnützigen sozialen Engagements.
2. Die wachsende soziale Mobilität erschwere es, Wurzeln zu schlagen und sich in einer spezifischen Gemeinschaft zu verorten.
3. Veränderte Familienformen, eine ständig zunehmende „Beziehungsmobilität“, weniger Kinder und sinkende Realeinkommen von Familien reduzierten ihre Bedeutung als Produktionsstätten tragfähiger Beziehungen.
4. Die sich ausbreitende „Erlebnisgesellschaft“ fördere die Orientierung an individualisierten Glückserlebnissen und damit den Egotrip der Menschen.

Diesen Erklärungen für eine Erosion des Sozialen kann sich sogar ein Repräsentant des Instituts der deutschen Wirtschaft anschließen: „Zu einer Unterversorgung mit Sozialkapital, das heißt zu einer Verknappung, kommt es ... dann, wenn mehr und mehr Individuen einen Lebensstil pflegen, der sich durch eine Fixierung allein auf sich selbst auszeichnet, und persönliche soziale Kontakte, soziales Zusammengehörigkeitsgefühl und soziales wie politisches Engagement in Gruppen, Vereinen, Parteien und Verbänden seltener werden sowie die Familie und die Nachbarschaftsbeziehungen als vertrauensvolle soziale Fixpunkte an Bedeutung verlieren (Atomisierung)“ (Meier 1996, S. 7). Auch der vielfach registrierte Wertewandel bekommt noch einen Teil der Schuld mit aufgeladen: „Die erlebnisreiche Alleinverwirklichung scheint zu einer neuen Leitidee geworden zu sein, die einer Gesellschaft ihren sozialen Charakter nehmen und damit das Sozialkapital schwächen kann, wenn die so genannten Pflicht- und Akzeptanzwerte den Selbstentfaltungswerten gänzlich untergeordnet werden“ (ebd., S. 10). Eine solche Perspektive, die auch in Deutschland so viel spontane Zustimmung findet, kann die Folgen des gesellschaftlichen Umbruchs offensichtlich nur als Verlustbilanz aufmachen – Individualisierungsprozesse werden gleichgesetzt mit Erosionsprozessen. Deshalb gilt es, einen weniger trauerumflorten Blick auf diese Prozesse zu richten, die ein ganz wesentlicher Motor für jene Veränderungen sind, die unseren Alltag gegenwärtig tief greifend beeinflussen.

Individualisierung und soziales Kapital

In den aktuellen Gesellschaftsanalysen rückt immer deutlicher der Begriff der „Individualisierung“ ins Zentrum. Er formuliert einen wichtigen Trend gesellschaftlicher Veränderung, gleichzeitig wird er oft vollständig missverstanden. Er trifft auf spezifische Formen von Vorverständnis, die zugleich Missverständnismöglichkeiten einschließen. Kürzlich erläuterte Ulrich Beck, was mit dem Begriff „Individualisierung“ *nicht* gemeint ist: „*nicht* Atomisierung, Vereinzelung, *nicht* Beziehungslosigkeit des frei schwebenden Individuums, auch *nicht* (was oft unterstellt wird) Individuation, Emanzipation, Autonomie“ (1995, S. 304). Wenn Individualisierung dies alles *nicht* bedeutet, wofür steht dieser Begriff dann? Beck (1986, S. 206) unterscheidet drei Dimensio-

nen eines gesellschaftlichen Prozesses, der die Moderne wie kein anderer prägt:

1. Die „Freisetzungsdimension“, die die „*Herauslösung* aus historisch vorgegebenen Sozialformen und -bindungen im Sinne traditionaler Herrschafts- und Versorgungszusammenhänge“ thematisiert;
2. die „Entzauberungsdimension“, also den „*Verlust von traditionellen Sicherheiten* im Hinblick auf Handlungswissen, Glauben und leitende Normen“;
3. und die „Kontroll- beziehungsweise Reintegrationsdimension“, die sich auf eine „*neue Art der sozialen Einbindung*“ bezieht.

Individualität und solidarische Bezogenheit sind keine Alternativen, sondern verweisen aufeinander. Ihr Verhältnis gewinnt historisch jeweils eine eigene Gestalt, aber wohl nie die polarer Alternativen. Diesen Grundgedanken entwickelt auch Ralf Dahrendorf in seinem Konzept der Lebenschancen. Lebenschancen sind danach als Funktion von zwei grundlegenden Elementen zu begreifen, die er Optionen und Ligaturen nennt. Diese Elemente können unabhängig voneinander variieren und bestimmen in ihrer spezifischen Verbindung die Entfaltungschancen, die Subjekte jeweils haben. Unter „Optionen“ versteht Dahrendorf die Wahlmöglichkeiten und Handlungsalternativen, über die eine Person in ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Position und Situation verfügt. „Ligaturen“ bezeichnen gesicherte Bezüge, Verankerungen, Einbindungen und Bindungen. Sie benennen Sinn-, Sozial- und Ortsbezüge einer Person. Sie stellen die fixen Handlungskordinaten dar, während die Optionen die Entscheidungsmöglichkeiten und notwendigen offenen Situationen thematisieren. Vormoderne Gesellschaften mit ihren statisch-hierarchisch geordneten Sozialstrukturen, die zugleich die religiöse „Weihe“ von Gott gewollter und gestifteter Ordnung für sich in Anspruch nehmen konnten, hatten keinen Spielraum für selbstbestimmte Optionen des Subjekts. Die Ordnung der Dinge bestand in einem Korsett von Ligaturen. Der Prozess der Modernisierung, der im Zuge der Durchsetzung der kapitalistisch verfassten industriellen Gesellschaften in Gang kam, setzte eine drama-

tische Entwicklung der Freisetzung aus orts- und sozialstabilen Bindungen in Bewegung.

Dahrendorf zeigt, dass Modernisierung unweigerlich eine Ausweitung von Wahlmöglichkeiten bedeutet hat. Aber die kapitalistische Modernisierung schuf solche Wahlmöglichkeiten durch das Aufbrechen von Ligaturen. In den industriegesellschaftlichen Völkerwanderungen sind die traditionellen Einbindungen aufgebrochen und unwiederbringlich aufgelöst worden. Dieses Abschmelzen traditioneller Orts- und Sinnbezüge kann jedoch kein linearer Prozess sein, an dessen Ende ein Individuum steht, das sich nur noch über den Reichtum seiner Optionen beschreiben lässt. Aus der Destruktion von Ligaturen gewonnene Wahlmöglichkeiten verlieren ab einem spezifischen Punkt ihren Sinn, „weil sie“ – so Dahrendorf – „in einem sozialen Vakuum stattfinden, oder vielmehr in einer sozialen Wüste, in der keine bekannten Koordinaten irgendeine Richtung einer anderen vorziehbar machen“ (1979, S. 52). In der industriegesellschaftlichen Modernisierungsgeschichte war es die nackte Not, die eine ins Absurde laufende Vermehrung von Optionen verhinderte. Es haben sich neue Ligaturen in Gestalt von Solidargemeinschaften des Proletariats herausgebildet, die zur Überwindung der gemeinsam erfahrenen Lebensnot genutzt werden konnten und als zentrale Pfeiler, auf denen der moderne Sozialstaat aufbaut, eingegrammt wurden.

Im aktuellen gesellschaftlichen Freisetzungsprozess sind diese Ligaturen in typischer Weise betroffen. Sie lösen sich auf einem relativ hohen wohlfahrtsstaatlichen Niveau zunehmend auf. Damit verbunden ist eine gewachsene individuelle Planungs- und Gestaltungshoheit für das eigene Leben. Es erhöhen sich die Chancen, Vorstellungen vom eigenen Leben ein Stück weit zu realisieren. Das sind die veränderten Optionen. Dieser Prozess verändert jedoch auch den Typus von Ligaturen, in die sich das Subjekt einbindet. Die aktive Sprachform ist hier mit Bedacht gewählt. Die zeitgemäßen Webmuster der sozialen Beziehungen setzen ein aktives Subjekt voraus. Jeder von uns wird Baumeister seines eigenen Beziehungsnetzwerkes. Aber das ist nicht nur eine Freiheit, sondern eine unabdingbare Notwendigkeit. Wir müssen uns unsere eigenen Ligaturen bauen, und wenn wir das nicht tun oder nicht können, dann erfahren wir die Lebensfeindlichkeit sozialer Wüsten.

Posttraditionale Ligaturen: Selbstsorge als Potenzial für Alltags-solidarität

Die empirische Netzwerkforschung (vgl. Diewald 1991; Röhrle 1995), deren Schwerpunkt sich auf großstädtische Lebensformen bezieht, lässt erkennen, dass die heute mehr individuell zu schaffenden sozialen Beziehungen durchaus ein erhebliches Potenzial von Alltagssolidarität bergen. Die Ergebnisse der Netzwerkforschung ermöglichen uns einen nüchternen Blick auf zentrale Veränderungsprozesse alltäglicher sozialer Beziehungen. Eindeutig ist der Erosionsprozess jener traditionellen Beziehungsmuster, die ein Individuum wie ein gut geschnürtes Paket mit dem Hineingeborenwerden in spezifische familiäre, verwandtschaftliche und nachbarschaftliche Konstellationen mit auf seinen Lebensweg genommen hat. Das heißt nun aber keineswegs, dass das moderne Individuum zum Einsiedlerkrebs wurde. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Die zeitgenössischen Großstadtbewohner haben im Durchschnitt vielfältigere Kontakte und ein größeres Beziehungsnetz als ihre Vorläufergenerationen. Das ist auch kein Widerspruch zur verbreiteten Single-Lebensform. Die entscheidenden Merkmale dieser neuen Beziehungsmuster sind ihre „strukturelle Offenheit“, die lockere Verknüpfung und die „Wahlfreiheit“ (in der sozialpsychologischen Stadtforschung taucht in diesem Zusammenhang das Konzept von der „befreiten Gemeinschaft“ auf). Es folgt ein Überblick über zentrale Erkenntnisse der Netzwerkforschung:

- Beim Vergleich von Städtern und Nichtstädtern zeigt sich, dass *urbane Lebensformen nicht aus sich heraus isolationsfördernd* sind, wie häufig unterstellt wird. Im Gegenteil: Bewohner großer Städte haben im Durchschnitt vielfältigere Kontakte zu Freunden, Arbeitskollegen oder Angehörigen von Subkulturen oder Vereinen.
- Netzwerke in urbanen Ballungsräumen ergeben nicht mehr das Bild traditionaler Beziehungsmuster, sie sind keine lokal fest und dicht verbundenen Solidargemeinschaften. Nachbarschaften bilden nicht mehr den verdichteten Kern sozialer Netzwerke. Letztere sind eher *strukturell offen und durch lose Beziehungen gekennzeichnet*. Gleichwohl vermitteln sie persönliche Nähe und Intimität.

- Gegenüber traditionellen Beziehungsmustern, die über Familie, Verwandtschaft und Nachbarschaft vermittelt waren, in die man hineingeboren war und die mit hohen Integrationsnormen zugleich persönliche Veränderungswünsche einschränkten, beinhalten die großstädtischen Netzwerke *ein höheres Maß an Eigenentscheidung, an „Wahlfreiheit“*. Dies führt zu einer persönlich zu treffenden Auswahl von Freunden und Bekannten, die sich an der Ähnlichkeit von Interessen orientiert und zu einer starken Homogenisierung sozioökonomischer Merkmale im Netzwerk beiträgt. Die sich so konstituierenden Beziehungsmuster besitzen häufig den Charakter von Subkulturen.
- Der beschriebene allgemeine Trend städtischer Netzwerkbildung kann durch *spezifische Besonderheiten des Lebenslaufes und der Lebenslage* entscheidend verändert sein. Für Kinder und alte Menschen beispielsweise hat der soziale Nahraum, der lokale, nachbarschaftliche Bezug – also ein eher traditionelles Beziehungsgefüge – einen hohen positiven Wert. Für Frauen mit kleinen Kindern dagegen bedeutet die relativ enge Ortsbezogenheit eher eine als Belastung erlebte Restriktion von Handlungsmöglichkeiten, also eine Einschränkung im Hinblick auf persönliche Netzwerkbildung.
- Der Urbanisierungsprozess führt *nicht zur Erosion alltäglicher informeller Hilfeleistungen*. In Alltagsangelegenheiten erfolgt in der Regel Hilfe durch die Nachbarn oder Arbeitskollegen. Bei schwerwiegenderen Problemen (zum Beispiel gravierende Krankheit oder Tod eines Familienmitgliedes) wenden sich Menschen vornehmlich an den engeren Familien- und Verwandtschaftskreis. Da deren räumliche Erreichbarkeit durch die durchschnittlich hohe regionale Segregation häufig nicht gegeben ist, suchen Städter einerseits vermehrt bei formellen Institutionen des Gesundheits- und Sozialwesens Unterstützung. Andererseits haben sich im letzten Jahrzehnt unzählige Selbsthilfeinitiativen entwickelt, in denen solidarische wechselseitige Hilfe und Unterstützungspotenziale für selbstbestimmte Lebens- und Identitätswürfe gesucht und geboten werden. Frauen sind im Hinblick auf Beziehungs- und Netzwerkarbeit aktiver als Männer. Sie haben höhere Beziehungskompetenzen, und sie schaffen sich durch eigeninitiierte soziale Netze die Basis für die Realisierung neuer Lebensoptionen.

- In den realen Möglichkeiten und konkreten Formen der Netzwerkbildung lassen sich *die Grundmuster gesellschaftlicher Ungleichheit* nachweisen. Der Entscheidungsspielraum einer Person für die Aufnahme spezifischer sozialer Beziehungen hängt entscheidend von ihrem Status ab. Je höher der sozioökonomische Status einer Person ist, desto mehr Ressourcen hat sie für die aktive Beziehungsarbeit, desto weiter ist der soziale Möglichkeitsrahmen gespannt, in dem persönliche Beziehungen realisiert werden können, und umso seltener beschränken sie sich auf Verwandte und Nachbarn. Das bedeutet andererseits, dass die Zerstörung lokaler Sozialstrukturen (etwa durch städtebauliche Modernisierungsprogramme) für sozial benachteiligte Personen in spezifischer Weise den kaum kompensierbaren Verlust von Gemeinschaft und Solidarität mit sich bringt.
- Zunehmende gesellschaftliche Individualisierung baut nicht in pauschaler Weise Solidarbeziehungen ab, sondern sie schafft eher *einen neuen Typus von Solidarität*. Diese Solidarität wird freiwillig erbracht und weniger aus einem Gefühl der Verpflichtung, das aus traditionellen Gemeinschaftsbindungen folgt. Es gibt keinen empirischen Beleg dafür, dass religiös gebundene Menschen mehr soziales Engagement zeigen. Der neue Typus von Sozialbeziehung erweist sich im Vergleich zu der traditionellen Form zwangloser, vielseitiger, zeitlich und sachlich eingegrenzter und beweglicher. Und er ist weniger von einem moralisch aufgeladenen Helferpathos geprägt.
- Viele Bewohner von Großstädten teilen die emotional negativ getönte Haltung von der „verlorenen Gemeinschaft“, obwohl sie in multiplen Netzwerken leben, die ihnen vielfältige soziale Zugangsmöglichkeiten und Unterstützung vermitteln. In diesem Sinne haben sie einen hohen persönlichen Freiheitsspielraum, einen Raum für „strukturelle Manöver“, die zur Gestaltung individueller Lebenswege genutzt werden können. Die andere Seite der gleichen Medaille zeigt das Individuum, das trotz vielfältiger loser Assoziationen zu verschiedenen Gruppen, Subkulturen und Institutionen in keine Solidargemeinschaft mit hoher Integrationskraft eingebunden ist. So scheint *der Preis für hohe Selbstbestimmung und Chancenvielfalt ein Orientierungs-*

verlust zu sein, der die wachsende Nachfrage nach neuen sinnvermittelnden psychosozialen Dienstleistungen oder auch nach verbindlichen neuen sozialen Netzwerken, die Zugehörigkeit und Lebenssinn herstellen könnten, auslöst.

Gegenüber traditionellen Gesellschaften hat sich in der Moderne die Entscheidungsfreiheit im Hinblick auf Beziehungen quantitativ wie qualitativ verändert: Sie ist größer, für eine erfolgreiche Lebensbewältigung aber auch unabdingbar geworden, sodass Entscheidungsfreiheit zugleich Entscheidungsnotwendigkeit ist. Hier zeigt sich eine durchaus ambivalente Situation. Diese eröffnet einerseits die Chance, den eigenen sozialen Lebenszusammenhang wesentlich mitzugestalten (entsprechend sind zeitgenössische Netzwerke auch weniger von Statusmerkmalen als vielmehr von gemeinsamen Interessen bestimmt). Sie enthält aber auch die Notwendigkeit, Initiator und Manager des eigenen Beziehungsnetzes zu sein. Diese strukturelle Notwendigkeit erfordert bei den Subjekten entsprechende Ressourcen an Beziehungsfähigkeit und wohl auch materielle Ressourcen. Ein immer wieder nachgewiesener Befund zeigt, dass sozioökonomisch unterprivilegierte und gesellschaftlich marginalisierte Gruppen hinsichtlich dieser gesellschaftlich zunehmend geforderten Eigeninitiative besondere Defizite aufweisen. Die sozialen Netzwerke von Arbeitern zum Beispiel sind in den Nachkriegsjahrzehnten immer kleiner geworden. Von den engmaschigen und solidarischen Netzwerken der Arbeiterfamilien, wie sie noch in den 50er Jahren in einer Reihe klassischer Studien aufgezeigt und in der Studentenbewegung teilweise romantisch überhöht wurden, ist nicht mehr viel übrig geblieben. Das „Eremitenklima“ vereinsamter Großstadt-Singles ist am ehesten hier zur Realität geworden. Die empirische Netzwerkforschung bestätigt den berühmten „Matthäus-Effekt“, benannt nach dem Jesus-Zitat im Matthäus-Evangelium: „Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, dass er die Fülle habe; wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen, was er hat“ (Matthäus 13, 12). Wer also „einer höheren Schicht angehört, das heißt, über mehr Einkommen und Bildung verfügt, hat sowohl mehr Helfer als auch mehr Kontaktpartner. Wer also mehr materielle Mittel und Wissen hat – und daher für die ‚Pflege‘ seiner Beziehungen mehr einsetzen kann –, hat auch mehr Helfer in der Not und Kontakte im Alltag“ (Marbach & Mayr-Kleffel 1988, S. 286). Die gelegentlich immer noch zu

hörende Auffassung, „materielle Armut werde vielfach durch Reichtum an zwischenmenschlichen Beziehungen aufgewogen, hat mit der Realität nichts gemein“ (ebd., S. 286). Unser „soziales Kapital“, die sozialen Ressourcen, sind ganz offensichtlich wesentlich mitbestimmt von unserem Zugang zu „ökonomischem Kapital“.

Um die Potenziale von Alltagssolidarität steht es offensichtlich sehr viel besser, als es manche rückwärts gewandten Klagelieder über den Zustand unserer Gesellschaft suggerieren wollen. Wir müssen vor allem differenzieren zwischen jenen Prozessen, die unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung fördert und fordert: jede Chance auf Rendite zu nutzen, den eigenen Vorteil auf dem Markt zu suchen, die persönlichen Interessen möglichst auszureizen. Das hat erst einmal mit Egoismus nichts zu tun. Hier handelt es sich um die „Wolfsgesetze“ einer ökonomischen Ordnung, die ordnungspolitisch eingedämmt oder überwunden werden müssen oder die dort, wo sie zerstörerische Wirkung entfalten, in der ökonomischen Logik (etwa durch eine ökologische Steuerreform) bekämpft werden müssen. Die Polemik gegen vermeintliche moralische Charakterdefizite dürfte so wirksam sein wie Wadenwickel gegen Heuschnipfen.

Wertewandel und Selbstsorge als Basis von Alltagssolidarität

Wir sollten mit Begriffen sehr sorgfältig umgehen. Wenn Menschen auf ihre eigenen Bedürfnisse achten und sich in aktiver Weise um sich selbst sorgen, halte ich den Begriff „Egoismus“ für völlig ungeeignet. Es spricht alles für die Notwendigkeit, mit differenzierteren Perspektiven auf die spezifische Dynamik aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen zu schauen. Da bekommen Handlungs- und Motivbündel, die an subjektiven Bedürfnissen und Erwartungen ansetzen, ganz schnell einen anderen Rahmen, und in diesem Rahmen wird das moralische Verdikt „egoistisch“ unbrauchbar.

Ich will das an einem Beispiel erläutern. In eine Münchner Trabantenstadt zugezogene Mittelschichtfamilien haben eine Situation gemeinsam: Während die Männer tagsüber dem Beruf nachgehen, sind die Frauen mit den kleinen Kindern

weitgehend allein. Da sie niemanden in ihrer Umgebung kennen, fällt ihnen häufig „die Decke auf den Kopf“. Ihren Wunsch nach Kommunikation können die abends müde heimkehrenden Männer jedoch kaum kompensieren. Aus ihrer spezifischen Bedürftigkeit heraus suchen die Frauen nach Auswegen aus dieser Krise und stoßen dabei auf Geschlechtsgenossinnen, denen es ganz ähnlich geht. Aus dieser Erfahrung erwächst der Wunsch, gemeinsam etwas gegen die eigene Isolation zu tun, und daraus entsteht eine Gruppe. Da will also jemand etwas für sich und holt es sich auch. Altruistisch ist das nicht! Denn es wird nicht uneigennützig etwas „Gutes“ für andere getan! Der Motivhintergrund ist durchaus selbstbezogen, also egoistisch. Da die einzelne Frau aber kein einzigartiges Bedürfnis hat, sondern viele Frauen sich in derselben Situation befinden, kann Solidarität – bezogen auf eine bestimmte soziale Situation und Interessenlage – als eine Art Bürgerzentrum von unten entstehen. An diesem Beispiel wird deutlich, wie die Kategorie „Egoismus“ hier ihre Passform völlig verloren hat.

Meine Vermutung ist, dass die Mehrheit der Frauen und Männer, die diese Stadtteilinitiative aktiv mit aufgebaut haben, an dem allgemeinen Wertewandel teilhaben, der für die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren immer wieder nachgewiesen worden ist. Im Laufe dieses Wandels werden Selbstentfaltungswerte (zum Beispiel „eigene Fähigkeiten und Kenntnisse einbringen und weiterentwickeln“, „selbst aktiv bleiben“, „interessante Leute kennen lernen“ oder „Spaß haben“) immer bedeutsamer, allerdings lösen sie nicht einfach die traditionellen Tugenden und Pflichten („anderen Menschen helfen“, „etwas Nützliches für das Gemeinwohl tun“, „mehr für den Zusammenhalt der Menschen tun“ oder „praktische Nächstenliebe üben“) ab, sondern alte und neue Werte mischen sich auf höchst eigenwillige Weise. Klages (1998) zeigt dies in seinem Wertesurvey von 1997 sehr klar auf. Wenn man sich die Liste des Wertesurveys anschaut, dann zeigt sich, dass sowohl traditionelle Orientierungen als auch selbstentfaltungsbezogene Motive eine tragende Rolle spielen.

Ich fasse diesen Punkt in meiner vierten These zusammen:

Ein tief greifender Wertewandel hat die ganze Bevölkerung der BRD erfasst. Selbstentfaltungswerte gewinnen und traditionelle

Pflichtwerte verlieren an Bedeutung. Diese Entwicklung wird oft als Tendenz zum Egoismus missverstanden. Es handelt sich aber vielmehr um eine Tendenz zu mehr Eigeninitiative, Eigensinn und Selbstsorge, die eine wichtige Quelle bürgerschaftlichen Engagements darstellt.

Reflektierte und gelungene Selbstsorge, danach zu fragen, was ich will und was gut für mich ist, ist nicht nur kein Widerspruch zur Bereitschaft, im Alltag praktische Solidarität zu üben, sondern sogar ihre Voraussetzung – gerade und speziell in einer individualisierten Gesellschaft. Individualisierung entzieht Gemeinnsinnorientierungen und -handlungen nicht automatisch den Boden, wie es oft unterstellt wird, sondern schafft andere Voraussetzungen dafür. Robert Wuthnow (1997), der sich in den USA am intensivsten mit freiwilligem sozialem Engagement beschäftigt hat, arbeitete das ganz klar heraus. In seiner Studie verdichtet er den zentralen Wert einer individuellen Selbstsorge auf die Formel: „In der Lage zu sein, das zu tun, was man möchte.“ 83 Prozent derer, die sich diese Formel gänzlich zu Eigen gemacht haben, halten es auch für wichtig, sich zu engagieren, wenn andere Menschen Hilfe brauchen. Bei jenen, die diese Formel für sich ablehnten, war die Engagementbereitschaft um einiges geringer (79 Prozent), (Wuthnow 1997, S. 57). Wuthnow legt interessante Einzelfallstudien vor, in denen dieser Zusammenhang noch deutlicher wird. Janet Russo etwa, eine „attraktive Enddreißigerin“, engagierte sich eine Zeit lang in der Schule ihrer Kinder. Warum tut sie das? Ihre Antwort: „Es waren rein egoistische Gründe. Ich zog hierher ... vor zwei Jahren, und ich war wirklich allein. In der ganzen Nachbarschaft gab es niemanden; ich hatte den Eindruck, in einer Gegend ohne Nachbarn zu leben“ (ebd., S. 71). Aber Janet Russo ist keine Narzisstin, „denn es ist ihr durchaus wichtig, der Sorge um andere eine Rolle in ihrem Leben einzuräumen“. Sie ist durch und durch eine Individualistin, und sie betont das auch: „Ich erledige die Dinge auf meine Weise, und niemand anderer tut dies auf die gleiche Weise. Darum bin ich die geworden, die ich bin.“ Aber Selbstsorge und die Betonung von Autonomie sind nicht identisch mit Selbstbezogenheit oder gar Selbstgenügsamkeit. Janet Russo betont: „Ich glaube nicht, dass man als Individualist nur mit sich selbst beschäftigt ist; man muss sich beteiligen“ (ebd., S. 74).

Folglich sind individualisierte Menschen nicht notwendig „Egotripler“, die allein von dem Grundbedürfnis bestimmt sind, „Subjekt des eigenen Handelns zu sein“, wie es Helmut Klages formuliert, und auch er sagt dann weiter, dass dieses Bedürfnis „keineswegs mit dem Gemeinsinn in Widerspruch steht“ (in Körper-Stiftung 1993, S. 40). Vor mehr als eineinhalb Jahrhunderten hat de Tocqueville in Bezug auf die Amerikaner festgestellt, dass sie „durch ihren Individualismus ... in stärkerem Maße gegenseitig aufeinander angewiesen (seien). Sie verhielten sich also rational, wenn sie nicht nur ihre eigenen Ziele verfolgten, sondern auch anderen beiständen, denn diese Hilfe für andere sei auch in ihrem eigenen Interesse. Er nennt diese Haltung ein ‚wohlverstandenes Eigeninteresse‘“ (Wuthnow 1997, S. 80).

Was ist bislang klar geworden?

1. Eine sich zunehmend individualisierende Gesellschaft erzeugt nicht notwendigerweise isolierte und vereinsamte Egoisten. Es existieren in dieser Gesellschaft ganz im Gegenteil differenzierte soziale Beziehungen.
2. Diese sozialen Netze bergen ein hohes Potenzial an Alltags-solidarität, die aber oft auf private Welten reduziert bleibt. Diese Netze haben die Tendenz, zu „Stammeskulturen“ zu werden: Unterstützt wird, wer zu mir gehört, zu meiner Familie, zu meinem „Clan“, zu meiner Szene oder zu meiner Selbsthilfegruppe.
3. Dennoch gibt es darüber hinaus gesellschaftlich ungebundene Solidaritäts- und Engagementpotenziale, „ein frei flottierendes Potenzial an Gemeinsinn in der Gesellschaft“ (so Helmut Klages in Körper-Stiftung 1993, S. 40), das als soziale Produktivkraft nicht genutzt werden kann, weil es sich nicht mehr an traditionelle Vereine, Verbände und Institutionen anbindet. Auch in ihrem sozialen Engagement wünschen sich zunehmend mehr Menschen, „Subjekt des eigenen Handelns zu sein“ (ebd.).

Sich bürgerschaftlich engagieren heißt: Subjekt des eigenen Handelns werden

Visionen einer Zivilgesellschaft

Jeremy Rifkin ist Vorsitzender der Foundation on Economic Trends in Washington und Autor des viel beachteten Buches „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“ (1997). Er plädiert darin zukunftsweisend für die „dritte Säule der neuen Gesellschaft“. Wie viele andere Wirtschafts- und Arbeitswissenschaftler sieht Rifkin weltweit einen radikalen Abbau von Arbeit im Gefolge der Revolutionierung von Arbeitsprozessen durch die Informationstechnologien. Es ginge dem Menschen heute ähnlich wie dem Pferd in einer frühen Epoche der industriellen Revolution, und Rifkin bezieht sich dabei auf eine Prognose des Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften, Wassily Leontief, dass „die Bedeutung des Menschen als des wichtigsten Produktionsfaktors in der gleichen Weise schwinden wird, wie die Bedeutung des Pferdes für die landwirtschaftliche Produktion durch die Einführung von Traktoren zunächst abnahm und schließlich völlig eliminiert wurde“ (alle Zitate aus der „Zeit“ vom 2. Mai 1997). Diese Entwicklung sei klar erkennbar: In den USA ist in den vergangenen 30 Jahren der Anteil der Fabrikarbeiter an der Erwerbsbevölkerung von 33 auf unter 17 Prozent gesunken. In zehn Jahren wird er in den USA unter 12 Prozent sinken, und im Jahr 2020 werden weniger als 2 Prozent der arbeitenden Bevölkerung Fabrikarbeiter sein. Die Hoffnungen auf Umschichtung der Erwerbsbevölkerung in den Dienstleistungsbereich haben sich in dem Maße erfüllt, wie erwartet. Schicht um Schicht werden außerdem in den Managementbereichen die „Fettringe“ abgetragen, und daraus resultiert eine weitere Reduktion von Erwerbsarbeit. Angesichts einer solchen Entwicklung wird die Integration von mehr Menschen in die Erwerbsarbeit wohl nur über

radikale Modelle der Arbeitszeitverkürzung gelingen. Aber selbst deren konsequente Umsetzung wird nach Rifkins Auffassung keine Vollbeschäftigung garantieren können. Er setzt deshalb auf die intensive Aktivierung eines Bereiches gesellschaftlicher Arbeit, der neben dem freien Markt und dem öffentlichen Sektor existiert, nämlich der gemeinnützige Sektor.

Dieser Bereich ist laut Rifkin „ein Querschnitt der Gesellschaft. Gemeinnützige Aktivitäten umfassen ein breites Spektrum: soziale Dienste und Gesundheitswesen, Erziehung und Forschung, Kunst, Religion und Interessenvertretung. In Deutschland gibt es gegenwärtig mehr als 300 000 gemeinnützige Organisationen. Man findet sie praktisch in jedem Stadtteil und in jeder Gemeinde. Ihre Reichweiten stellen oft die von privatem und öffentlichem Sektor in den Schatten. Sie erstrecken sich über das Leben jedes einzelnen Bürgers und sie sind für ihn oft wichtiger als die Marktkräfte oder die öffentliche Bürokratie“.

Rifkin plädiert dafür, sich „die deutsche Gesellschaft als einen dreibeinigen Hocker vorzustellen, dessen Beine der marktwirtschaftliche Bereich, der staatliche Bereich und der sozialgemeinnützige Bereich sind. Das erste Bein schafft wirtschaftliches Kapital, das zweite öffentliches Kapital und das dritte soziales Kapital“. Letzteres „besteht aus den Millionen Bürgern, die Woche für Woche ihre Zeit, ob haupt- oder ehrenamtlich, in den Dienst der vielen gemeinnützigen Organisationen stellen. Diese Bürger wissen längst, wie wichtig es ist, soziales Kapital in ihren Gemeinden und Stadtteilen zu schaffen“.

Was Jeremy Rifkin entwirft, ist eine zivilgesellschaftliche Vision. Es geht längst nicht mehr nur um ein umfassendes Programm von „Beschäftigungstherapie“, sondern um eine politische Vision einer weiterentwickelten Demokratie, in deren Zentrum „bürgerschaftliches Engagement“ steht. „Die wachsende soziale Unruhe und politische Instabilität, die aus diesem historischen Wandel der Arbeit entstehen, zwingen die Gesellschaften, nach einer neuen Orientierung zu suchen, die die Sorgen und Hoffnungen der Wähler anspricht. Die politische Debatte verharrt bis heute im Spannungsfeld von Markt und Staat – und wird so den Herausforderungen und Chancen des neuen Zeitalters immer weniger gerecht. Würde der gemeinnützige Bereich als dritte Säule zwischen Markt und Staat

ernst genommen, änderte sich das Wesen des politischen Diskurses grundlegend. Denn endlich würde sich eine vollkommen neue Sicht von Politik und Wirtschaft, vom Wesen der Arbeit und Gesellschaft eröffnen.“

Aber dieses neue soziale Kapital ist nicht zum Nulltarif zu haben. Es ist nicht einfach da und wartet nur darauf, abgeschöpft zu werden. Dazu macht Rifkin einen ganz konkreten Finanzierungsvorschlag: „Neue Jobs im gemeinnützigen Bereich werden aber Geld kosten. Man müsste daher auf den Wohlstand, der in der neuen Cyberspace-Ökonomie erwirtschaftet wird, eine geringe Steuer erheben und die so gewonnenen Mittel in die Stadtteile und Gemeinden, in die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Aufbau des sozialen Gemeinwesens umleiten. Das gäbe uns eine neue Agenda und eine kraftvolle Vision von der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts“ (alle Zitate aus der „Zeit“ vom 2. Mai 1997).

Selbstbestimmung und Partizipation als Merkmale zukunftsfähiger Gemeinschaften

In der Vision von Rifkin ist bürgerschaftliches Engagement die Kernidee der Zivilgesellschaft. Wenn man solche Ideen liest, dann stellt sich für mich die Frage: Sind uns wirklich die „utopischen Energien“ ausgegangen, wie es Jürgen Habermas schon in den 80er Jahren diagnostiziert hatte? Recht hat er damit sicher in Bezug auf die großen gesellschaftlichen Visionen von einer besseren Welt. Vielleicht ist es ja auch ganz gut, dass die Konjunktur der umfassenden Gesamtentwürfe vorbei ist, denn diese haben zwar stets Glücksverheißungen für die Menschen offeriert, ihnen selbst aber selten die Chance eingeräumt, über Weg und Ziel mitzubestimmen. Ein Gegenentwurf kann nicht aus der Position des souveränen Theoretikers kommen, der uns sagt, was die Welt im Innersten zusammenhält und was zu tun ist.

Vielleicht ist das der zentrale Prüfstein für alle realen Utopien: Ohne die Anerkennung der aktiven Subjekte, ohne ihre Ansprüche auf Selbstbestimmung und Partizipation kann es keine zukunftsfähige Gesellschaft geben. Aber genau diese Ansprüche und Rechte ins Zentrum gesellschaftlicher Um-

gestaltung zu rücken ist sehr viel mehr als gesellschaftliche Normalität. Wir sind noch sehr weit davon entfernt, und hier zeichnet sich die Vision einer zukunftsfähigen Zivilgesellschaft ab, in deren Zentrum bürgerschaftliches Engagement steht und die durch bürgerschaftliches Engagement entsteht.

Sechs weitere Anregungen für diese reale Utopie möchte ich nennen:

- Public Health und ihre zentralen Ideen zur Gesundheitsförderung stellen einen wichtigen Pool innovativer Ideen und Forschungsbefunde dar. Der Gesundheits-Krankheits-Bereich zeigt in besonderer Weise die Probleme einer sozialstaatlichen Tradition, die die Problemlösungen vollständig in die Zuständigkeit spezifischer Expertenkulturen überträgt und deren Leistungserbringung finanziert. Dadurch kommt es zu einer fragwürdigen Trias von „Enteignung“ alltäglicher Lösungskompetenzen, Defizitperspektive auf Lebenslagen und Expertenzentriertheit. Die Public-Health-Forschung hat in der Orientierung an einer salutogenetischen Perspektive den Blick auf Bewältigungs- und Widerstandsressourcen gerichtet und dabei insbesondere die Relevanz netzwerkbezogener Ressourcen herausgearbeitet. Soziale Unterstützung im eigenen sozialen Beziehungsgefüge ist von großer Bedeutung bei der Bewältigung von Krisen, Krankheiten und Behinderungen sowie bei der Formulierung und Realisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe. Gerade die Kräfte, die durch die Vernetzung von in gleicher Weise Betroffenen entstehen können, sind von besonderer Qualität. Weil das so ist, werden die Stiftung und Unterstützung selbstorganisierter Betroffengruppen zunehmend zu einem zentralen Aufgabenfeld professioneller Praxis im Gesundheits- und Sozialbereich. Die Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation, WHO, (1992 in Trojan & Stumm) zur Gesundheitsförderung aus dem Jahr 1986 und die darauf aufbauende Initiative „Gesunde Städte“ formulieren eine Perspektive bürgerschaftlichen Engagements als Basis für Gesundheitsförderung. In der Ottawa-Charta heißt es: Gesundheitsförderung „zielt auf einen Prozess, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Lebensumstände und Umwelt zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen“. Und etwas später: „Gesundheit wird von Men-

schen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt: dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben. Gesundheit entsteht dadurch, dass man sich um sich selbst und für andere sorgt, dass man in die Lage versetzt ist, selber Entscheidungen zu fällen und eine Kontrolle über die eigenen Lebensumstände auszuüben, sowie dadurch, dass die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die allen ihren Bürgern Gesundheit ermöglichen.“ Die Arbeitsdefinition für eine „Gesunde Stadt“ sieht bei der WHO so aus: Sie „verbessert kontinuierlich die physischen und sozialen Lebensbedingungen und fördert die Entfaltung gemeinschaftlicher Aktions- und Unterstützungsformen, beides mit dem Ziel, die Menschen zur wechselseitigen Unterstützung in allen Lebenslagen zu befähigen und ihnen damit die maximale Entfaltung ihrer Anlagen zu ermöglichen“ (zitiert nach Trojan & Stumm 1992). Gesundheit ist also in diesem Sinne nicht ein Produkt der Gesundheitsfachleute und des medizinisch-industriellen Komplexes, sondern sie ist in unserem gemeinschaftlich hergestellten Alltagsleben begründet.

- Auf dem UNO-Umweltgipfel von Rio de Janeiro im Jahr 1992 wurde das Aktionsprogramm „Agenda 21“ verabschiedet, das Maßnahmen fordert, um dem Ziel einer weltweiten nachhaltigen ökologischen Entwicklung näher zu kommen. Dieser Faden wurde aufgenommen, und weltweit werden „Agenda 21“-Projekte durchgeführt. Als zentraler ideeller Rahmen für diese Projekte gilt in der BRD die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (herausgegeben vom BUND und von Misereor). In ihr sind nicht nur eine Fülle ökologischer Einsichten und Vorschläge zusammengefasst, sondern es wird auch eine Gesellschaftsidee entwickelt, in der soziale Fairness und Gemeinsinn einen zentralen Stellenwert erhalten: „Eine ökologisch zukunftsfähige Gesellschaft“ wird beschrieben als „eine pluralistische Gesellschaft. Sie weist einen Reichtum menschlicher Möglichkeiten auf, räumt unterschiedlichen Menschen die Freiheit ein, die ihnen zuzugewandte Möglichkeit zu leben und verbindet diese Freiheit, indem sie sie allen gewährt, mit sozialer Fairness und Gemeinsinn“ (BUND & Misereor 1996, S. 351). Ausgehend von einer solchen Perspektive, wird ein zivilgesellschaftliches Umdenken für das Verhältnis von Staat und Gesellschaft erforderlich: „Die Beziehungen zwischen Staat und Gesell-

schaft müssen sich ändern. Es sind nicht mehr länger die Gesellschaft und ihre Bürgerinnen und Bürger, die sich wie Planeten um das Zentrum Staat drehen, sondern umgekehrt: Bürger und Gesellschaft rücken ins Zentrum, und dem Staat obliegt die wichtige Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Finanzmittel so eingesetzt werden, dass sich das soziale Kapital vermehrt“ (ebd., S. 358).

Bürgerschaftliches Engagement ist als ein Handlungsfeld anzusehen, in dem soziales Kapital gestiftet wird. Kommunen haben dafür förderliche Bedingungen zu schaffen. Das wird nicht mit moralischen Appellen gelingen und auch nicht mit Sonntagsreden und Zertifikaten zum Ehrenamt. Wir brauchen den politischen Willen zu einer echten Bürgerinnen- und Bürgerdemokratie und zur aktiven Förderung einer kommunalen Infrastruktur, in der diese entstehen kann: „Es gilt wieder eine dichtere zivile Gesellschaft mit Austausch- und Solidaritätsbereichen zu schaffen, die in ihr selbst verankert sind und nicht obrigkeitstaatlich verordnet werden“ (ebd., S. 359).

- Auch für den Bereich der Sozialpolitik wird immer häufiger eine aktive Bürgergesellschaft gefordert. Warnfried Dettling (1995, S. 21 ff.) beispielsweise entwirft das Leitbild einer „demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft“, die von der „Rekonstruktion des Sozialen durch eine aktive und kompetente Gesellschaft“ geprägt ist. Dazu bedarf es neuer Prioritätensetzungen, zum einen: „Der Staat sieht seine Aufgaben in Bund, Ländern und Gemeinden nicht mehr primär darin, soziale Dienste und Leistungen zur Verfügung zu stellen, sondern die gesellschaftlichen Kräfte und Ressourcen zu mobilisieren. *Aufgabe der Politik ist es nicht, die Gesellschaft zu bedienen, sondern sie zu aktivieren*“ (ebd., S. 21 f.). Und zum anderen: „Dazu bedarf es eines neuen Ansatzes in der (kommunalen) Sozialpolitik, der sich an den Ressourcen (der Menschen, der Gesellschaft) orientiert und *nicht an ihren Defiziten*. Menschen, auch die in Randgruppen, haben nicht nur Mängel und Probleme, sondern immer auch Fähigkeiten. Ob diese brachliegen oder ob sie zu ihrem eigenen und zum sozialen Wohl mobilisiert werden, hängt immer auch von den Rahmenbedingungen ab, die politisch verändert werden können. *Nur wer Menschen etwas zutraut, kann ihnen helfen, kann so-*

ziale Probleme lösen und die soziale Qualität des Gemeinwesens verbessern“ (ebd., S. 21f.).

- Am konsequentesten sind die bereits genannten Anregungen im Kommunitarismus programmatisch verdichtet worden. Er streitet für den „spirit of community“ (Etzioni 1993), für Gemeinschaftsinitiativen in einer individualisierten Gesellschaft. Manche mögen sich dabei eine rückwärts gewandte Gemeinschaftsidylle vorstellen. Die Mehrheit der Kommunitarier sucht aber nach einer neuen Balance von individueller Autonomie und Selbstgestaltung und gemeinschaftlichen Werten und Projekten. Amitai Etzioni, der unermüdliche Trommler für ein „kommunitaristisches Programm“, betont, dass der „Ruf nach mehr sozialer Verantwortung ... nicht auf die Einschränkung individueller Rechte zielt, dass vielmehr starke Rechte und ein hohes Maß an Verantwortung zusammengehören“; und er betont weiterhin, „dass individuelles Erfolgsstreben mit Gemeinsinn vereinbar ist und keiner von uns in Askese, Altruismus oder Selbstaufopferung leben muss“ (1995, S. 1).

Für die Kommunitarier kann es nicht um die Regeneration regressiver Gemeinschaftsideologien gehen. Für sie geht es um die Bestimmung des „ethischen Minimums“ für eine humane Gesellschaft (so Walzer 1994) und um Grundprinzipien demokratischer Gesellschaften, zu denen Charles Taylor (1993) die drei folgenden rechnet:

1. Solidarität ist unteilbar und insofern ein einheitsstiftender Wert. Die Gesellschaftsmitglieder definieren sich als „Beteiligte am gemeinsamen Unternehmen der Wahrung ihrer Bürgerrechte“. Der Antrieb dafür „kann nur aus einem Gefühl von Solidarität kommen, das die allgemeine Verpflichtung zur Demokratie übersteigt und mich mit jenen anderen, meinen Mitbürgern, verbindet“ (ebd., S. 14).
2. Partizipation ist die zweite Grundbedingung für Demokratie. Wichtig sind hier soziale „Bewegungen, in denen sich Bürger selbst organisieren, um auf den politischen Prozess einzuwirken. (...) Diese Bewegungen erzeugen einen Sinn für zivile Macht, ein Gemeinschaftsgefühl bei der Verfolgung von Zielen“ (ebd., S. 16). Taylor plädiert

für eine „weit gespannte Vielfalt von Formen direkter Partizipation“ und für die Schaffung dezentraler politischer Einheiten, die „eine Beziehung zu lebendigen Identifikationsgemeinschaften haben (müssen)“ (ebd., S. 17).

3. Sinn für gegenseitigen Respekt ist die dritte zentrale Bedingung. „Ohne diesen Respekt bliebe es unverstänlich, warum das Gemeinwesen die Bürgerrechte gemeinschaftlich verteidigt. Wenn auch nur eine regional, ethnisch, sprachlich oder wie immer bestimmte Gruppe von Bürgern Anlass zu der Annahme hat, dass ihre Interessen übergangen werden oder dass sie diskriminiert wird, ist die Demokratie infrage gestellt“ (ebd.). Besonders die Erfahrungen sozialer Ungleichheit bedrohen die demokratischen Grundwerte, und deshalb kommt dem Wohlfahrtsstaat eine so zentrale Bedeutung zu: „Er hat entscheidend dazu beigetragen, dass die Bürger sich gegenseitig eine gewisse Achtung bezeugen“ (ebd., S. 18).

- In seinem neuesten Buch „Jenseits von Links und Rechts“ betont der englische Soziologe Anthony Giddens die zentrale Bedeutung des „aktiven Vertrauens“ in einer individualisierten Gesellschaft, und mit dieser Kategorie liefert er eine zentrale Grundidee für das, was bürgerschaftliches Engagement so wichtig macht. Er sagt: „Verstärkte Solidarität beruht in einer der Enttraditionalisierung ausgesetzten Gesellschaft auf dem so genannten aktiven Vertrauen in Verbindung mit einer Erneuerung der persönlichen und sozialen Verantwortung für andere. Das aktive Vertrauen schreibt sich nicht von vorgegebenen sozialen Positionen her, sondern es muss erungen werden. Das aktive Vertrauen steht nicht im Gegensatz zur Autonomie; vielmehr setzt es Autonomie voraus und ist eine reichhaltige Quelle sozialer Solidaritätsbeziehungen, denn Zustimmung wird hier nicht durch traditionsbestimmte Regelungen erzwungen, sondern freiwillig gewährt“ (Giddens 1997, S. 35).
- Ganz aktuell habe ich noch einen sechsten Zukunftsentwurf in meine Sammlung von Anregungen aufnehmen können. Er findet sich in einem gerade erschienenen Buch mit dem Titel „Post-Work“ (Aronowitz & Cutler 1998). Es enthält ein „Post-Work Manifesto“, das die Idee der Befreiung von erzwunge-

ner Arbeit entwickelt und dabei die Diskussion um die Zukunftsperspektiven von Arbeit sehr gut bündelt. Gefordert werden da (1) ein garantiertes Einkommen, das die elementaren Grundbedürfnisse absichert; (2) eine radikale partizipatorische Demokratie, die durch das „Ende endloser Arbeit“ möglich wird; (3) eine neue Arbeitspolitik, die sinnvolle Arbeit dort ermöglicht, wo die Nachhaltigkeit der Lebensformen betroffen ist; (4) die Reduktion von Arbeitsstunden auf einen Sechs-Stunden-Tag für alle; (5) Bildung als eine Lebensform soll ermöglicht werden; (6) sinnvolle Arbeit ist weiterhin zu tun (gemeint sind hier vor allem öffentliche Dienstleistungen für Straßen- und Brückenbau, Wasserversorgung, Schulen, Parks und öffentlichen Verkehr); (7) Menschen sollen nicht vom Brot allein leben, sondern in kreativ-künstlerischen Aktivitäten gefördert werden; und (8) allgemeine öffentliche Dienste sollen bevorzugt bezahlt werden, vor allem solche, die besonders unbeliebt sind (zum Beispiel Müllbeseitigung, Straßenreinigung, repetitive Bürotätigkeiten).

Aus diesen sechsfach inspirierten und durchaus konvergierenden Anregungen für eine reale Utopie von einer kommunalen Lebensform, die vom bürgerschaftlichen Engagement geprägt und gestaltet ist, sollten Konzepte für eine zukunftsfähige Gesellschaft entwickelt werden. Allerdings wären alle diese schönen utopischen Anregungen wenig wert, wenn sich die düsteren Bilder der Entwicklung einer Gesellschaft bestätigen sollten, in der es nur noch isolierte Ichlinge gibt, die nichts anderes im Sinn haben, als ihren eigenen Vorteil zu suchen und zu nutzen. Ob diese pessimistische Prognose begründet ist oder nicht, darüber sollen empirische Daten Aufschluss geben.

Wie hoch ist das soziale Kapital in der BRD?

Ehrenamtliche Tätigkeiten im Überblick

Das Statistische Bundesamt hat Anfang der 90er Jahre folgende Schätzung des ehrenamtlichen Bereiches vorgenommen. „Nach dieser Erhebung waren 1992 umgerechnet insgesamt gut 17 Prozent der Deutschen (ab dem zwölften Lebensjahr) in Organisationen (zum Beispiel Vereinen) oder in öffentlichen Ämtern ehrenamtlich tätig (Männer 20 Prozent; Frauen knapp 15 Prozent). Ehrenamtlich am aktivsten war mit 22 Prozent die Altersgruppe der 40- bis 60-Jährigen; bei den über 70-Jährigen betätigten sich noch gut 16 Prozent ehrenamtlich. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hatten in der alten Bundesrepublik Ehrenämter und soziale Hilfeleistungen 1992 einen volkswirtschaftlichen Produktionswert von 48 Milliarden Mark. Dieser Posten entspricht in etwa 1,3 Prozent der Bruttowertschöpfung Westdeutschlands von 1992“ (Meier 1996, S. 34). Die Deutsche Gesellschaft für Freizeit hat 1995 zu einigen Punkten einer großen Anfrage im Deutschen Bundestag Stellung genommen: „Es wird geschätzt, dass seit Anfang der 60er Jahre die Zahl der ehrenamtlich Tätigen in Westdeutschland von 2,5 auf 9,67 Millionen gestiegen sei. Die Deutsche Gesellschaft für Freizeit (DGF) geht ferner von schätzungsweise 50 000 Selbsthilfegruppen mit insgesamt zwei Millionen Mitgliedern aus; in den Umweltverbänden seien mindestens 500 000 Menschen ehrenamtlich tätig. Solche Gruppen sind Teile neuer Formen von Solidarität in einer Gesellschaft, die nicht selten als ‚Ellenbogengesellschaft‘ charakterisiert wird. Gerade jüngere Menschen, so die DGF, bevorzugen weniger stark institutionalisierte Formen der Solidarität nach dem Leitbild von Freundeskreisen und Netzwerken, die Vertrauen vermittelten, aber auch soziale Nützlichkeit und Mit-

sprache- wie Mitwirkungsmöglichkeiten böten“ (Meier 1996, S. 38 f.).

Noch etwas näher an die Auflösung unseres Paradoxons führt die repräsentativ angelegte Geislingen-Studie heran. Sie ermittelte (ähnlich auch Prokop, Schroll-Decker & Hofer 1996), dass 38 Prozent aller Befragten „grundsätzlich Engagementbereitschaft für gemeinwesenorientierte Projekte zeigten, so zum Beispiel für das Bürgerbüro ‚Bürger im Kontakt‘, wo freiwillige Dienstleistungen von Bürgern für Bürger vermittelt werden, zum Beispiel Besuchsdienste, kleine Reparaturen, Hausaufgabenhilfe usw.“ (Ueltzhöffer 1996, S. 121). Diese Bereitschaft gilt für alle Altersgruppen, also auch für Jugendliche und junge Erwachsene, an denen der Egoismus-Trend gerne prototypisch festgemacht wird. Das zeigen auch Ergebnisse der Netzwerkforschung: Heranwachsende leisten in hohem Maße alltägliche Hilfe, wenn in ihren Familien oder Freundeskreisen Hilfe benötigt wird. Die Geislingen-Studie bestätigt außerdem die Beobachtung, dass gemeinsinnorientierte Aktivitäten und Engagements zunehmend weniger von den Motivationen des klassischen Ehrenamtes leben – (Bürger-)Pflicht und religiös unterlegter Altruismus. In den Motivationen verknüpfen sich vielmehr Stränge, die oft als unvereinbar hingestellt werden: etwas für andere und zugleich etwas für sich zu tun; von großer Bedeutung ist überdies der Gestaltungswille: Einfluss zu nehmen auf das Geschehen in seiner Gemeinde. Wichtig ist den Befragten, dass sie ihr zeitliches Engagement selbst steuern können und von keiner staatlichen oder kirchlichen Großorganisation vereinnahmt werden.

Hier stoßen wir auf die Motivstränge des bürgerschaftlichen Engagements. In einer Studie über Ehrenamtliche im Sanitätsdienst des Arbeiter-Samariter-Bundes und des Deutschen Roten Kreuzes (Roth & Simoneit 1993) wird in Interviewausagen deutlich, weswegen sich das Ehrenamt wandeln muss. Die langjährigen Aktivisten verstehen ihre Aufgabe aus einer Pflichtethik heraus. Sie sagen: „Die Dienstübernahme verpflichtet zum Einsatz wie am Arbeitsplatz.“ Die Jugendlichen im Sanitätsdienst dagegen kritisieren die „eher langweilige Routine“ und die starre Organisationsform, in die sie sich einzupassen haben. In einer neuen nordrhein-westfälischen Studie zum freiwilligen Engagement (Heinze & Bucksteeg 1996)

sagt eine Mitinitiatorin einer Freiwilligenagentur: „Man engagiert sich, weil man die Zukunft selbst gestalten und die politische Landschaft verändern will“ (ebd., S. 87) und drückt damit eine zentrale Motivquelle für soziales Engagement von heute aus. Und immer wieder wird formuliert, dass zu diesem Ziel nicht eine hierarchische Einsatzplanung passt. „Starre Hierarchien und Vorgaben werden von den Engagierten nicht als Hilfestellung, sondern als Hemmnis bei der Verwirklichung ihrer Ideen wahrgenommen. Die neuen Motive können sich am besten in überschaubaren, autonomen lokalen Zusammenhängen und wenig formal organisiert entwickeln“ (ebd., S. 94).

Zahlen und Fakten zum ehrenamtlichen Engagement

Aktuelle Daten aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) aus dem Jahr 1994 mit Vergleichsdaten bis ins Jahr 1984 zeigen, dass es um das soziale Kapital in der Bundesrepublik nicht so schlecht steht, wie es die larmoyanten Klagen über die Ego-Gesellschaft erwarten lassen (vgl. Heinze & Keupp 1997). Anhand einiger zentraler Fragen lässt sich eine differenzierte Einschätzung des aktuellen Potenzials für bürgerschaftliches Engagement vornehmen.

Wie viele Deutsche engagieren sich in freiwilliger Tätigkeit in Deutschland?

Die Daten des SOEP von 1994 zeigen, dass das Potenzial freiwilliger sozialer Tätigkeiten in Deutschland sehr viel höher einzuschätzen ist als die 18 Prozent, die immer zitiert werden (vgl. etwa Paulwitz 1995): Fast ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung, also rund 16 Millionen Personen, hat sich 1994 in irgendeiner Form in freiwilliger sozialer Tätigkeit engagiert. In Ostdeutschland ist der prozentuale Anteil geringer, aber er beläuft sich immerhin noch auf ein Fünftel der Bevölkerung (also knapp 2,5 Millionen Personen). Dieses Engagement wird vor allem in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten erbracht, und es ist hier dreimal so groß wie die Aktivitäten bei Parteien, Bürgerinitiativen und in der Kommunalpolitik.

Nimmt Freiwilligenarbeit in einer sich individualisierenden Gesellschaft zu oder ab?

Im Widerspruch zu öffentlich verhandelten „Diagnosen“, die einen dramatischen Rückgang gemeinschaftsorientierten Engagements in einer individualisierten Gesellschaft unterstellen, ist bei freiwilligen sozialen Tätigkeiten statistisch gesehen ein Wachstum zu verzeichnen: Den SOEP-Daten zufolge haben sie zwischen 1985 und 1994 um 5 Prozentpunkte zugenommen. Um fast 20 Prozent gestiegen sind die unterschiedlichen Formen der Alltagssolidarität in familialen, nachbarschaftlichen und Freundschaftsnetzwerken.

Wie viel Zeit wird in freiwilliges Engagement investiert und wie regelmäßig?

Für eine realistische Einschätzung des Tätigkeitspotenzials außerhalb der Erwerbsarbeit ist bedeutsam, dass die regelmäßigen und zeitintensiven Formen des Engagements abgenommen haben und Muster des punktuellen und thematisch eingegrenzten Einsatzes häufiger werden.

Gibt es im Hinblick auf ehrenamtliches Engagement geschlechtsspezifische Unterschiede?

Im traditionellen Ehrenamt im Sozialbereich war der Frauenanteil überproportional hoch. Berücksichtigt man jedoch das Gesamtfeld freiwilligen Engagements, so zeigt sich, dass mehr Männer beteiligt sind. Bei Frauen überwiegt das unregelmäßige Engagement, während Männer bei den kontinuierlich geleisteten Tätigkeiten überrepräsentiert sind. Ursache dafür dürften die höhere Repräsentanz der Männer bei Vorstandstätigkeiten in Vereinen und Verbänden und ihr geringeres Engagement im Sozialbereich sein. Hinzu kommt die gewachsene Erwerbsneigung von Frauen, die ein regelmäßiges ehrenamtliches Engagement – neben Familie und Beruf – erschwert. Bei den Wachstumsraten freiwilligen Engagements liegen die Zuwächse bei den Frauen leicht über jenen der Männer, und das gilt auch für die Bereiche Vereine und politisches Engagement.

Engagieren sich Ältere mehr als Jüngere?

Die öffentlich immer wieder erhobene Behauptung, Jüngere würden sich weniger engagieren und sich mehr egozentriert verhalten, wird durch alle verfügbaren Daten, vor allem auch durch die neueste empirische Jugendforschung eindeutig widerlegt. Außer bei Personen, die über 60 Jahre sind – bei ihnen sinkt das Engagement auf rund 20 Prozent –, liegen die Anteile bei allen übrigen Altersklassen bei ziemlich genau einem Drittel. Für sämtliche Altersklassen, also auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ist eine Zunahme bürgerschaftlichen Engagements zu registrieren. Bemerkenswert ist allerdings ein Rückgang des allgemein- und parteipolitischen Engagements bei den Jüngeren. Dieser Effekt zeigt sich in abgeschwächter Form auch bei der Altersgruppe der 26- bis 40-Jährigen. Bei den höheren Altersklassen hingegen ist eher ein gegenläufiger Trend zu erkennen: Ihr politisches Engagement steigt, am deutlichsten bei den über 60-Jährigen.

Hängt das Engagement von der Bildung und dem ökonomischen Status ab?

Für das freiwillige Engagement sind offensichtlich das Bildungs- und das ökonomische Kapital entscheidende Voraussetzungen. Arbeiter sind von allen Berufsgruppen am wenigsten ehrenamtlich tätig. Sie verfügen offensichtlich zu wenig über die zentralen Ressourcen für Engagement: Bildung und Einkommen. Eine gehobene Beamtenausbildung, abgeschlossenes Hochschulstudium und ein gutes Einkommen sind wohl die besten Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement. Bemerkenswert ist allerdings der überdurchschnittliche Zuwachs von Engagement bei Personen ohne Schulabschluss. Sie zeigen auch ein verstärktes Engagement bei Parteien und Bürgerinitiativen. Der genau gegenläufige Trend offenbart sich bei Personen mit Hochschulreife. Sie sind zwar im Durchschnitt noch immer die aktivste Gruppe im politischen Bereich, aber in der Dekade von Mitte der 80er bis Mitte der 90er Jahre ist ihre Engagementbereitschaft um fast ein Drittel gesunken. Es zeichnet sich also eine stärkere Annäherung zwischen Menschen mit hohem und niedrigerem Bildungsniveau ab.

Ist die Religion noch eine Motivationsbasis für Freiwilligentätigkeit?

Die vermutete Abnahme religiöser Motivations- und Sinnstiftungsbasis für ehrenamtliche Tätigkeiten lässt sich auf der Grundlage der vorhandenen Daten nicht belegen. Ein vollkommener Bedeutungsverlust ist jedenfalls nicht festzustellen. Im Gegenteil: Personen mit religiöser Bindung zeigen höhere Aktivitätsbereitschaft als konfessionslose Personen. Die höchsten Werte weisen in Westdeutschland Personen mit katholischer Religionszugehörigkeit auf; gut ein Drittel von ihnen beteiligt sich an ehrenamtlichen Aktivitäten. Deutlich geringer ist das Aktivitätspotenzial bei evangelischen Kirchenmitgliedern.

Ist der Umfang bürgerschaftlichen Engagements ein Indikator für verfügbare Zeit?

Unter der Fragestellung, ob ehrenamtliches Engagement vor allem für Menschen mit einer geringen oder gar keiner Erwerbsarbeit ein sinnvoller Ersatz sein könnte, zeigt die Befundlage immer noch einen eher gegenteiligen Effekt. Aber es sind auch bemerkenswerte Trends zu verzeichnen, die von den üblichen Interpretationsmustern deutlich abweichen. Zunächst lässt sich feststellen, dass Vollzeitbeschäftigte den höchsten Aktivitätsgrad an Freiwilligentätigkeiten aufweisen, teilzeiterwerbende Personen folgen knapp dahinter, und dann – wiederum nur durch wenige Prozentpunkte getrennt – kommen arbeitslos gemeldete Personen. Im Zeitvergleich weist aber die Gruppe der Arbeitslosen die höchste Zuwachsrate auf. Generell scheint sich eine deutliche Steigerung im freiwilligen Engagement bei Nichterwerbenden entwickelt zu haben. „Zeitwohlstand“ ist offenbar ebenfalls keine erklärungskräftige Variable dafür, dass Paare mit Kindern das stärkste Engagement aufweisen – und zwar zunehmend mit der Zahl der Kinder. Die geringste Aktivitätsrate ist bei Einpersonenhaushalten zu registrieren, und der Anteilswert ist weiter rückläufig. Nur geringfügig höher war Mitte der 80er Jahre der Anteil bei Paaren ohne Kinder. Zehn Jahre später verzeichnet dieser Haushaltstypus die höchsten Zuwachsraten.

Verbessert freiwilliges Engagement die Lebenszufriedenheit?

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die durchschnittliche Lebenszufriedenheit und der Zukunftsoptimismus in Deutschland in den letzten Jahren rückläufig sind, zeigt sich ein eindeutiger Trend: Personen, die sich bürgerschaftlich engagieren, entwickeln eine höhere Lebenszufriedenheit und einen positiveren Zukunftsbezug. Die Zufriedenheit steigt tendenziell mit der Häufigkeit ehrenamtlichen Engagements. Die zeitlichen Kosten für dieses Engagement werden offensichtlich psychisch kompensiert.

Welche Motive führen zu bürgerschaftlichem Engagement?

Das klassische Ehrenamt schöpfte sehr stark aus einer religiös motivierten altruistisch-karitativen Grundhaltung, die als selbstverständliche Pflichterfüllung innerhalb des religiös-institutionellen Feldes kodiert war. Aber auch hier gab es sicherlich schon eine motivationale „Überdetermination“. Biografische Situationen mussten zu den ehrenamtlichen Aufgaben passen. Diese Passungsfrage wird für das bürgerschaftliche Engagement noch zentraler. Motiv, Anlass und Gelegenheit zum Engagement müssen in einer bestimmten biografischen Phase zusammentreffen. In den Motivstrukturen finden sich kulturell tradierte Werte, wie Mitmenschlichkeit, Solidarität, Gemeinsinn und Hilfsbereitschaft, genauso wie Wünsche nach mehr Authentizität und Selbstgestaltung, aber auch die Bewältigung eigener Lebenskrisen und schließlich der bewusste politische Gestaltungswille. Scheinbar unvereinbare Motivstränge können sich durchaus synergetisch verknüpfen: etwas für andere und zugleich etwas für sich tun.

Gewinnt das bürgerschaftliche Engagement gegenüber der Erwerbsarbeit an Identitätsrelevanz?

Die aktuelle Forschung zum subjektiven Stellenwert der Erwerbsarbeit zeigt, dass diese für die subjektive alltägliche Identitätsarbeit eher an Bedeutung gewonnen hat. Das gilt gerade auch für Heranwachsende. Postmaterielle Werte werden nicht nur außerhalb der Arbeitssphäre zu realisieren versucht, sondern sie werden in hohem Maße auf die Arbeit selbst bezogen. Das gilt sowohl für arbeitsinhaltliche Ansprüche als auch für

kommunikative Bedürfnisse, die im Arbeitsbereich befriedigt werden sollen. Für Tätigkeiten innerhalb des Handlungsfeldes der Erwerbsarbeit, aber auch für solche außerhalb können ganz ähnliche Erwartungen angenommen werden: Sie sollen die Person fordern, sie sollen Spaß machen, kommunikative Möglichkeiten eröffnen, der eigenen Tätigkeit zurechenbare Produkte erbringen und soziale Anerkennung schaffen.

Wo zeigen sich die Potenziale freiwilligen sozialen Engagements in erster Linie?

Der erste Blick zeigt eine „Entpolitisierung“ des bürgerschaftlichen Engagements. Die im Rahmen von politischen Parteien, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen erbrachten Leistungen nehmen ab. Auch im kirchlichen und wohlfahrtsverbandlichen Bereich geht das ehrenamtliche Engagement zurück. Zuwächse verzeichnen Vereine, Selbsthilfeinitiativen und neue institutionelle Formen bürgerschaftlichen Engagements, wie Freiwilligenagenturen oder Tauschringe. Im Bereich der lebensweltlich erbrachten Alltagssolidarität scheinen sich die freiwilligen Aktivitäten immer stärker zu entfalten. Das könnte als „Privatisierung“ von Engagement gedeutet werden. Zunächst drückt es aber wohl nur eine wachsende Disjunktion zwischen gemeinwohlorientierter Handlungsbereitschaft und einem öffentlichen Raum aus, in dem diese Potenziale keine geeigneten Kristallisationspunkte finden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die These von Helmut Klages, es existiere „ein frei flottierendes Potenzial an Gemeinsinn in der Gesellschaft“ (in Körber-Stiftung 1993, S. 40), empirisch durchaus belegbar ist. Neuerdings spricht Klages von einem „brachliegenden Potenzial“ (1998, S. 37) oder – noch dramatischer – von einer „riesigen, schlafenden Ressource“ (ebd., S. 34). In seiner eigenen Studie, die 1997 durchgeführt wurde, liefert er uns noch eindrucksvollere Daten als das SOEP. Im Durchschnitt sind es 38 Prozent der Deutschen, die freiwillig engagiert sind (39 Prozent im Westen und 35 Prozent im Osten Deutschlands).

Es gibt deutliche Hinweise auf einen allmählichen Rückgang des traditionellen Ehrenamtes, der sich vor allem im Bereich der sozialen Dienste zeigt und der in erster Linie von den

Repräsentanten traditioneller subsidiär erbrachter Wohlfahrtsleistungen registriert und beklagt wird. Insgesamt betrachtet ist jedoch eher eine Zunahme an freiwilligem gesellschaftlichem Engagement zu verzeichnen. Allerdings – und das kommt in der Formulierung vom „frei flottierenden Potenzial an Gemeinsinn“ gut zum Ausdruck – speist sich dieses Potenzial nicht mehr aus Motivlagen, die eine kontinuierliche oder gar lebenslange Anbindung an spezifische Institutionen erwarten lässt. Gerade die motivationalen Muster, die auf individuelle Authentizität oder auf konkrete Projekte der Veränderung in der eigenen überschaubaren Lebenswelt zielen, lassen eher punktuelle und projektbezogene Formen des Engagements erwarten.

Für einen wachsenden „bowling-alone“-Effekt (vgl. Putnam 1995) gibt es in Deutschland also keine beweiskräftigen Belege. Zwar existieren einige spezifische Risikogruppen für Vereinsamung und mangelnde soziale Integration, aber für die durchschnittliche Bevölkerung zeigt sich ein hohes Maß sozialer Vernetzung und daraus entstehender Alltagssolidarität. Dieses „soziale Kapital“ ist allerdings gesellschaftlich ungleich verteilt, was sich letztlich auch in dem Befund zeigt, dass ökonomisch und bildungsmäßig privilegierte Bevölkerungsgruppen in höherem Maße an freiwilligen gesellschaftlichen Aktivitäten beteiligt sind. Gleichzeitig gibt es jedoch auch Hinweise auf eine zunehmende Aktivierung von sozial benachteiligten und aus der Erwerbsarbeit ausgeschiedenen Gruppen.

Als deutlicher Trend zeichnet sich eine Verlagerung des Engagements ab – aus den Bereichen politischer Parteien und Bürgerinitiativen hin zu überschaubaren Formen der Alltagssolidarität in den lebensweltlichen sozialen Netzen. Das gilt vor allem für Heranwachsende, die ihre Handlungsbereitschaft immer weniger auf den politischen Raum ausrichten.

Es gibt keine Hinweise auf einen Rückgang der zentralen Wertigkeit der Erwerbsarbeit für die individuelle Identität von Personen. Eher im Gegenteil: Gerade auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind die subjektiven Sinnerwartungen an die Arbeit gewachsen. Das liegt durchaus im Trend einer allgemeinen Entwicklung, dass Tätigkeiten weniger in ihrer instrumentellen Funktion bewertet werden, sondern unter dem Aspekt der in ihnen selbst vermittelten Sinnschöpfung.

Das nicht unbeträchtliche Potenzial freiwilligen sozialen Engagements erfordert die Entwicklung neuer gesellschaftlicher Aktivierungsfelder. Die traditionellen Rekrutierungsinstitutionen werden dies ohne einen tief greifenden Wandel ihrer Leitbilder und ihres öffentlichen Erscheinungsbildes kaum leisten können. In seiner Gesellschaftsdiagnose spricht Helmut Klages von dem immer deutlicher erkennbaren „Grundbedürfnis“ einer wachsenden Anzahl von Personen, „Subjekt des eigenen Handelns zu sein, das keineswegs mit dem Gemein-sinn in Widerspruch steht“ (in Körber-Stiftung 1995, S. 40). Diesem Grundbedürfnis müssen die Handlungsformen bürger-schaftlichen Engagements Rechnung tragen.

Ich fasse die vorhergehenden Daten und Überlegungen in einer fünften These zusammen:

Die verfügbaren Daten rechtfertigen die Aussagen, dass es in der Bundesrepublik ein hohes Aktivitätsniveau von 30 bis 40 Prozent freiwilligen sozialen Engagements und darüber hinaus ein noch brachliegendes Potenzial gibt. Rückgängen im Engagement, vor allem bei Kirchen, Verbänden, Gewerkschaften und Parteien, stehen Zuwächse bei Vereinen, Selbsthilfegruppen, Freiwilligenagenturen, Tauschringen und hauptsächlich im Alltagsbereich gegenüber.

Jugendspezifische Potenziale für bürger-schaftliches Engagement¹

Werte – Orientierungen – Politik

Von der kommunikativen Kultur unter Jugendlichen war bereits die Rede. Diese kommt auch in Untersuchungen von Werthaltungen Jugendlicher zum Ausdruck. Bei west- und ostdeutschen Jugendlichen hat die Shell-Studie 1992 (Jugendwerk der Deutschen Shell 1992) ermittelt, dass in deren Werthierarchie „wahre Freundschaft (enge unterstützende Freunde)“ gleich nach dem Wunsch nach Frieden rangiert (68 Prozent der West- und 73 Prozent der Ostjugendlichen wünschen sich das). Auch die Untersuchung realer Formen von Alltags-solidarität im Freundes-, Familien- und Kollegenkreis ergab (vgl. Diewald 1991), dass sich Heranwachsende in hohem Maße in Situationen der Hilfsbedürftigkeit engagieren. Die „Egotripler“ oder Ichlinge wird man in unserer Gesellschaft durchaus finden, nicht aber bevorzugt in der Generation der Heranwachsenden. Wenn in einer Gesellschaft, die ja ökonomisch und zunehmend auch ideologisch (das ist die „Westerwelle“) auf der optimalen Entfaltung des „Eigennutzes“ aufbaut, Jugendliche in einem so hohen Maße kommunitäre Werte besetzen, dann sehe ich hier keine beweiskräftigen Daten, um ihnen eine pauschale Ego-Mentalität zuzuschreiben.

Die Frage, ob Jugendliche Wertorientierungen haben, die ihnen nahe legen, sich außerhalb von Erwerbsarbeit zu engagieren, lässt sich trotz oder gerade aufgrund einer hohen Selbst-bezogenheit bejahen. Werthierarchien zeigen den von Ingle-

¹ Ich greife für den folgenden Teil auf Material zurück, das in ein Gutachten der Zukunftskommission der Freistaaten Bayern und Sachsen eingegangen ist (vgl. Heinze & Keupp 1998). Mitgearbeitet haben dabei Wolfgang Kraus, Florian Straus, Irene Kühnlein und Sabine Pankofer, denen ich herzlich danke.

hart (1989) beschriebenen Effekt, dass in Industriegesellschaften bei ihrem Übergang zu Dienstleistungsgesellschaften materielle oder materialistische Werte immer mehr an Relevanz verlieren, während Werte, wie zum Beispiel Selbstverwirklichung und Mitbestimmung, an Bedeutung zunehmen (Silberstein et al. 1997, S. 49 ff.; Hanns-Seidel-Stiftung 1996, S. 18). Damit bestätigen sich für Deutschland Trends, die im internationalen Vergleich festgestellt werden (Wilkinson 1997, S. 116). Bezogen auf die Frage nach dem sozialen Engagement von Jugendlichen zeigt sich folgendes Bild:

Gegenwelt

Die Shell-Studie (1997, S. 35) konstatiert, dass Jugendliche für sich und andere Werte aufstellen, die eine „Gegenwelt zur verfassten Politik“ darstellen. In einer Liste von Werten von Jugendlichen (Shell 1997, S. 65) sind zwei Schwerpunkte zu erkennen: Große Relevanz haben für Jugendliche Werte, die den zwischenmenschlichen Bereich und die Kommunikation betreffen (zum Beispiel Offenheit, Ehrlichkeit, Toleranz, Akzeptanz, Gewaltfreiheit, Kompromissfähigkeit etc.). Diese Werte sind für die jungen Menschen aber nicht nur in ihrem Binnenbereich wichtig, sondern auch auf der gesellschaftlichen Ebene. Die Jugendlichen gehen davon aus, dass eine Erfüllung dieser Werte eine Aufgabe der Politik sein sollte – was jedoch aus ihrer Sicht nicht der Fall ist. Deshalb fühlen sich die meisten Jugendlichen von Politikerinnen und Politikern ge- und enttäuscht und misstrauen ihnen. Dieses Ergebnis wird in allen Jugendstudien hervorgehoben (stellvertretend: Shell 1997, S. 34 ff., S. 295 ff.; Emnid 1997, S. 4 f.).

Dichotome Weltsicht

Politik und ihre Vertreter bieten für Jugendliche nur wenig Orientierungsmöglichkeiten. Eine „dichotome Weltsicht“, „die da oben – wir da unten“ (Shell 1997, S. 52), zeigt eine eher ohnmächtige Haltung der Jugendlichen gegenüber Staat und Politik. Mögliche Vermittler, beispielsweise Gewerkschaften oder Kirchen, werden zwar wahrgenommen, jedoch als nicht so einflussreich, wie zum Beispiel die Wirtschaft, eingeschätzt. Die Vorstellungen der Gewerkschaften beispielsweise werden an sich positiv beurteilt; gleichzeitig wird ihnen aber bei der Lösung des größten Problems – der Arbeitslosigkeit – wenig zutraut (Emnid 1997, S. 15).

Macht als Anathema

Eine Auseinandersetzung mit Macht wird von Jugendlichen umgangen, um sich selbst nicht die Hände schmutzig zu machen und ungläubig zu erscheinen. „Vermieden wird damit eventuell, sich dem Thema ‚Macht‘ überhaupt zu stellen“ (Shell 1997, S. 53). Auch die Ebene gesellschaftlicher Ideologien wird von ihnen mit großer Distanz betrachtet. Insgesamt zeigt sich, dass Jugendliche sich nicht an vorhandenen Gesellschaftsentwürfen, wie Kommunismus, Sozialismus oder Kapitalismus, orientieren. Vielmehr herrscht eine generelle Skepsis gegenüber Gesellschaftsideologien (Shell 1997, S. 57).

Einschätzung der Wichtigkeit versus konkretes Handeln

Alle Studien stützen die Feststellung, dass Jugendliche soziales Engagement für bedeutsam halten. So zeigt sich beispielsweise in der IBM-Jugendstudie eine hohe Zustimmung bei der Frage nach der Wichtigkeit von sozialem beziehungsweise gesellschaftlichem Engagement. 70 Prozent sehen gesellschaftliches Engagement des Einzelnen in der Gesellschaft als wichtig an. 8 Prozent bezeichnen sich als „stark engagiert“ und 59 Prozent als „etwas engagiert“. Insgesamt 32 Prozent jedoch empfinden sich selbst als „überhaupt nicht engagiert“ (IBM-Jugendstudie 1995, S. 66 f.).

Die große Mehrheit erkennt also die Bedeutung von gesellschaftlichem Engagement für sich an. Festzustellen ist allerdings bei einer Vielzahl von Themen eine Diskrepanz zwischen Interesse an einem Engagement und der tatsächlichen Umsetzung. Dies wird auch von den Jugendlichen selbst wahrgenommen und selbstkritisch vermerkt (Hanns-Seidel-Stiftung 1996, S. 23). Für Jugendliche im kirchlichen Bereich gilt diese Diskrepanz allerdings nicht – laut IBM-Studie. Engagement wird dort von 10 Prozent der Jugendlichen als „wichtig“ angesehen, und tatsächlich sind auch 10 Prozent aktiv. Am häufigsten engagieren sich Jugendliche in ihrem privaten Umfeld (53 Prozent), und 50 Prozent halten derartiges Engagement auch für wichtig. Starke Abweichungen von Einschätzung und konkretem Handeln sind beim Thema Umweltschutz (wichtig: 84 Prozent, aktiv: 21 Prozent) wie auch im sozialen Bereich (wichtig: 62 Prozent, aktiv: 22 Prozent) zu verzeichnen. Der Anteil der Mädchen beziehungsweise jungen Frauen ist dabei in

allen Bereichen fast durchgehend höher (IBM-Studie 1995, S. 67 ff.). Festzustellen ist auch, dass Jugendliche aus dem Osten ihr Engagement deutlich häufiger in Handeln umsetzen als Jugendliche aus dem Westen, obwohl Letztere höhere Ansprüche formulieren (IBM-Studie 1995, S. 69).

Über die Auslöser für ein aktives Engagement besteht wenig Klarheit. Die Aussage einer Jugendlichen zu Beweggründen von Engagement ist bezeichnend: „Es gibt so vieles an Motivation“ (Shell 1997, S. 88). Und anscheinend muss vieles zusammenkommen, damit aus der Motivation ein Handeln wird. Wissen allein jedenfalls führt offensichtlich nicht zum aktiven Engagement. Anstöße können von den Eltern und von Institutionen kommen, indem zum Beispiel konkrete Angebote an die Jugendlichen herangetragen werden (etwa das Angebot, Schulsprecher zu werden), aber auch durch Freunde, die bereits aktiv sind (vgl. diverse Porträtstudien in der Shell-Studie 1997). Die Autoren der Shell-Studie stellen zudem die These auf, dass sich frühe(re) Erfahrungen mit Engagement positiv darauf auswirken, sich weiter sozial und gesellschaftlich zu engagieren. Andererseits bedeutet das Fehlen solcher frühen Erfahrungen offenkundig nicht, dass nie Engagement entwickelt wird. Und umgekehrt: Einmal engagiert gewesen zu sein kann heißen, sich immer wieder zu engagieren oder gar kein Engagement mehr zu entwickeln. Festzuhalten bleibt, dass die Jugendlichen auch in ihrem Engagement flexibel je nach ihrer aktuellen privaten Situation reagieren (vgl. Shell 1997, S. 64).

Warum, wofür und in welcher Form engagieren sich Jugendliche heute?

Die aktuellsten deutschen Jugendstudien bestätigen internationale Trends. Danach engagieren sich Jugendliche und junge Erwachsene zu einem bei bestimmten politischen Einzelthemen, bei denen sie eine unmittelbare Wirkung erwarten können, und zum anderen in Fragen der „Politik der Lebensführung“ im Gegensatz zu allgemeinen sozialen oder wirtschaftlichen Themen (Wilkinson 1997, S. 115). Das Engagement ist vor allem themenorientiert. Es lassen sich zwei Motivbündel für soziales Engagement erkennen, die altersspezifisch differenziert sind (Shell 1997, S. 70 f.):

- Jüngere zeigen eher eine *situationsbezogene Motivation*, das heißt, sie wollen etwas zusammen mit Freunden tun, und zwar etwas anderes als das, was sie in der Schule oder im Betrieb machen müssen. Bestimmte Nutzenmotive, wie zum Beispiel mehr Geld oder die Freistellung von Schule beziehungsweise Arbeit, spielen nur eine nachrangige Rolle (vgl. die Thesen von Inglehart zum Wertewandel).
- Ältere lassen vor allem eine *projekt- und zielorientierte Motivation* erkennen. Darunter ist der Wunsch nach Mitbestimmung und nach Möglichkeiten, die eigenen Fähigkeiten einzubringen, zu verstehen. Besonders wichtig ist, dass das Ziel erreichbar ist.

Die Shell-Studie (1997) beschreibt die zugrunde liegende individualisierte Begründungslogik Jugendlicher folgendermaßen: „Ich muss etwas ändern, damit sich insgesamt etwas ändert“. Ausschlaggebend für ihr Engagement ist, dass es Chancen zur Veränderung von sich selbst, der Gesellschaft und des Staates bieten muss. Das ist aus Sicht der Jugendlichen nur oder vor allem im direkten sozialen Kontakt und in kleinen Schritten möglich und nicht in der verfassten Politik. Das Engagement der Jugendlichen ist geprägt von der Vorstellung, durch das eigene Verhalten auf andere direkt einzuwirken beziehungsweise von anderen direkt zu lernen. Ihr Handeln ist geleitet von einer hohen Werterwartung bezüglich Ehrlichkeit, Authentizität, Verstehen, Akzeptieren und Dialog: „Man muss bei sich selbst anfangen, muss selbst sozusagen Vorbild für andere sein, damit sich langsam aber sicher auch insgesamt, gesellschaftlich gesehen etwas zum Positiven verändert, so lautet – zusammengefasst – die Devise“ (Shell 1997, S. 70 f.).

Als Themen sind in Deutschland vor allem soziale Fragen sowie der Umwelt- und Tierschutz wichtig (IBM-Studie 1995, S. 67). Engagement in Organisationen findet nur statt, wenn eine hohe Identifikation mit deren Werten möglich ist (Shell, S. 35; Schmidchen 1997, S. 270 f.). Doch verändern sich auch der Grad der Identifikation und die Form des Engagements. Gerade im Umweltbereich zeigt sich eine deutliche Verlagerung vom Identifikations- in den Sympathiebereich (Shell 1997, S. 21). Jugendliche sind in entsprechenden Organisationen immer seltener überzeugtes Mitglied, sondern nehmen immer öfter die

Position eines Zuschauers oder begrenzten Nutzers ein. Sehr viel häufiger engagieren sich Jugendliche über Formen nicht institutionalisierter politischer Partizipation, das heißt punktuell, spontan und kurzfristig, zum Beispiel bei Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen (Shell 1997, S. 18 f.; Silberstein et al. 1997, S. 104, S. 108). Festzustellen ist: „Jugendliche engagieren sich dann in Politik und Gesellschaft, wenn dies in ihrem unmittelbaren, direkten Bezugskreis möglich ist, da sie dort davon ausgehen, etwas konkret und direkt bewirken zu können, ohne korrumpiert und vereinnahmt zu werden. Sie finden ‚kleine Schritte‘ in einer möglichst hierarchiefreien Umgebung wesentlich leichter als den großen öffentlichen Erfolg“ (Shell 1997, S. 35).

Interessen der Organisationen versus Interessen der Jugendlichen

Jugendliche haben grundsätzliches Interesse an einer Mitarbeit in Vereinen und Organisationen (vgl. Hanns-Seidel-Stiftung 1996, S. 23). Eine Sozialisation durch Verhaltensnormen dieser Vereine oder Organisationen lehnen sie jedoch strikt ab (Shell 1997, S. 18). Daraus folgt, dass sich Strukturen der Vereine und Organisationen an den Bedürfnissen der Jugendlichen orientieren müssen, wenn sie ihre Zukunft sichern wollen.

Glaubwürdigkeit

Zentrale Bedingung für Engagement im Rahmen von Organisationen ist, dass diese, wie zum Beispiel Naturschutzorganisationen, Bürgerinitiativen, Tierschutzvereine, aber auch Kirchen, Glaubwürdigkeit ausstrahlen müssen. Für Jugendliche ist es wichtig, sich für eine Sache zu engagieren, die sie inhaltlich gut und richtig finden, das heißt aus „idealistischen Gründen“ und nicht wegen des Geldes oder des persönlichen Erfolges (vgl. Emnid 1997, S. 8).

Sinn

Eine weitere zentrale Forderung ist, dass das Engagement sinnvoll erscheinen muss (vgl. Shell 1997, S. 71). Das heißt, Erfolg muss sichtbar und möglich sein und wird als Effekt von kleinen Schritten verstanden.

Sich selbst treu bleiben dürfen

Organisationen machen „Angst vor Vereinnahmung“ und negativer Persönlichkeitsveränderung (Shell 1997, S. 76). Jugendliche lehnen institutionelle Aufstiegswege des Hochdienens ab und wünschen sich einen Raum, um bei sich selbst bleiben zu können. Sie verspüren ein großes Unbehagen gegenüber Hierarchie, Dominanz und Macht: „Man will sich dem nicht aussetzen und umgeht dies, indem man sich gar nicht erst in eine solche Situation bringt“ (Shell 1997, S. 77).

Überschaubarkeit

Ausmaß und Dauer einer organisatorischen Bindung müssen überschaubar bleiben.

Verbindung zur eigenen Lebenswelt

Das Engagement darf nicht mit anderen erlebnisorientierten Freizeitbeschäftigungen in Konkurrenz treten, sondern soll sich womöglich umgekehrt mit diesen verbinden lassen (vgl. Formen der Selbstorganisation in der Rave- und Techno-Szene, bei denen Jugendliche sich für Organisation und Durchführung verantwortlich zeigen).

Spaß

Viele Organisationen sind den Jugendlichen zu ernst: „Ohne Spaß kein Engagement“ (Shell 1997, S. 83). Wilkinson (1995, S. 8) fordert daher, in Politik und Organisationen neue Formen der Beteiligung zu entwickeln, zum Beispiel auch mit Hilfe neuer Technologien, die die Chance auf vielfältige Vernetzung und Kommunikation bieten.

Gesellschaftliches Engagement und Individualisierung

Alle Studien machen deutlich, dass sich gerade an den Einstellungen und dem Verhalten der jeweils befragten Jugendlichen bezüglich des sozialen und politischen Engagements außerhalb von Erwerbsarbeit die Auswirkungen des Individualisierungsprozesses zeigen: Jugendliche weisen hohe Mobilität und Flexibilität auf, ob psychisch oder räumlich, ohne dabei traditionelle Lebensentwürfe total infrage zu stellen – im Gegenteil. Festzustellen ist ein hoher Grad an Selbstreflexivität, was subjektiv einerseits zu großer Ernüchterung und weit verbreiteten

Zukunftsängsten (bezüglich Arbeitslosigkeit, der größten Angst der Jugendlichen, vgl. Shell, 1997) führt, andererseits – und als Gegenpol dazu – aber auch zu einer starken Tendenz zur Selbst- und Fremdbeobachtung sowie zu einem Bedürfnis nach Erlebnissen und nach Spaß im Sinne von Lebensfreude. Dies zeigt sich in den Vorstellungen der Jugendlichen von der Erwerbsarbeit, vor allem aber an den von ihnen gewählten Formen sozialen Engagements.

Die Motivationen, sich sozial zu engagieren, sind eher intrinsisch und Zeichen von Individualisierung. Soziales Engagement ist für Jugendliche eine Möglichkeit, ihr eigenes Leben sinnhaft und sinnvoll zu gestalten. Das soziale Engagement beinhaltet dabei für Jugendliche auch und vor allem Individualismus, allerdings in gesellschaftlichem Zusammenhang: Auch Jugendliche wollen „Schwimmer in einer Schar von Schwimmern“ sein (Wilkinson 1997, S. 118). Und insofern sind Individualismus und Engagement – unter gewissen Voraussetzungen – zu verbinden:

Engagement muss sich lohnen

„Die Sache muss sich lohnen“ für einen selbst und auch für die Organisation. Individualismus im Engagement bedeutet, engagiertes Verhalten auch unter einer Nutzenperspektive zu betrachten – denn: „Hinter jedem Engagement steckt eine gehörige Portion Eigennutz“ (Shell 1997, S. 82). Jugendliche sind sich sehr im Klaren darüber, dass sie durch soziales oder politisches Engagement für ihre spätere Berufstätigkeit etwas lernen können, zum Beispiel Durchsetzungs- und Argumentationsfähigkeit, Teamgeist und Kooperationsformen – das heißt „Lernen für das Leben“. Durch soziales oder politisches Engagement erlernte Verhaltensweisen sind relevante Eigenschaften für das Berufsleben (Emnid 1997, S. 15). Denn auch das haben Jugendliche gelernt: „Wer etwas will, der muss sich darum kümmern. Wer bloß wartet, bekommt nichts“ (Shell 1997, S. 96). Engagement kann auch als Hobby betrachtet werden (Shell 1997, S. 88). Der Übergang vom Privatleben (beispielsweise ein Haustier haben) ins öffentliche Engagement (sich für den Tierschutz einsetzen) ist dabei manchmal fließend.

Engagement muss Spaß machen

Es muss persönliche Nähe erlauben, außerdem Spaß, Lebensfreude, Humor und Lockerheit bieten, um spielerisches Einüben von Fertigkeiten möglich zu machen, die das eigene Selbstbewusstsein heben. Denn im selbst gewählten Engagement wird die Chance gesehen, erwachsen zu werden, ohne auf das spielerische Moment verzichten zu müssen. Das soziale Umfeld des Engagements hat hier bei vielen Jugendlichen den Charakter einer „zweiten Heimat“. Eingebunden zu sein, schafft Vertrauen und Stabilität und gibt Motivation für weiteres Engagement (Shell 1997, S. 100).

Engagement muss dem Ego gut tun

Für Jugendliche ist es eine wichtige Erfahrung, dabei zu sein vorn zu stehen, etwas zu sagen zu haben – frei nach der Formel: „Ich bewege etwas und weiß, dass ich es bin, der etwas bewegt, und andere sollen Kenntnis nehmen, dass ich etwas bewege“ (Shell 1997, S. 87). Engagement im Dienst einer guten Sache stärkt das Selbstbewusstsein, denn es ist gerade für die Jugendlichen selbst wichtig, gebraucht zu werden oder gut anzukommen. Das ist im Übrigen auch jenseits von sozialem Engagement möglich, beispielsweise indem man eine Sportart sehr gut beherrscht.

Engagement muss sichtbar sein

Bei Jugendlichen besteht ein großes Interesse an der Herstellung von Öffentlichkeit, denn „Publicity schafft Befriedigung“. Jugendliche haben ihre Lektion gelernt, dass ein gewisses Maß an Selbstinszenierung – am besten medial verstärkt – nicht schaden kann (Shell 1997, S. 86). Dies zeigt erneut die realistische und zukunftsorientierte Nutzung, aber auch die Lust- und Spaßperspektive der Jugendlichen. Deutliches Zeichen dafür ist der häufig geäußerte Berufswunsch nach einer Tätigkeit in der Öffentlichkeitsarbeit. Denn: „Alle haben kapiert, worauf es ankommt in dieser Gesellschaft: Sich selbst und das eigene Anliegen möglichst optimal zu verkaufen“ (ebd., S. 87).

Insgesamt kann mit Wilkinson (1997) festgestellt werden, dass Engagement dann als persönliche Bereicherung erlebt wird, wenn es dem Betroffenen das Gefühl vermittelt, sich zu lohnen. Dies kann zu einer neuen Ethik führen, die darauf abzielt, Stolz darauf zu entwickeln, außerhalb und doch gleichzeitig innerhalb des Systems zu sein (ebd., S. 122).

Jenseits von Erwerbsarbeit: Freiwilligenarbeit als alternativer Referenzpunkt der Identitätsbildung?

In sämtlichen aktuellen Jugendstudien finden sich Indikatoren für eine gestiegene Zukunftsangst von Jugendlichen. Meist sind die Befürchtungen an eine pessimistische Beurteilung der Arbeitsmarktlage gekoppelt. Alle Jugendstudien stellen unisono fest: Die Bindung an Erwerbsarbeit ist hoch, ob für benachteiligte Jugendliche, Mädchen oder Jungen, Ost- oder Westjugendliche (u. a. Shell 1997, S. 14). Arbeit hat eine große Bedeutung im Leben von Jugendlichen aller Altersstufen (vgl. Emnid 1997, S. 12). Dies deckt sich mit den Ergebnissen unserer Längsschnittuntersuchung (Keupp et al. 1996). Danach besitzt die Erwerbsarbeit einen außerordentlich hohen Stellenwert für die Identitätsbildung. Es überwiegen die subjektiv-sinnhaften Arbeitsorientierungen. Das ist selbst bei Jugendlichen der Fall, die extrem schlechte Startbedingungen haben, wo also ein Sichbescheiden plausibel erschiene („Ich muss froh sein, überhaupt etwas zu kriegen“).

Im Zentrum der Arbeitsidentität steht der Wunsch nach Authentizität. Anzeichen für eine Identitätsbildung jenseits von Erwerbsarbeit gibt es unseres Erachtens nicht. Im Gegenteil: Die Jugendlichen versuchen, sich relevante Eigenschaften für das Berufsleben anzueignen und sich damit individuell gegen die Arbeitslosigkeit zu wappnen (vgl. Emnid 1997, S. 13). Sie zeigen dabei ein sehr hohes politisches Problembewusstsein, ohne selbst Lösungen im Visier zu haben (vgl. Emnid 1997, S. 5). Eben weil die Bedeutung von Erwerbsarbeit für die Identitätsbildung so groß und die materielle Existenzsicherung an sie geknüpft ist, erweist sich die Angst vor Arbeitslosigkeit aktuell als die bestimmende Zukunftsangst von Jugendlichen. Es herrscht großer Zukunftspessimismus, vor allem bei älteren Jugendlichen und im Osten (vgl. Silbereisen et al. 1997, S. 199 ff.; Schmidtchen 1997, S. 315 ff.).

Private soziale Netze

Es stellt sich die Frage, worin die Jugendlichen ihre Zukunftsperspektiven, auch jenseits von Erwerbsarbeit, sehen. Was wollen sie einmal machen, wie planen sie in die Unsicherheit hinein? Im Zentrum der Wünsche für die Zukunft stehen Freunde und die soziale Einbindung in eine Gruppe. Lebensziele sind

Familie, gut bezahlte Arbeit und ein zuverlässiger Freundeskreis mit Spaß und Raum für Auseinandersetzungen (Shell 1997, S. 63), das heißt, die Zukunftsbilder sind – egal ob bei Jungen oder Mädchen – eher privater Natur. Die Herstellung sozialer Anerkennung und Integration findet im privaten Bereich, in lebensweltbezogenen sozialen Netzen statt. Für die Pflege dieser Netze wird ein hoher kommunikativer und zeitlicher Aufwand betrieben. Private soziale Netze brauchen viel Aushandlungszeit und lassen daher wenig Raum für anderes: Die „Kinder der Freiheit“ haben äußerst wenig freie Zeit. Nach diesem Argument wäre die Distanz zu formalen Organisationsstrukturen außerhalb der Erwerbsarbeit also weniger eine demonstrative Abkehr, sondern, zumindest zum Teil, die Konsequenz einer Identitätsarbeit, die sich auf zeitaufwändige Aushandlungsprozesse in kleinteiligen sozialen Netzen stützt und dort auch das findet, was für die Identitätsbildung ebenfalls zentral ist, nämlich soziale Integration und Anerkennung. Demgegenüber sind gerade diese Ziele von individualisierter Identitätsarbeit in traditionellen Vereinen keineswegs leicht zu realisieren.

Situative Orientierung

Eine lebenslange Planung ist für die Jugendlichen nicht möglich – und sie sind sich dessen bewusst. Sie sind deshalb bereit, mit erhöhten Planungsunsicherheiten zu leben und zum Beispiel in mehrere Ausbildungen zu investieren. Die Verkürzung von Zukunftsperspektiven resultiert in einer situativen Orientierung von Identitätsbildung, die besonders bei Jugendlichen mit schlechter Ressourcenlage ausgeprägt ist. Sie sehen sich in sehr geringem Maße als Gestalter ihres Lebens und verweigern sich langfristigen Festlegungen. Im Hinblick auf formalisierte Formen von freiwilligem sozialem Engagement bedeutet dies eine Distanz zu längerfristigen Bindungen mit Verpflichtungscharakter, eine Bevorzugung von solchen Bindungen, die „anfallen“, das heißt sich ergeben, und es zeigt sich das Bedürfnis nach einer individualisierten, situationsgebundenen Form des Angefragtwerdens.

Gelegenheitsstrukturen für das Engagement Heranwachsender

Die Ergebnisse unserer qualitativ angelegten Längsschnittuntersuchung (Keupp et al. 1996) bestätigen, dass soziales Engagement bei Jugendlichen heute nur dann eine Chance hat, wenn es mit eigenen Interessen und biografischen Verläufen kompatibel ist. Auch in klassisch ländlich strukturierten Regionen verliert ein lediglich traditional orientiertes Engagement seine selbstverständliche Orientierungskraft. Neue Orte sozialen Engagements fehlen aber weitgehend; das heißt, im ländlichen Raum sind häufig die Gelegenheitsstrukturen hierfür nicht vorhanden. Im städtischen Kontext dagegen konkurrieren vielfältige Szenen und Angebote. Auch stehen die Jugendlichen insgesamt etwaigen Vereinnahmungstendenzen sehr kritisch und misstrauisch gegenüber.

Diese Befunde¹ bedeuten nicht, dass sich die von uns im Längsschnitt begleiteten Jugendlichen nicht im sozialen Bereich engagieren. So finden wir bei fast der Hälfte zumindest zu einem der drei Erhebungszeitpunkte eine Mitgliedschaft in einem Verein, einer Initiative beziehungsweise – in wenigen Fällen – auch in einer Partei oder Gewerkschaft. Ein nahezu ebenso großer Kreis an Jugendlichen definiert sich als einer losen Clique zugehörig. Bei den losen Cliquen handelt es sich um nicht formal organisierte Gruppen von Jugendlichen, die sich gleichwohl in einem für sie identifizierbaren Zeit- und Raumgefüge und Gruppenzusammenhang treffen und gemeinsam handeln.

¹ Sonderauswertung von N = 85 Jugendlichen aus drei Regionen (zwei unterschiedlich strukturierte ländliche und eine städtische Region) Westdeutschlands. Diese Jugendlichen wurden zwischen 1991 und 1996 dreimal interviewt und waren zu Beginn im Durchschnitt 19 Jahre alt. Vom Bildungsniveau her handelt es sich um Jugendliche mit maximal Realschulabschluss.

Vereine als Orte interessenorientierter Aktivität

Mit Ausnahme eines Kerns von aktiv Engagierten sind Vereine für Jugendliche Orte der interessenorientierten Freizeitaktivität. Werden sie zur Belastung, wechselt das Interesse, und dann wird der Verein verlassen. Vereine verkörpern eine traditionelle Freizeitgestaltung. Individualisierte Freizeitgestaltung findet sich eher in Szenen und losen Cliquen. Im Kontrast zur Vernetzungsform solcher loser Cliquen, die wir noch zum sozialen Engagement rechnen, ergeben sich für das Engagement in Vereinen folgende Detailbefunde.²

Vereine sind nach wie vor bedeutsam

Es zeigt sich, dass diese Jugendlichen sich keineswegs aus den Vereinen zurückziehen. Insgesamt sind 42 Prozent der interviewten Jugendlichen während des untersuchten Zeitraumes zumindest für eine gewisse Zeit Vereinsmitglieder gewesen. Der Organisationsgrad geht allerdings mit dem Alter zurück (1. Welle: 34 Prozent; 2. Welle: 26 Prozent; 3. Welle: 22 Prozent). Die Zahl der über den gesamten Zeitraum unserer Längsschnittstudie in Vereinen Engagierten liegt bei 20 Prozent. Hier dominieren eindeutig die Männer.

Das Vereinsmodell „Dienstleister – Kunde“ dominiert

Ein großer Teil der Jugendlichen sieht die Vereine nur als Mittel zum Zweck (vor allem um bestimmte Sportarten zu betreiben oder/und Musik zu spielen). Die Frage ist, ob dieser Dienstleistungsbezug von den Jugendlichen so intendiert ist, oder ob die Vereine darüber hinaus nichts „im Sortiment“ haben, was die Jugendlichen auch in anderen Interessensbereichen zum Vereinsengagement animieren könnte.

² Eine weitere, hier nicht näher analysierte Spielart sind so genannte „jugendspezifische Szenen“. Hier handelt es sich um soziale Gefüge, die sich durch die Art der Inszenierung identifizieren und bestimmten Varianten aktueller Jugendstile zuordnen lassen. Ähnlich wie „lose Cliquen“ haben sie keine formalisierte Teilnahmestruktur. Im Unterschied zu den „losen Cliquen“ ist der Gruppenbezug weniger personen- als stilgebunden und in der Regel auch räumlich weniger klar umgrenzt.

Eine Minderheit aktiver Mitglieder

Der Anteil der aktiven Vereinsmitglieder liegt bei knapp einem Fünftel (beziehungsweise etwa 8 Prozent auf alle Jugendlichen bezogen). Knapp jede/r fünfte (Vereins-)Jugendliche sieht den Verein weniger funktional („Mittel zum Zweck“), sondern beteiligt sich aktiv am Vereinsleben beziehungsweise engagiert sich über diverse ehrenamtliche Tätigkeiten innerhalb des Vereins. Für diese Jugendlichen sind der Verein und das Vereinsleben ein Teil ihrer sozialen Identität.

Vereine ermöglichen soziale Integration in schwierigen Lebenslagen

Daneben gibt es eine dritte Gruppe, bei der sich das Engagement aus einer bestimmten – schwierigen – Lebenslage heraus begründet. Die Vereinskultur hat in diesen Fällen eine integrative Wirkung. Auch hier hängt es von den Ressourcen des Einzelnen ab, wie sehr diese Mitgliedschaft geprägt ist von dem Aspekt des Ressourcennehmens oder von einem Austausch. Zwei Beispiele: Unser Interviewpartner Walter darf aus gesundheitlichen Gründen nicht Fußball spielen. Da er intelligent und sozial gewandt ist und ein relativ hohes Bildungsniveau besitzt, wird er als Trainer der Schülermannschaft eingesetzt und hat die Kassenführung übernommen. Michael hat wesentlich weniger eigene Ressourcen einzubringen: Er leidet unter einer leichten geistigen Behinderung und ist arbeitslos. Für ihn ist der lokale Fußballverein zum zentralen Ort im Leben geworden, und phasenweise ist er eine Art Maskottchen des Vereins.

Warum werden Vereine verlassen?

Betrachtet man diejenigen, die im Laufe unserer vierjährigen Untersuchung einen Verein wieder verlassen haben, so zeigen sich vor allem zwei Gründe. Zum einen ist es der Eintritt ins Berufsleben, der einige zwingt, ihre zeitintensiven Vereinstätigkeiten aufzugeben. Das Zeitbudget wird noch weiter reduziert, wenn Berufsanfänger in oft mehrjährige Fortbildungsmaßnahmen integriert sind. Diese sind häufig verbunden mit Abendterminen, Hausaufgaben und Kurstagen. Den zweiten Grund stellen Beziehungen dar, die zu einer zunehmenden Partner-

orientierung führen: Freundinnen und Freunde sind dann attraktiver als Vereine. Erleichtert wird der Austritt dadurch, dass er in der Regel keine sozialen Löcher entstehen lässt. Er wird vielmehr im Netzwerk sehr leicht wieder ausgeglichen. In einigen Fällen ist der Austritt auch Ergebnis einer Neuorganisation und -strukturierung der sozialen Umwelt (zum Beispiel bedingt durch den Umzug in eine andere Stadt), was oft dazu führt, dass ein großer Teil des Freundes- und Bekanntenkreises ausgetauscht wird. Es sind also eher „Pull“-Motive im Gegensatz zu „Push“-Motiven, die den Austritt provozieren. Der Verein wird vergleichsweise weniger interessant.

Die Identitätsrelevanz erwerbsunabhängiger sozialer Tätigkeiten

Ein zweiter Befund betrifft die Identitätsrelevanz erwerbsunabhängiger sozialer Tätigkeiten im Allgemeinen. Sie kann unseres Erachtens nur verstanden werden, wenn man die Bedeutung, die Erwerbsarbeit für die Identität Jugendlicher heute hat, in die Betrachtung mit einbezieht. Hier zeigen unsere Ergebnisse in Übereinstimmung mit jenen der Forschungsgruppe um Baethge (1994), dass Erwerbsarbeit in den persönlichen Identitätsentwürfen der Jugendlichen nach wie vor einen hohen Stellenwert besitzt. Identitätsbezogen lassen die Ergebnisse zweierlei erkennen: einerseits die Relativierung der subjektiven Bedeutsamkeit von Arbeit im Lebenszusammenhang – verglichen mit wichtigen Freizeitbereichen – und zugleich erhöhte, subjektivierte Ansprüche an Arbeit. „Immer mehr Arbeitende wollen ihre Identität nicht an der Garderobe abgeben, sondern sich mit ihrer Arbeit identifizieren“ (Baethge 1994, S. 245). Diese Aussage gilt selbst für benachteiligte Jugendliche, das heißt eine Gruppe, deren bisherige Schul- und Arbeitsbiografie erwarten ließe, dass ihre Ansprüche an Arbeit eher auf materielle, reproduktionsorientierte Werte beschränkt wären. Somit lässt sich als Trend für Jugendliche generell formulieren: Sie beziehen sich nicht mehr auf die Arbeit, sondern beziehen die Arbeit auf sich. Es kommt zu einer zunehmenden normativen Subjektivierung des Arbeitsprozesses. Und mangels anderer Sinn stiftender Instanzen rückt Arbeit oft an deren Stelle, das heißt, Arbeit muss gerade auch bei dieser Gruppe von Personen das ersetzen, was Kultur, Religion und auch politische Loyalitäten nicht mehr hergeben: das Gefühl des Gebrauchtwerdens,

von Zugehörigkeit in Kombination mit dem Gefühl der Selbstbestätigung und der gesellschaftlichen Integration (vgl. ausführlicher Höfer & Straus 1997). Für erwerbsunabhängige Tätigkeiten kann man daraus dreierlei folgern:

- Wenn Erwerbsarbeit die oben beschriebene identitätsstiftende Funktion erfüllt, dann können andere Tätigkeiten beziehungsweise das freiwillige soziale Engagement durchaus partikulärer und punktueller sein. Biografische Kohärenz wird dann weitgehend über Arbeit vermittelt.
- Dort wo Erwerbsarbeit fehlt oder diese Funktionen nicht vermitteln kann, verlagern sich die Erwartungen auf andere Lebensbereiche (die aber oft ebenfalls nicht in der Lage sind, diese Erwartungen zu erfüllen).
- Die an Arbeit angelegten Sinnorientierungen (in denen der arbeitsinhaltliche und der kommunikative Bezug dominieren) gelten allgemein, das heißt, sie bilden auch das Qualitätsprofil für Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Auch an diese wird, insbesondere wenn ein Engagement eine längerfristige Perspektive haben soll, ein Bündel an verschränkten Erwartungen angelegt: Sie sollen die Person fordern, Spaß machen, kommunikativ sein, sichtbare und auch zurechenbare Ergebnisse bringen und Anerkennung vermitteln.

Diesen Blick auf Engagementpotenziale von Heranwachsenden möchte ich in einer sechsten These bilanzieren:

Für die öffentlichen Klagen über den Engagementverlust von Heranwachsenden gibt es keine empirischen Belege. Jugendliche zeigen in ihrer unmittelbaren Lebenswelt eine hohe soziale Empfindsamkeit und engagieren sich auch dort, wo sie Hilfsbedürftigkeit sehen. Nicht unähnlich wie bei der Erwachsenengeneration, aber noch deutlicher ausgeprägt, legen Jugendliche den Maßstab der Authentizität, der eigenen Selbstentfaltungswünsche, der Kontrollierbarkeit und der Partizipation an Engagementmöglichkeiten an. Es wäre wichtig, die Gelegenheitsstrukturen für soziales Engagement in eine bessere Passung mit den Erwartungen der Heranwachsenden zu bringen. Das ist nicht nur eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit, sondern

hat auch hohe Relevanz für die Förderung gelingender Identitätsprojekte bei den Heranwachsenden. Im bürgerschaftlichen Engagement finden sie Möglichkeiten der aktiven Gestaltung ihrer Lebenswelt, und darin sind Chancen für selbstbestimmte Identitätspassungen enthalten (vgl. Keupp, Ahbe, Gmür et al. 1999).

Aktuelle Hemmnisse für eine Ausweitung bürgerschaftlichen Engagements

Das Potenzial für bürgerschaftliches Engagement ist vorhanden. Es gibt zwar deutliche Hinweise auf einen allmählichen Rückgang des traditionellen Ehrenamtes, der sich vor allem im Bereich der sozialen Dienste zeigt und der in erster Linie von den Repräsentanten traditioneller Wohlfahrtseinrichtungen registriert und beklagt wird. Insgesamt betrachtet nimmt das bürgerschaftliche Engagement aber eher zu. Allerdings – und das kommt in der Formulierung vom „frei flottierenden Potenzial an Gemeinsinn“ (Klages in Körber-Stiftung 1993, S. 40) gut zum Ausdruck – speist sich dieses Potenzial nicht mehr aus Motivlagen, die eine kontinuierliche oder gar lebenslange Anbindung an spezifische Institutionen erwarten lassen. Gerade die motivationalen Muster, die auf individuelle Authentizität oder auf konkrete Projekte im Zusammenhang mit der eigenen überschaubaren Lebenswelt zielen, lassen eher punktuelle und projektbezogene Formen des Engagements erwarten.

Ein zunehmender „bowling-alone“-Effekt (Putnam 1995) lässt sich in Deutschland nicht finden. Zwar gibt es einige spezifische Risikogruppen für Vereinsamung und mangelnde soziale Integration, aber im Durchschnitt ist die Bevölkerung in hohem Maße sozial vernetzt und kann die daraus entstehende Alltagssolidarität nutzen. Dieses soziale Kapital ist allerdings gesellschaftlich ungleich verteilt. Das belegt letztlich der Befund, dass ökonomisch und bildungsmäßig privilegierte gesellschaftliche Gruppen stärker an freiwilligen gesellschaftlichen Aktivitäten beteiligt sind. Gleichzeitig mehren sich jedoch auch die Hinweise auf eine zunehmende Aktivierung von sozial benachteiligten und aus der Erwerbsarbeit ausgeschiedenen Gruppen. Insgesamt zeichnet sich als deutlicher Trend eine Verlagerung des Engagements aus den Bereichen politischer

Parteien und traditioneller Bürgerinitiativen (wie BUND oder Anti-Atomkraft-Initiativen) hin zu überschaubaren Formen der Alltagssolidarität in den sozialen Netzen ab. Das gilt vor allem für Heranwachsende, die ihre Handlungsbereitschaft immer weniger auf den politischen Raum ausrichten. Für einen Rückgang der zentralen Wertigkeit der Erwerbsarbeit für die individuelle Identität des Menschen gibt es keine Hinweise. Eher im Gegenteil: Gerade auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind die subjektiven Sinnerwartungen an die Arbeit gewachsen. Das liegt durchaus im Trend einer allgemeinen Entwicklung, dass Tätigkeiten weniger in ihrer instrumentellen Funktion bewertet werden, sondern unter dem Aspekt der in ihnen selbst vermittelten Sinnschöpfung.

Das beträchtliche Potenzial freiwilligen sozialen Engagements steht heute vor Hemmnissen, die – wenn es sich entfalten soll – abgebaut werden müssen; zudem sind neue gesellschaftliche Aktivierungsfelder zu erschließen. Die traditionellen Rekrutierungsinstitutionen, wie zum Beispiel Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften oder Kirchen, werden dies ohne einen tief greifenden Wandel ihrer Leitbilder und ihres öffentlichen Erscheinungsbildes kaum leisten können. In seiner Gesellschaftsdiagnose spricht Helmut Klages von dem immer deutlicher erkennbaren „Grundbedürfnis“ einer wachsenden Anzahl von Personen, „Subjekt des eigenen Handelns zu sein, das keineswegs mit dem Gemeinsinn in Widerspruch steht“ (in Körber-Stiftung 1993, S. 40). Diesem Grundbedürfnis müssen die Handlungsformen bürgerschaftlichen Engagements mehr als bisher Rechnung tragen.

Motivationale Hemmnisse

Mangelnde öffentliche Anerkennung, Geringschätzung und Unterbewertung freiwilliger sozialer Tätigkeiten sind zentrale Barrieren ehrenamtlichen Engagements, selbst wenn die biografischen Ausgangslagen günstig und die Motive vorhanden sind. Auch wird von mehreren Autoren eindringlich davor gewarnt, Ehrenamt als einen kostengünstigen Ersatz für Professionalität zu behandeln mit dem vorrangigen Ziel, Sozialkosten einzusparen. „Dieses Engagement darf nicht ungefragt für Sozialstaatsverpflichtungen instrumentalisiert werden“ (Paulwitz 1995, S. 2).

Die gesellschaftliche Aufwertung und Anerkennung sind nur äußerst eingeschränkt auf materieller Ebene zu suchen: Eine finanzielle Entlohnung des Ehrenamtes schmälert dessen „hohen symbolischen Gehalt in Bezug auf die Grundwerte Mitmenschlichkeit und Solidarität“ (Hofer 1996, S. 129). Bezahlung verwischt die Grenze zwischen ehrenamtlichen Helfern und den im Sozialbereich beruflich Tätigen. Eine Aufwandsentschädigung ist jedoch, insbesondere als Anreiz für finanziell schlecht gestellte Helfer, positiv zu beurteilen. Sie hat auch für die jeweilige Institution durchaus Vorteile: „Das Geld ist zusätzlich willkommen – als Taschengeld für die eine Seite und als Mittel, etwas mehr Stetigkeit und Berechenbarkeit verlangen zu können, für die andere Seite“ (Evers 1994, S. 121).

Ein weiteres motivationales Hemmnis stellt die Überbeziehungsweise Unterforderung der Helfer dar. Ehrenamtliche sind nicht selten bei der Ausführung der ihnen übertragenen sozialen Tätigkeiten überfordert und fühlen sich dann ausgebeutet, wenn sie von Seiten der Institution keine Unterstützung erhalten. Sie müssen also geschützt werden, auch vor sich selbst. Denn bei sehr großem Engagement – dies ist vor allem bei selbst organisierten Aktivitäten, wie Selbsthilfegruppen oder Bürgerinitiativen, der Fall – besteht auch die Gefahr der Selbstausbeutung (vgl. Schattenhofer 1992; Stark 1996). Dies kann zur Begrenzung oder Einstellung der Aktivitäten führen. Auch negative gruppensdynamische Prozesse können die Arbeit sehr behindern. Wichtig sind eine fundierte Begleitung der Tätigkeit sowie das Angebot an Austausch, Supervision oder einer begrenzten Ausbildung zum Umgang mit schwierigen Situationen.

Jakob (1994) sowie Heinze und Bucksteeg (1996) weisen zudem auf eine Entwicklung im sozialen Ehrenamt in Richtung auf eine zunehmende Professionalisierung, Verrechtlichung und Bürokratisierung sozialer Dienste hin, die gegenläufig zu den Wünschen der in diesen Diensten ehrenamtlich Aktiven ist. Dies führt zu „Marginalisierungs- und Funktionalisierungstendenzen im Umgang mit dem Ehrenamt“ (Jakob 1994, S. 230), die zu Unzufriedenheit und Rückzug ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen. Ehrenamtliche sollten also nicht vorrangig für einfache Hilfstätigkeiten eingesetzt werden. Werden Ehrenamtliche auch noch von den verbandsinternen

Weiterbildungsmaßnahmen ausgeschlossen, dann wird das Engagement „auf eine Handlanger-Dienstbereitschaft“ (ebd., S. 231) reduziert. „In Folge eines derartigen verbandlichen Vorgehens erleben sich die Ehrenamtlichen zunehmend als ‚Lückenbüßer‘ und ‚Ausputzer‘“ (ebd., S. 231).

Auch sozialstaatliche Zwangsmaßnahmen, wie zum Beispiel eine Pflicht zur Gemeinschaftsarbeit, vermindern bürgerschaftliches Engagement, weil der eigentliche Sinn freiwilliger Tätigkeiten durchkreuzt wird: „Die Angebote sollen frei sein von einem Zwang zur Mitgliedschaft, ferner die Möglichkeit zu einem zeitlich begrenzten Engagement eröffnen und eher das Angebot einer Unterstützung beinhalten, ohne dass damit das Ziel der ‚Vereinnahmung‘ eines freiwilligen Engagements verfolgt wird“ (Jung 1994, S. 60). Im Zentrum stehen die Anerkennung und Förderung von Eigeninitiative jenseits der Abwägung ihres unmittelbaren sozialen Nutzeffektes für die Entlastung des Versorgungssystems. „Sobald das Ehrenamt erst einmal unter dem Begriff ‚Sparpolitik‘ subsumiert ist, muss damit gerechnet werden, dass die Idee insgesamt diskreditiert wird“ (Müller-Kohlenberg 1990, S. 220).

Aktuelle soziokulturelle Hemmnisse

Zur Beantwortung der Frage, warum Potenziale für bürgerschaftliches Engagement in Deutschland nicht ausgeschöpft werden, erscheint mir auch der Verweis auf eine Reihe von soziokulturellen Hemmnissen wichtig. Angesprochen sind hiermit soziokulturelle Werthaltungen, die als Imprägnierungen wirken sowie spezifische Handlungsbereitschaften fördern und andere behindern können. Es sind vor allem drei soziokulturelle Hemmnisse, die in diesem Zusammenhang relevant sind.

Erstes Hemmnis

Die bestehende Sozialpolitik wird von spezifischen Leitbildern und Menschenbildannahmen geprägt, die historisch begründet sind. Sie bilden in ihren spezifischen Akzentsetzungen nicht gerade ein förderliches Milieu für bürgerschaftliches Engagement. Im Folgenden sollen solche kontraproduktiven Annahmen vorgestellt werden:

- Kinder in Not: Gegenüber Menschen, die ohne eigenes Verschulden in Not geraten und unfähig sind, ihr Leben zu bewältigen, ist sozialstaatliche Hilfe erforderlich. Diese wird aus einer Haltung „fürsorglicher Belagerung“ heraus geleistet.
- Entstörung: Sozialpolitik hat die Funktion sozialer Kontrolle über abweichendes Verhalten zu erfüllen. Unangemessene Verhaltensweisen oder Persönlichkeitsstrukturen sind zu korrigieren oder zu therapieren, beziehungsweise veränderungsresistentes Störpotenzial ist so zu verwalten, dass es gesellschaftlich möglichst wenig Schaden anrichtet.
- „Das Kind ist schon in den Brunnen gefallen“: Sozialpolitik wird wirksam, wenn sich Probleme manifestiert haben. Dieses „kurative Modell“ konzentriert sich auf Kompensation beziehungsweise Reparatur von Krankheit, Behinderung, psychischen Störungen.
- Symptomträger ist immer das Individuum: Dienstleistungen staatlicher Sozialpolitik erfordern die Individualisierung der Probleme. Nur Notlagen, Symptome oder Leidenszustände, die eine einzelne Person geltend machen kann oder die ihr zugerechnet werden können, sind sozialstaatlich bearbeitbar.
- In den Blick gerät nur, was eine Person nicht kann: Sozialstaatliche Leistungen gehen immer von Defiziten und nicht von Ressourcen aus.

Die Maßnahmenbündel und Dienstleistungen, die aus diesen Annahmen folgen, haben einen wesentlichen Anteil an der immer wieder kritisch konstatierten, individualistischen Konsumentenmentalität der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. In manchen Kritiken werden die Menschen als verwöhnte Wohlstandskinder karikiert, die nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht, aber nicht dazu bereit seien, etwas für die Gemeinschaft zu geben. Die individualistische und damit egoistisch scheinende Haltung gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Leistungen ist in der Logik bestehender sozialpolitischer Leistungsstrukturen selbst begründet: Kodifiziert sind an individuelle Leistungen (zum Beispiel Krankenbehandlung, Arbeitslosenunterstützung) gekoppelte individuelle Rechtsansprüche

auf staatliche Risikosicherung. Bestehende Sozialpolitik sozialisiert die Bürger zu einer solchen Haltung, und dadurch entsteht das, was Guldemann und andere (1978, S. 27) als die „Sicherung der sozialpsychologischen Infrastruktur“ unserer Arbeitsgesellschaft bezeichnet haben.

Eine alternative Herangehensweise an ein Zukunftsprojekt Sozialpolitik müsste stattdessen von jenen basalen Prozessen ausgehen, die als alltägliche Lebens- und Krisenbewältigung stattfinden. Eine zentrale Aufgabe von Sozialpolitik ist die Herstellung beziehungsweise die Ermöglichung gesellschaftlicher Solidarität. Wenn dies konsensfähig ist, dann zielt die nächste Frage auf die sozialpsychologischen Bedingungen von Solidarität im Alltag. Hiermit begeben wir uns auf die Ebene des alltäglichen, individuellen oder mikrosozialen Umgangs mit Krisen, Risiken, Krankheiten und Behinderungen: Welche Ressourcen können so aktiviert werden, damit mit ihnen möglichst effektiv umgegangen werden kann? In der Erforschung dieser Prozesse alltäglicher Krisenbewältigung ist die zentrale Bedeutung sozialer Netzwerke ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt.

Die Bewältigung von Problemlagen wird entscheidend von den sozialen Unterstützungsressourcen bestimmt, die aus dem jeweiligen Netzwerk mobilisiert werden können. Jede sinnvolle Gesundheitsförderung oder präventive Sozialpolitik ist Netzwerkförderung. Die heute relevanten Netzwerke sind in abnehmendem Maße die traditionellen Ligaturen, also Familie, Verwandtschaft oder Nachbarschaft. Sie verlieren in dem tief greifenden Prozess gesellschaftlicher Individualisierung an Gewicht. Bedeutsamer werden dagegen die posttraditionellen Ligaturen oder Gemeinschaften. Darunter sind Selbsthilfegruppen, selbst organisierte Initiativen und Freiwilligenagenturen zu verstehen. Sie stellen auch die vermittelnden Strukturen zwischen Alltag oder Lebenswelt und professionell-institutionellen Strukturen staatlicher Sozialpolitik dar.

Eine demokratische Wohlfahrtsgesellschaft braucht neue Leitbilder für politisches Handeln: Bürgerinnen und Bürger sind in ihren Wünschen nach Mitgestaltung ihrer eigenen Angelegenheiten ernst zu nehmen. Sie wollen weder als „Kinder in Not“, als Objekte staatlicher Kontrolle noch als bloße Konsumenten

öffentlicher Dienstleistungen angesehen werden. Staatliche Aktivitäten sollen soziale Dienste und Leistungen nicht einfach nur zur Verfügung stellen, sondern sich darüber hinaus darum bemühen, „die gesellschaftlichen Kräfte und Ressourcen zu mobilisieren. Aufgabe der Politik ist es nicht, die Gesellschaft zu bedienen, sondern sie zu aktivieren. [...] Dazu bedarf es eines neuen Ansatzes in der (kommunalen) Sozialpolitik, der sich an den Ressourcen (der Menschen, der Gesellschaft) orientiert und nicht an ihren Defiziten. Menschen, auch die in Randgruppen, haben nicht nur Mängel und Probleme, sondern immer auch Fähigkeiten. Ob diese brachliegen oder ob sie zu ihrem eigenen und zum sozialen Wohl mobilisiert werden, hängt immer auch von den Rahmenbedingungen ab, die politisch verändert werden können. Nur wer Menschen etwas zutraut, kann ihnen helfen, kann soziale Probleme lösen und die soziale Qualität des Gemeinwesens verbessern“ (Dettling 1995, S. 21 ff.).

Zweites Hemmnis

Professionalität und Selbsthilfe stehen in einer unproduktiven Spannung zueinander. Ehrenamt oder freiwilliges Engagement – und das gilt sicherlich auch schon längst für das bürgerschaftliche Engagement – lösen fast zwanghaft einige konditionierte Reflexe aus. Zunächst gibt es den Abwehr- und Entwertungsreflex: Professionelle und Verbände fürchten den Verlust angestammter Aufgaben. Diese könnten durch „Freiwilligen-Dumping“ gefährdet werden. Wenn zum Beispiel durch gut gesicherte Untersuchungen nachgewiesen werden kann, dass Laienhelfer bei Patienten mit schwerer Form von Schizophrenie bessere Rehabilitationsergebnisse aufweisen als Ärzte, Psychologen oder Sozialarbeiter, dann rührt dies an den Kern von deren professioneller Identität. Werden Dienstleistungen der Altenpflege, der psychiatrischen Nachsorge oder der Erwachsenenbildung von ehrenamtlich Tätigen erbracht, dann fürchten die Träger um die Akzeptanz ihrer Angebotspalette. Ein weiterer Reflex ist der Sparreflex, der vor allem im politischen und Verwaltungssektor stark zum Zuge kommt, gerade in Zeiten knapper werdender Ressourcen: Könnten nicht Ehrenamtliche für Bereiche gewonnen werden, in denen wir uns spezifische Dienstleistungen nicht mehr leisten können?

Diese beiden Typen von konditionierten Reflexen passen zusammen und verstärken sich gegenseitig. Die Berechtigung dieser Reflexe ist gar nicht prinzipiell infrage zu stellen. Hinter ihnen stehen oft genug reale Ängste und Zwänge. Es wäre trotzdem von allergrößter Relevanz, an die Stelle von Reflexen die Reflexion zu setzen: eine offene Aufmerksamkeit für andere Argumente und Begründungen, die für eine aktive Förderung bürgerschaftlichen Engagements stehen. Ins Zentrum der Aufmerksamkeit müsste dabei die Frage nach einer zukunftsfähigen Gesellschaft rücken, einer Zivilgesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger zunehmend in die Lage versetzt werden, sich für ihre eigenen Belange und eine lebenswerte Umwelt zu engagieren, sich einzumischen und die Zukunft der eigenen Lebenswelt zu ihrem Anliegen zu machen. Freimachen muss man sich auch von der Vorstellung, es ginge nur um den Hilfebereich, den Sektor der Sozialpolitik. Darum geht es natürlich auch – um die Frage einer echten Politik des Empowerments für Menschen, die nicht über die Ressourcen für eine selbstbestimmte Lebensweise verfügen. Aber es geht auch um all die anderen Fragen, die in einer demokratischen Gesellschaft gelöst werden müssen, damit sie ihre Zukunftsfähigkeit gewinnen kann: multikulturelle Lebensformen, ökologisch bestimmte positive Lebensstile, Gesundheit.

Drittes Hemmnis

Diskursbarriere – „Eigeninteresse“ wird stets mit „Eigennutz“ übersetzt und dem „reinen“ Altruismus polarisierend gegenübergestellt. In den öffentlichen Diskursen über den Zustand der Gegenwartsgesellschaft als Folge von Individualisierung wird immer wieder ein zunehmender Egoismus diagnostiziert. Es wird darüber geklagt, dass uns moralische Prinzipien verloren gingen, die den uns Menschen innewohnenden Egoismus zähmen könnten. Jetzt, da sich eine gemeinschaftsverpflichtende Moral auflöse, könne sich dieser eigensüchtige innere Schweinehund ungehemmt entfalten. Achtsamkeit für andere und die Verfolgung eigener Interessen und Wünsche werden als Gegensätze konstruiert.

Wie Richard Rorty herausgearbeitet hat, holt uns hier die traditionelle abendländische Moralphilosophie immer wieder ein. Deren Hauptfehler sieht Rorty in dem Mythos begründet, „dass das Ich etwas Nichtrelationales und dazu imstande [sei],

frei von jeglicher Sorge um andere als kalter Psychopath zu existieren, der dazu gezwungen werden muss, die Bedürfnisse anderer in Betracht zu ziehen“ (Rorty 1995, S. 73). „Die religiöse, die platonische und die kantianische Tradition haben uns eine Unterscheidung zwischen dem wahren Ich und dem falschen Ich aufgehalst: zwischen dem Ich, das den Ruf des Gewissens vernimmt, und dem Ich, das sich rein ‚ichbezogen‘ verhält“ (ebd., S. 74). Mit dieser moralischen Imprägnierung werden Motivlagen, die auf eine Selbstsorge schließen lassen, als dem Motivbündel Egoismus zugehörig kodiert. Gesellschaftliche Individualisierungsprozesse, die eine reflektierte und gelungene Selbstsorge erfordern, können in diesem polaren Kodierungsschema immer nur als Quelle von Intentionen und Handlungen eingestuft werden, die einer Gemeinwohl-orientierung widersprechen.

Reflektierte und gelungene Selbstsorge, das heißt, danach zu fragen, was man will und was gut für einen ist, ist aber *kein* Widerspruch zur Bereitschaft, im Alltag praktische Solidarität zu üben, sondern sogar die Voraussetzung dafür – gerade und speziell in einer individualisierten Gesellschaft. Individualisierung entzieht Gemeinorientierungen und -handlungen nicht automatisch den Boden, wie oft unterstellt wird, sondern schafft andere Voraussetzungen dafür. Es wird darauf ankommen, die denunziatorische Unterstellung zu überwinden, dass eine „Politik der Lebensführung“ (Giddens 1997), die eine reflektierte Selbstsorge realisiert, gegen kommunale Werte verstößt.

Strategien zur Ausweitung bürgerschaftlichen Engagements

Viele der genannten soziokulturellen Hemmnisse lassen sich nicht direkt durch gezielte Einzelmaßnahmen verändern. Einige punktuelle Maßnahmen können jedoch durchaus ergriffen werden, und in ihrer Summe werden sie nicht ohne Rückwirkungen auf den soziokulturellen Kontext bleiben. Die im Folgenden vorgestellten Strategien sind zu einem großen Teil der angelsächsischen Fachliteratur entnommen. Manche sind erprobt, manche haben eher den Charakter von Anregungen und Ideen. In jedem Fall müsste die Möglichkeit ihrer Übertragung auf deutsche Verhältnisse genau geprüft werden.

Individuumsbezogene Strategien

Eine erste Gruppe von Förderstrategien zielt darauf ab, einzelne Personen zu verstärktem bürgerschaftlichem Engagement zu ermuntern, eine weitere zielt auf die Ebene des Gemeinwesens.

Freiwilliges soziales Engagement als Sozialisationsaufgabe

Bei der Frage danach, wie freiwilliges soziales Engagement gesichert und gesteigert werden kann, geht ein Blick in die Richtung der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen und der Arbeit der daran beteiligten Sozialisationsinstanzen. Unsere eigenen Analysen sowie eine Sichtung aktueller empirischer Studien aus den USA (vgl. Hodgkinson & Weitzman 1992; Knauff 1992; Sundeen 1995) lassen erkennen, dass Jugendliche grundsätzlich eine relativ hohe Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement zeigen, wenn gewisse Bedingungen gegeben sind; diese gilt es also zu fördern, soll eine Sozialisation in Richtung freiwilligen sozialen Engagements erreicht werden.

Alle empirischen Ergebnisse belegen, dass Jugendliche sich umso eher und beständiger freiwillig engagieren, je früher sie dafür motiviert worden sind. Umgekehrt gilt: Je länger sich Jugendliche in keiner Weise engagieren, desto unwahrscheinlicher wird ein späteres Engagement. Haben Jugendliche Kontakte zu bereits ehrenamtlich Tätigen, zum Beispiel in ihrer Familie oder Peergroup, so erhöht sich signifikant die Wahrscheinlichkeit, dass die Jugendlichen sich selbst auch engagieren. Wenn das in der ehrenamtlichen Tätigkeit repräsentierte Wertesystem mit ihrem eigenen weitgehend übereinstimmt, so vergrößert dies ebenfalls ihre Bereitschaft zum Engagement. Wie erwähnt, sind die Sinn- und Erlebnisorientierung sowie die Überzeugung, etwas Brauchbares zu lernen, ein weiterer Anreiz. Hinzu kommt das Gefühl, gebraucht zu werden. Dieses Gefühl sollte schon beim ersten Kontakt vermittelt werden: Jugendliche wollen persönlich gefragt oder angesprochen werden; persönlicher Kontakt zu den Vermittlern von Engagementchancen (Mediatoren) ist ein zentraler Faktor. Besonders männliche Jugendliche schätzen Formen bürgerschaftlichen Engagements, die Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und der – sichtbaren – Selbstinszenierung bieten.

Es muss betont werden, dass es die typischen Jugendlichen, die sich ehrenamtlich engagieren, nicht gibt. Allerdings macht ein höherer sozioökonomischer Status der Eltern ein Engagement in ehrenamtlicher Arbeit wahrscheinlicher; ausschlaggebend sind Charaktereigenschaften, Wertvorstellungen und die Einbindung der Jugendlichen in soziale Kontexte, in denen ehrenamtliche Arbeit verankert ist, etwa in der Familie oder im Freundeskreis. Eine jugendtypische Form des Engagements gibt es nicht. Bürgerschaftliches Engagement kann für Jugendliche vielfältige Formen haben. Die Palette reicht vom kurzfristigen Freundschaftsdienst bis zum langjährigen Engagement, etwa in kirchlichen Organisationen. Hören Jugendliche schließlich ganz oder phasenweise auf, sich zu engagieren, so liegen die Ursachen nur zu einem geringen Teil darin, dass sie kein Interesse mehr haben; Gründe sind vielmehr das Projektende, der Mangel an Zeit und auch die Tatsache, dass sie nicht weiter gefragt wurden.

Die Sozialisationsinstanzen können daraus folgende konkrete Maßnahmen zur Förderung von sozialem Engagement bei Jugendlichen ableiten:

- Sensibilisierung von Mediatoren. Bewusstseinsarbeit mit den Mediatoren hinsichtlich ihrer großen Bedeutung bei der Motivation. Organisationen, wie Kirchen, Vereine, Pfadfinder, spielen eine ganz zentrale Rolle in der Förderung von Freiwilligenarbeit. Wenn sie zum Beispiel Vermittlungsstellen, „Clearinghouses“ (wie Selbsthilfezentren), einrichten und aktiv auf die Jugendlichen zugehen, kann ein positiver Effekt erzielt werden (vgl. Knauft 1992).
- Sinn- und Erlebnisorientierung. Es muss stärker betont werden, dass soziales Engagement als „In- oder Outdoor-Aktivität“ Spaß macht, kommunikativ ist, die Jugendlichen fordert und ihnen zugleich Anerkennung bietet.
- Vernetzung von Institutionen. So etwa die Kooperation eines Altenheimes mit einem Jugendzentrum in „Oral-History-Treffs“, bei denen zum Beispiel die Geschichte des gemeinsamen Stadtviertels oder einer Region erzählt wird.
- Transparenz in Bezug auf Altruismus und Individualismus. Ein offener Umgang mit folgenden Fragen ist nötig: Was bringt mir soziales Engagement? Was bringt es euch als Institution? Welche Verpflichtungen gehe ich ein, wenn ich mich für soziales Engagement entscheide? Darf ich einfach wieder aufhören, wenn ich nicht mehr will oder keine Zeit habe? Kann ich später wieder einsteigen? Gibt es eine ideologische Botschaft? Muss ich mich ändern (zum Beispiel in meinem Kleidungsstil), wenn ich mich engagieren will?

Auch Institutionen, wie zum Beispiel die Schule, können Rahmenbedingungen liefern, die soziales Engagement fördern. Freiwilligenarbeit lässt sich durchaus in schulische Curricula integrieren. Dies geschieht zum Beispiel in den deutschen Waldorf-Schulen, wo von den Schülern ein dreiwöchiges Praktikum im sozialen Bereich verlangt wird. Dies soll ein wirkliches „Sich-Auseinandersetzen“ sein: Die Idee und Forderung ist, es sich nicht zu einfach zu machen. Auch in den USA wird in den Colleges mit diesem Instrument in breitem Umfang gearbeitet. Es gibt dort vier Formen, „Community Work“ zu fördern:

- In Freizeitclubs, Neigungsgruppen, extracurricularen Aktivitäten werden die Studenten zu sozialem Engagement ermuntert.

- Das College richtet eine Vermittlungsstelle ein, die die Studenten auf die vielen Möglichkeiten sozialen Engagements aufmerksam macht und Kontakte herstellt. Wenn ein Student sich für etwas interessiert, überprüft er es und schließt eventuell einen formalen „Vertrag“ für sein Engagement.
- Studenten müssen eine bestimmte Anzahl von Stunden an Freiwilligenarbeit leisten (zum Beispiel einmalig hundert Stunden in einem Semester). Die Teilnahme kann bei einem collegespezifischen Projekt (etwa Pflege eines öffentlichen Parks) obligatorisch sein oder als Wahlpflichtfach angeboten werden, bei dem sich die Studierenden zwischen mehreren Alternativen entscheiden können.
- Das College bietet ein Seminar über „Community Service“ an, das eine Kombination von theoretisch-reflexiver Arbeit im Seminar und praktischer Erfahrung in der Community darstellt. Ein typisches Beispiel: Seminar „Social Studies“, zehn Stunden pro Woche, davon zwei Stunden im Seminar und acht Stunden im Feld.

Diese Modelle werden praktiziert, sind jedoch nicht bei allen Studenten beliebt. Gegen die Festschreibung im Lehrplan sind Klagen anhängig. Allerdings zeigen Untersuchungen, dass die Programme dennoch wirksam sind (Knauff 1992).

Austauschökonomische Modelle zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Neben den sozialisationsbezogenen Überlegungen werden austauschtheoretische Modelle zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements diskutiert und praktiziert. Diese Konzepte stammen zu einem großen Teil aus den USA. Manche sind eher Ideen denn ausgereifte Konzepte. Auch hier gilt: In jedem Fall müsste einer Realisierung in Deutschland eine gründliche Überprüfung auf Systemeffekte vorausgehen. Charakteristikum dieser Vorschläge ist der Versuch, im Sinne eines Gebens und Nehmens, Einfluss auf die individuelle Kosten-Nutzen-Bilanz zu nehmen, also die Effekte der Helferrückwirkung zu erhöhen. Es lassen sich in dieser Gruppe nichtmonetäre und monetäre Strategien unterscheiden.

Nichtmonetäre Anreizsysteme für Freiwilligenarbeit

Nach Fung (1995) liegt gerade im Bereich der Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger viel Sozialkapital brach. Die Idee ist, eine parallele Austauschökonomie zu schaffen, die Empfängern von staatlichen Leistungen (Arbeitslosenhilfe, Sozialleistungen) bei Engagement Vorteile („favor credits“) verschafft, ohne Leistungen zu kürzen. Ein Beispiel (nach Fung 1995) soll dies veranschaulichen: Marian, Mutter zweier Kinder, ist Sozialhilfeempfängerin. Sie arbeitet in einem städtischen Kindergarten mit, in dem auch ihre beiden Kinder untergebracht sind. Sie bekommt für diese Tätigkeit kein Geld, sondern „favor credits“. Zwei Tage pro Woche geht sie in einen Kurs für Pflegehelferinnen, an diesen beiden Tagen bezahlt sie für die Versorgung ihrer Kinder mit favor credits. Bis zum Ende ihrer Ausbildung wird sie so viele favor credits gespart haben, um ein Jahr lang ihre Kinder in den Kindergarten schicken zu können.

Bei uns wäre die Anwendung von favor credits auch im Bereich häuslicher Pflege denkbar: Jemand, der eine häusliche Pflege übernimmt, bekommt nicht nur Geld (Pflegegeld), sondern erwirbt auch Ansprüche auf Hilfe zur beruflichen Wiedereingliederung. Abgesehen von motivationstheoretischen Überlegungen verweist Fung auch darauf, dass eine längere Arbeitslosigkeit vielleicht überhaupt erst die Zeit für eine biografische Umorientierung schafft. Wenn man die Arbeitslosen möglichst schnell wieder in – irgendeine – Arbeit drängt, ist dies möglicherweise längerfristig kontraproduktiv. Man verhindert dadurch, dass sie sich über Fortbildungsmaßnahmen und persönliche Neu- und Umorientierungen individuell auf die Veränderungen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt einstellen und dafür qualifizieren. Die favor credits verwandeln die Einwegtransfers von staatlichen Leistungen in einen Zweiwegeaustausch zwischen Steuerzahler und Leistungsempfänger. Die Teilnehmer erhalten soziale Anerkennung, werden auf den Arbeitsmarkt vorbereitet, und zudem wird ihr Wiedereinstieg unterstützt, indem sie sich zum Beispiel das Anrecht auf Kinderbetreuung in der „favor economy“ verdienen.

Ein weiteres Handlungsfeld für nichtmonetäre Strategien zielt darauf, die Anerkennungsformen für freiwilliges soziales Engagement aktiv zu entwickeln, neue Formen dafür zu finden und

alte wieder zu entdecken. Eine gesellschaftliche Aufwertung des sozialen Ehrenamtes und der Abbau von Hemmschwellen könnten zum Beispiel dadurch bewirkt werden, dass ehrenamtliche Tätigkeiten auf den Rentenanspruch angerechnet werden (siehe unten) oder dass Möglichkeiten geschaffen werden, die Erwerbsarbeit für eine zeitlich befristete ehrenamtliche Tätigkeit unterbrechen oder einschränken zu können. Für eine solche Verknüpfung mit Lebensarbeitszeitmodellen gibt es in den USA bereits sehr positive Beispiele.

Darüber hinaus könnte die Aufwertung von „Sozialzeiten“ im Lebenslauf über eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft geschehen: Wer sich engagiert hat, genießt Vorteile in einem Bewerbungsverfahren. Auch die offene Erwartung mancher (US-amerikanischer) Firmen, wie etwa der Privatbank Goldmann & Sachs, dass sich ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Tag pro Monat sozial engagieren, fördert die Motivation.

Formen der „symbolischen Politik“ sollten entwickelt werden, etwa Preisverleihungen und ähnliche demonstrative Gesten auf der politischen Ebene. Wichtig ist auch eine lokale und regionale Öffentlichkeitsarbeit, die konkrete Projekte vorstellt und deren Charakteristika bekannt macht. Anerkennung beginnt damit, dass man Initiativen überhaupt erst einmal präsentiert. Auf dieser Ebene sollten mehr Ressourcen gebündelt werden; wichtig ist dabei, sich nicht nur auf den Gesundheits- und Sozialbereich zu beschränken, um auch neue Zielgruppen von Freiwilligen ansprechen zu können.

Monetäre Anreizsysteme

Die monetären Strategien zielen darauf, einen unmittelbaren Geldnutzen durch freiwilliges soziales Engagement zu erzeugen. Das wichtigste Merkmal des Sozialkapitals sind die Sozialzeiten, die Menschen in freiwilliges Engagement investieren. Es ist daher notwendig, Anreize und Anerkennung auch in den sozialen Sicherungssystemen besser zu verknüpfen. Das freiwillige Engagement ist ein wesentlicher sozialpolitischer, aber auch wirtschaftlicher Faktor. Daher müssen – aus Steuermitteln finanziert oder umgeschichtet – für Freiwillige ohne eigene sozialpolitische Ansprüche bessere Sicherungsmöglichkeiten in der Sozialversicherung eingerichtet werden.

Ähnliche Erwägungen gibt es im Selbsthilfebereich, wenn dort gefordert wird, Überlegungen zu intensivieren, wie man Beratungs- und Unterstützungsleistungen von Selbsthilfeinitiativen für Dritte angemessen honorieren kann (Teilhonorierung), und Möglichkeiten der sozialen Absicherung (Krankenversicherung, Anrechnung der Zeiten auf die Rentenberechnung) für Koordinatoren und aktive Mitglieder in Selbsthilfegruppen zu schaffen sowie andere Formen der steuerlichen oder sozialen Vergünstigung für die geleistete Arbeit zu ermöglichen.

Ein weiterer monetärer Aspekt ist die steuerliche Abzugsfähigkeit von Zeitspenden, also von Zeit, die für bürgerschaftliches Engagement investiert wird. Es ist eine kontraproduktive Ungleichbehandlung, Geldspenden steuerlich zu privilegieren, Zeitspenden jedoch nicht – auch wenn diese schlechter kontrollierbar sind.

Natürlich sind auch weiter gehende Modelle einer direkten Vergütung denkbar, wie zum Beispiel das Konzept des so genannten Bürgergeldes. Die bisherige kontroverse Diskussion dazu zeigt zweierlei: Auf der Ebene des öffentlichen Diskurses nötigt dieses Konzept zur Überprüfung alter, lange eingeübter Positionierungen. Auf der Ebene der Realisierung wiederum zwingt es zu einer genauen Prüfung von Systemeffekten im Verhältnis zu anderen Formen sozialer Sicherung (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Rentenansprüche, Bafög). Denn die Wirksamkeit dieses Konzeptes wird wesentlich davon abhängen, ein System zu entwickeln, das die intendierte austauschtheoretische Überlegung, „freiwilliges soziales Engagement findet Anerkennung und macht mich nicht ärmer“, nicht für andere Abwägungsszenarien gegenüber der Sozialhilfe beziehungsweise dem Arbeitslosengeld opfert.

Gemeinwesen- und institutionsbezogene Strategien

Die zweite Gruppe der Strategien zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements setzt zum einen an den Vereinen und Verbänden an, zum anderen handelt es sich dabei um gemeinwesenorientierte Strategien.

Infrastruktureinrichtungen für Vereine, Initiativen schaffen beziehungsweise ausbauen

Vereine werden im Sinne von Qualitätsmanagement in Zukunft die Qualität ihrer Arbeit verstärkt nachweisen müssen. Die Qualität ihrer internen Organisation, die Fähigkeit, ihre Arbeitsprozesse zu steuern und zu optimieren, und vor allem auch ihre Ergebnisse beziehungsweise Erfolge werden präziser belegt werden müssen. Dies zeigt sich an einer Reihe von Entwicklungen. So fordern im Wohlfahrtsbereich die Zuschussgeber (Kommunen, Kreise) zunehmend, dass sich die geförderten Einrichtungen entsprechend den Konzepten des Qualitätsmanagements reorganisieren und dies nachweisen (vgl. Bobzien, Stark & Straus 1996; Salamon & Anheier 1994). Diese Entwicklung zeigt sich auch im öffentlichen Interesse am „Spenden-TÜV“, das heißt einer Überprüfung der Verwendung von Spendengeldern durch das Deutsche Spendeninstitut und dem Eintrag des Vereins in das Deutsche Spendenregister. Verschärft wird die Situation noch, wenn ein Verein eine Bezuschussung von der Europäischen Union beantragt. Auch hier wird Qualitätsmanagement immer wichtiger werden (vgl. Salamon et al. 1995).

Viele innovative Formen bürgerschaftlichen Engagements gehen mit einem hohen Vernetzungsaufwand einher (zum Beispiel die „Agenda 21“). Dieser ist für Vereinsmitglieder beziehungsweise Teilnehmer von Initiativen nur in sehr beschränktem Maße ehrenamtlich leistbar. Das hat sich im Übrigen auch im Selbsthilfesektor gezeigt (vgl. Kraus & Knaier 1989). Vereine brauchen ihre Ressourcen in der Regel für die innenorientierte Arbeit. Für Vernetzung bleibt wenig Kapazität übrig. Andererseits ist Vernetzung extrem wichtig, um die Dynamik und Innovationsfreudigkeit zu fördern (vgl. Osborne 1995).

Wie man am Selbsthilfebereich exemplarisch sehen kann, hängen die Kontinuität der Initiativenarbeit und die Schärfe des Initiativenprofils eng mit der Unterstützung durch professionelle Servicezentren zusammen. Diese übernehmen Vernetzungsarbeiten und unterstützen bei der Erarbeitung einer Passung zwischen dem vorhandenen Engagement und seiner Nachfrage. Die Erfahrung zeigt, dass in Relation zum Output vergleichsweise geringe Infrastrukturleistungen notwendig sind. Wichtig ist aber vor allem die „kritische Masse“, das

heißt, darauf zu achten, dass die Unterstützungseinrichtung in der Tat die Kapazität zur Vernetzungsarbeit hat. Wenig ist hier manchmal nichts, etwas mehr dagegen sehr viel. Gleiches gilt für die Freiwilligenagenturen, die im lokalen und regionalen Rahmen „Marktforschung“ betreiben und die Angebots- und Nachfrageseite zusammenbringen. Sie brauchen ebenfalls Infrastrukturhilfen. Solche Hilfen können auch kostenneutral finanziert werden, wenn die örtlichen Wohlfahrtsverbände sich mit einem Teil ihrer Globalbudgets am Aufbau der Agenturen beteiligen. Die Politik muss hier einen Beitrag leisten, um die organisatorische Fragmentierung der Träger von Projekten freiwilligen Engagements aufzulösen. Von den Angebotsformen freiwilligen Engagements hängt, stärker noch als von politischen Rahmenbedingungen, ab, ob sich Gruppen in der „neuen Ehrenamtlichkeit“ engagieren. Und das heißt zugleich, dass Vorsicht bei Kampagnen angezeigt ist: Trifft die Mobilisierung von Engagementbereitschaft nicht auf adäquate Angebote vor Ort, werden die eventuell unsicheren Interessenten leichtfertig enttäuscht und ihre Bereitschaft dauerhaft auf Eis gelegt. Sämtliche Erkenntnisse der Steuerungstheorie deuten zudem darauf hin, dass moderne Staatlichkeit über keine große Eingriffstiefe mehr verfügt und erfolgreicher mit einer Art dezentraler Kontext-Steuerung ist (vgl. Teubner 1982; Willke 1992; 1995). Im sensiblen Bereich freiwilligen Engagements, das noch viel weniger politisch steuerbar ist als andere Sektoren, ist eine dezentrale, regionale und lokale Unterstützung von Freiwilligenzentren der bessere Weg. Genauso wichtig ist dabei, den Grundsatz der Trägerunabhängigkeit oder zumindest der Kooperation zu beherzigen. Ein kontraproduktives Element der deutschen Tradition seit der Weimarer Republik besteht darin, dass die großen Wohlfahrts- und Sozialverbände konzertiert und kartelliert vorgehen, wenn Gelder verteilt, das heißt in vorhandene Institutionen des eigenen verbandlichen Einflussbereiches investiert werden. Wenn die Gelder jedoch in Projekten ausgegeben werden, bricht sich häufig eine verbandspolitisch motivierte Fragmentierung Bahn, die Synergie-Effekte zwischen verbandlichen Projekten unbeachtet lässt, Kooperation unterbindet und Ressourcen-Optimierung verhindert.

Freiwilligenzentren bieten sich daher ebenfalls als ein institutioneller Anreiz zur Kooperation an, wenn dort themenbezogen sowohl Freiwillige mobilisiert als auch gemeinschaftliche An-

gebotsformen der Träger initiiert werden. Eine sinnvolle Organisationsform neuer Freiwilligenzentren wäre die politisch moderierte Beteiligung aller Wohlfahrtsverbände und anderer Institutionen an der Gründung neuer Freiwilligenzentren, um das kontraproduktive Wechselspiel von Kartellierung und Fragmentierung zu durchbrechen. An solchen Formen könnte sich die Politik direkt oder indirekt beteiligen. Weil die meisten Freiwilligenagenturen gemäß ihrer Programmatik eine Querschnittsaufgabe bei der Förderung freiwilligen Engagements haben, passen sie auch selten in die versäulte Förderkulisse von Stiftungen und öffentlichen Institutionen. Förderinstrumente sollten aus diesem Anlass produktiv gebündelt werden, um auch neue Organisationsformen zu stabilisieren.

Vereine und Initiativen zu Ambiguität und zu neuen Schneidungen ermutigen

Gruppen, die sich möglichst wenig ambivalente Arrangements zu schaffen versuchen, verlieren in der Tendenz ihre Innovationsorientierung. Nonprofit-Organisationen sind nicht per se innovationsorientiert. Sie sind es dann, wenn sie als offene Systeme in vielfältigen Austauschbeziehungen mit ihrer Umwelt stehen und Ambiguitäten ertragen können. Vereine, in denen zum Beispiel Frauen nichts mit Männern, Junge nichts mit Alten, Arbeitende nichts mit Arbeitslosen zu tun haben (wollen), sind in der Tendenz von Auszehrung bedroht. Das innovative Potenzial einer Nonprofit-Organisation wird nach Osborne (1995) durch eine Reihe von Faktoren bestimmt, die zusammen einen innovativen Mix ergeben: Innovative Nonprofit-Organisationen haben eine flexiblere und zukunftsorientiertere Einstellung gegenüber ihrem Umfeld als andere. Sie sind auch über vielfältige Beziehungen besser in ihr organisatorisches Umfeld integriert. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass sie mehr Geld von staatlichen beziehungsweise städtischen Stellen erhalten.

Vereine, Initiativen müssen weiter im Sinne der Helferrückwirkung nichtintendierten Nutzen bieten. Das tun sie dann, wenn im Austausch mit anderen neue Erfahrungen und Rollendefinitionen möglich sind. Ein singuläres Vereinsziel kann sich abnutzen. Kontakte mit anderen bringen neue Ideen, aber auch ganz einfach Spaß, Erfahrung, soziales Leben.

Schließlich müssen Vereine und Initiativen auch offen sein für biografische Entwicklungen ihrer Mitglieder. Wenn man etwas nur in einer eng umgrenzten Lebensphase (zum Beispiel in der Jugend) beziehungsweise unter sehr spezifischen Lebensumständen (zum Beispiel als männlicher Single) tut, ist es schwer, biografische Übergänge zu vollziehen, ohne sich gleichzeitig aus den jeweiligen Gruppenbezügen zu verabschieden. Viele junge Erwachsene scheiden aus Vereinen und Initiativen aus, wenn sich ihre Lebensumstände (zum Beispiel Partnerschaft, Beruf) verändern. Das müsste nicht so sein, wenn etwa der neue Partner mit eingebunden würde und eine Rolle übernehmen könnte oder wenn bei starker beruflicher Beanspruchung frühzeitig und offensiv neue, angemessene Rollenangebote für das Mitglied zur Verfügung stünden. Vereine und Initiativen müssen auch offen sein für neue Mitglieder aus sozialen Randgruppen. Und solche Vereine, Initiativen, die explizit versuchen, Personen aus sozialen Randgruppen zu integrieren und dafür ihr Profil verändern, sollten besonders gefördert werden.

Die Kommunalverwaltungen zu „Vernetzern“ machen

In den letzten Jahren ist die „Politikebene Stadt“ (Zimmer 1997, S. 132) zunehmend stärker ins Blickfeld gerückt. Danach wird Lokalpolitik als Ort „umfassender Produktions-, Austausch- und Konsumptionsbeziehungen“ (Wollmann 1991, S. 19) betrachtet. Grell und Gappert (1993) verstehen unter „civic infrastructure“ das Gesamt der Netzwerke, Normen und sozialen Praktiken zur Entscheidung und Problemlösung in einer Gemeinde. Vereine und Initiativen sind nicht mehr die bloße Machtbasis von Lokalpolitikern, sondern werden zu alternativen Dienstleistungsanbietern und Partnern von Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung.

Allerdings sind die Kommunalverwaltungen bislang sehr zögerlich, innovative Prozesse im Sinne einer „enabling administration“ (vgl. Sanderson 1992) – einer „ermöglichenden Verwaltung“ – aktiv anzustoßen und mit dem dabei entstehenden, wenig verwaltungsförmigen Prozess umzugehen. Verwaltungen tun sich schwer mit Organisationskulturen, die andere Strukturen und Regeln aufweisen (zum Beispiel Selbsthilfegruppen) als sie selbst. Wo sie mit ihnen zusammenarbeiten,

haben sie die Tendenz, als Ressourcengeber auch die Organisationskultur massiv zu beeinflussen und Innovation eher zu blockieren denn zu fördern (vgl. dagegen den Empowerment-Ansatz: Stark 1996).

Diese Tendenz wird noch verstärkt durch die aktuelle Diskussion um eine – durchaus notwendige – Reform der staatlichen und kommunalen öffentlichen Verwaltung. Es besteht nämlich die Gefahr, dass die Kommunen sich in einer Rhetorik verfangen, die sie auf eine Rolle als „Servicefirmen“ für einen individualisierten Gemeinde-„Kunden“ reduziert. Denn die Reformdiskussion wird dominiert vom Denkansatz des so genannten Neuen Steuerungsmodells (KGSt 1993), der unter Verwendung von Metaphern aus der Wirtschaft vom Konzern Stadt und vom Bürger als Kunden spricht, rein effizienzorientiert argumentiert und die politische Dimension kommunaler Verwaltung ausblendet. In einem so dominierten Diskurs ist es schwer, die Offenheit der Verwaltung für innovative Formen sozialer Organisation (zum Beispiel „Agenda 21“) zu propagieren. Die Rolle des Anstoßgebers („enabling administration“) ist in der Verwaltung noch wenig etabliert und verstanden. Die Schnittstellen zwischen Verwaltung und innovativen Formen des Freiwilligenengagements bedürfen dringend der Optimierung (Kraus & Knaier 1989).

Wohlfahrtsverbände zu „vermittelnden Instanzen“ für aktivierbare Gemeinschaftspotenziale entwickeln

Ein großer Teil bürgerschaftlichen Engagements wird im Sozialbereich ehrenamtlich erbracht und hat sich im institutionellen Einflussbereich der Wohlfahrtsverbände vollzogen. Genau in dieser Verknüpfung sind aktuelle Mobilisierungsbarrieren der vorhandenen Tätigkeitspotenziale begründet. Einerseits gibt es die Klage der Verbände, dass ihr Bestand an Ehrenamtlichen zurückgehe, und andererseits besteht bei den korporatistischen Verbandsstrukturen eine reflexartige Abwehrhaltung gegenüber allen Formen zivilgesellschaftlich organisierter Tätigkeiten, etwa gegenüber Selbsthilfe-Initiativen und kommunaler Selbsthilfeförderung.

Der Rückgang ehrenamtlichen Engagements im Bereich der Wohlfahrtsverbände sollte allerdings nicht umstandslos als

Ausdruck mangelnder Bereitschaft gedeutet werden. Vieles weist darauf hin, dass die Passung zwischen den Organisationsformen der Verbände und den motivationalen Handlungsbereitschaften von Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr stimmt. Verbände betrachten ihre Ehrenamtlichen noch immer als Einsatzreserve, die in ihren hierarchisch aufgebauten institutionellen Handlungsketten Tätigkeiten zugewiesen erhalten. Eine solche Position wird zunehmend zu einem Hemmfaktor für die Entfaltung des sozialen Kapitals der kleinen Netze und Zusammen-schlüsse.

Die Wohlfahrtsverbände stehen gegenwärtig unter einem massiven Rechtfertigungs- und Veränderungsdruck. Sie sehen sich der Anforderung ausgesetzt, ihr Handeln an neuen Qualitätskriterien auszurichten. Dazu gehört auch eine innovative Leitbildentwicklung. Bei der Entwicklung neuer Leitbilder für den Bereich der professionellen sozialen Dienste und der Erbringung staatlicher sozialpolitischer Leistungen könnte das Konzept einer demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft in Verbindung mit einer Empowerment-Perspektive orientierend wirken. Sozialpolitik muss ihr traditionelles programmatisches Zentrum von der Kompensation „beschädigten Lebens“ verändern. Empowerment-Prozesse sind in einzelnen sozialpolitischen Handlungsfeldern bereits intensiv erprobt worden, vor allem im Selbsthilfebereich; sie sollten zum grundlegenden Gestaltungsprinzip von Sozialpolitik werden. Eine daran orientierte Wohlfahrtsgesellschaft muss „der Handlungsautonomie der Betroffenen und handlungsermächtigenden Strukturen (Empowerment) stets Priorität einräumen, die auf die Selbstorganisation sozialer Dienste und Leistungen angelegt sind“ (Frankenberg 1994, S. 221). Sozialpolitische Leistungen, seien es Transferzahlungen, Sachleistungen oder personale Dienstleistungen, sollten von der Prämisse geleitet sein, dass sie Eigentätigkeit und Lebenssouveränität voraussetzen und fördern. Wohlfahrtsverbände sollten im Sinne solcher Leitbildvorstellungen zu „mediating structures“ (Berger & Neuhaus 1977) werden, also zu vermittelnden Instanzen für die Förderung sozialen Kapitals.

Da Verbände ihren Handlungsauftrag und ihre finanziellen Ressourcen staatlicher Delegation verdanken, ist es erforderlich, die subsidiär zu erbringenden Leistungen an einem neuen Leitbild

auszurichten und an öffentlich überprüfbare Kriterien zu binden. Solche Kriterien könnten sein:

- Partizipations- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Freiwillige;
- Ausbildungs- und Supervisionsangebote für Freiwillige im bürgerschaftlichen Engagement;
- Sicherung eines spezifischen Budgetanteils für die Förderung von Selbsthilfe- und Freiwilligenaktivitäten;
- Nutzung von infrastrukturellen Ressourcen für solche Aktivitäten;
- Förderung von Projekten bürgerschaftlichen Engagements.

Allgemeine Rahmenstrategien zur Förderung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit

Unter den allgemeinen Rahmenstrategien zur Förderung von freiwilligem sozialem Engagement sind zum einen Vorgehensweisen zu verstehen, die den normativ-rechtlichen Rahmen überprüfen und anpassen mit dem Ziel, verbindliche rechtliche Regelungen in diesem Bereich zu schaffen. Zum anderen geht es darum, Einfluss auf die öffentliche Diskussion zu nehmen und von daher über politische Kampagnen den diskursiven Boden für eine Veränderung der öffentlichen Wahrnehmung des sozialen Engagements zu bereiten. Damit dies gelingt, ist es notwendig, die Wertigkeit von freiwilligem sozialem Engagement zu betonen beziehungsweise zu erhöhen. Den Politikern kommt hier eine wichtige Scharnierfunktion zwischen einzelnen gesellschaftlichen Gruppierungen zu.

Da im modernen bürgerschaftlichen Engagement davon auszugehen ist, dass interessierte Personen nicht mehr wie im traditionellen Ehrenamt ihr Engagement als eine lebenslange Verpflichtung betrachten, müssen immer wieder neue Anreize geschaffen werden, um das Engagement aufrechtzuerhalten. Wichtig wäre es deshalb, soziales Engagement mit einer Projektlogik zu verknüpfen, die einen vorhersehbaren Abschluss

in sich trägt und damit eine Synchronisierung mit der eigenen Biografie ermöglicht, ohne Gefahr, in eine altruistische Geiselschaft genommen zu werden („Du kannst uns doch jetzt nicht allein lassen!“). Entsprechend schlägt Handy (1988) jedem, der beabsichtigt, sich in einer gemeinnützigen Organisation zu engagieren, vor, eine Antwort auf die Frage zu verlangen: „Wenn ich meines Engagements bei euch überdrüssig werde, werdet ihr mir dabei helfen, mich auf eine würdige Weise von euch zu verabschieden oder eine neue Herausforderung bei euch zu finden?“ (ebd., S. 38). Vereine und gemeinnützige Organisationen müssen sich darauf einstellen, dass Ehrenamtliche ihrem „individuellen Lebensfahrplan“ (Kühnlein 1997) folgen und dementsprechend ihre Freizeitaktivitäten – einschließlich ihres Engagements – gestalten und verändern.

Die Biografie der ehrenamtlich Tätigen, ihre Erfahrungen und Erwartungen, „muss zu einer Kategorie werden, die bereits bei der Rekrutierung neuer Mitarbeiter und bei der innerverbandlichen Organisation des Engagements in den Blick genommen wird. Für die Gewinnung neuer Mitarbeiter bedeutet dies, dass eine Passung zwischen den Anforderungen des ehrenamtlichen Aufgabenfeldes und den Sinnorientierungen und biografischen Planungen der Ehrenamtlichen vorliegen muss. Dabei stellt sich als arbeitsorganisatorische Anforderung an die Verbände und Organisationen, die Rahmenbedingungen derart zu gestalten, dass eine Balance zwischen der Realisierung selbstbezogener Aspekte für die Ehrenamtlichen und der Unterstützung Hilfsbedürftiger möglich wird“ (Jakob 1993, S. 285).

Wichtig ist die Schaffung von Gelegenheiten, von flexiblen Strukturen und variablen Angeboten sowie die individuelle Vermittlung von Tätigkeiten, wie sie zum Beispiel in Freiwilligenagenturen erfolgt, die im Gespräch aus einem umfangreichen Angebot die persönlichen Motive und Lebenslagen der Helfer mit den spezifischen Aufgaben verknüpfen. Darüber hinaus sollten Möglichkeiten für einen vorübergehenden Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit (zum Beispiel als „sabbatical“, also eine befristete Freistellung) geschaffen werden.

Daneben sind weitere Fördermöglichkeiten denkbar:

- Formen der „symbolischen Politik“ (wieder) nutzen. Darunter sind demonstrative Gesten auf der politischen Ebene zu verstehen, die in die öffentliche Diskussion hineinwirken.
- Ein Verbindungsgremium kreieren. Frankreich und Großbritannien haben auf staatlicher Ebene Gremien geschaffen, die die Verbindung zwischen Regierung und Nonprofit-Sektor auf Regierungsebene institutionalisieren. Ein solches Gremium erscheint schon allein zur Wahrnehmung der politischen Gestaltungsaufgabe der Regierung sinnvoll, da der Nonprofit-Sektor in großem Umfang Sozialpolitik konzeptionalisiert und realisiert.
- Social Sponsoring ermöglichen. Um die Möglichkeiten des Social Sponsorings zu erweitern, muss auch die Politik aktiv werden. Kleine Projekte haben eine sehr geringe Kapazität, sich im Kontext des Social Sponsorings darzustellen und bekannt zu machen. Hier sind die politischen Vertreter gefordert, stärker als Makler und Moderator zwischen Unternehmen und Projekten aufzutreten.
- Neue administrative Förderkonzepte initiieren. Auf örtlicher und regionaler Ebene sollte die Politik zum Beispiel „Freiwilligenfonds“ initiieren, an deren Finanzierung sich auch Unternehmen beteiligen. Dadurch erhalten die Fonds den Charakter einer gemeinschaftlichen Stiftung, die auch eine Art Gütesiegel an die mitfinanzierenden Mitglieder der Stiftung ausgeben kann. Wenn ein Hauptgrund der Nichtaktivität für ihr fehlendes Engagement ist, nicht gefragt worden zu sein, dann müssen auch Politiker dies berücksichtigen. Warum sollten neben die innerparteilichen Wettbewerbe um Mitgliederrekrutierung nicht auch Wettbewerbe um die Rekrutierung von Freiwilligen vor Ort treten?
- „Sozialen Boden düngen“ – Strategien im Hintergrund. Vereine und Initiativen entwickeln sich aus einem Geflecht von Netzwerkbeziehungen. Wichtig wäre, dieses Netzwerk zu fördern und durch Zugänglichmachen von Ressourcen zu stützen, zum Beispiel indem Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Nicht alles, was aus solcher Förderung ent-

steht, gefällt der Politik, aber vieles davon ist gemeinschaftsbezogen. Man kann Förderungen nicht an- und abschalten und wie einen Laserstrahl fokussieren. Im Gegenteil: Völlig zielgerichtete, rationalistische Förderprogramme begünstigen die Selbstbedienungsmentalität großer Verbände. Diese schaffen es am schnellsten, sich in ein Programm hineinzudefinieren; und sie provozieren rasch politische Kleinkriege, um zu bekommen, was sie wollen.

Nach Milofsky und Messer (1993) wirken politische Maßnahmen, die darauf zielen, die Bildung von sozialem Kapital zu fördern, am besten, wenn sie natürliche soziale Systeme unterstützen und stärken, statt ihnen vorgefertigte Modelle überzustülpen. Effektive lokale Bewegungen sind oft nichtintendierte und unerwartete Folgen anderer Aktivitäten. Direkter, rationaler Wandel scheidet häufig gerade wegen seiner Direktheit und Eindeutigkeit. So angelegte Interventionen werden leicht zum Ziel politischer Konkurrenz und Ausbeutung, was die Veränderungsbestrebungen ins Leere laufen lässt. Ziel muss es deshalb sein, für unterschiedliche Politikfelder einen normativen und finanziellen Rahmen zu schaffen, der freiwilliges soziales Engagement in seiner lokalen und sozialen Bindung ermöglicht und fördert.

Schlussfolgerungen für Politik und Gemeinwesen

Ich möchte meine Überlegungen zusammenfassen und einige allgemeinere Leitlinien für Gesellschaft und Politik herausarbeiten:

- Bürgerschaftliches Engagement ist von dem Leitbild einer Zivilgesellschaft geprägt, in der Selbstbestimmung, Partizipation und soziale Fairness die Grundpfeiler sind. Bürgerinnen und Bürger sind in ihren Wünschen nach Mitgestaltung ihrer eigenen Angelegenheiten ernst zu nehmen. Sie wollen weder als „Kinder in Not“, als Objekte staatlicher Kontrolle noch als bloße Konsumenten öffentlicher Dienstleistungen angesehen werden. Staatliche Aktivitäten sollen soziale Dienste und Leistungen nicht einfach nur zur Verfügung stellen, sondern darüber hinaus sich darum bemühen, eine Infrastruktur zu schaffen, die von der Philosophie des Empowerments geprägt ist. Sie soll gesellschaftliche Kräfte und Ressourcen mobilisieren.
- Die gegenwärtige Standortdebatte darf nicht auf ökonomische Prozesse reduziert werden. Eine demokratische Wohlfahrtsgesellschaft braucht neben dem ökonomischen auch kulturelles und „soziales Kapital“. Gemeint sind damit soziale Lebenszusammenhänge oder Lebenswelten, in denen jede Bürgerin und jeder Bürger die Chance hat, „Subjekt des eigenen Handelns“ zu werden und in diesem Handeln seine Identität entwerfen, entwickeln und verändern zu können. Identität braucht Anerkennung, und Anerkennung ist an soziale Zugehörigkeiten gebunden. Identität in diesem Sinne war in den Industriegesellschaften vor allem durch Erwerbsarbeit abgesichert. In dramatischer Weise lösen sich gegenwärtig arbeitsvermittelte Anerkennungsverhältnisse

auf und bilden zunehmend weniger Identitätsgaranten. Soziale Zugehörigkeit, Lebenssinn und Identitätsarbeit in einer Zivilgesellschaft bedürfen der Einbindung in „posttraditionale Gemeinschaften“, deren aktive Förderung zu einem zentralen Anliegen staatlichen Handelns werden muss.

- Woher soll dieses „soziale Kapital“ in Zeiten der zunehmenden Individualisierung kommen? Verbraucht nicht der Individualisierungsprozess alle Gemeinsinnressourcen? Sie werden verbraucht und zugleich auf „wundersame“ Weise erneuert! Verbraucht scheinen die klassischen Ressourcen aus dem Quell der Pflicht, der asketischen Selbstverleugnung, des Dienens und sich dadurch das „Himmelreich“ Verdienens. Aus dem häufig als Egoismus missverstandenen und kritisierten Quell der Selbstentfaltung und -gestaltung scheinen am ehesten die neuen Gemeinschaftsressourcen zu sprudeln. Menschen tun etwas für sich, und überraschenderweise entsteht dabei nicht nur der „Tanz um das goldene Selbst“, was von antihedonistischen Moralisten prophezeit wurde und wird, sondern die Motivquellen werden vielfach in Gemeinschaftsinitiativen investiert. Den so oft vorhergesagten „Egotripler“, „Einsiedlerkrebs“ oder „Großstadteremiten“ gibt es, aber er beherrscht die Städte nicht. Gerade dort entdecken wir am ehesten Bürgerinnen und Bürger, die multipel sozial vernetzt sind.
- Im Widerspruch zu öffentlichen Klagen ist soziales Engagement – verglichen mit den 50er und 60er Jahren – in allen Kommunen ein Wachstumsbereich. Klage geführt wird meist von Vertretern klassischer karitativer Verbände, bei denen real ein Einbruch beim ehrenamtlichen Engagement zu registrieren ist. Der kirchlich oder verbandlich ungebundene Bereich bürgerschaftlichen Engagements nimmt zu und ist zu einem eigenständigen, pluralen und oft unbequemen Teil der sozialen Infrastruktur geworden. Kommunen und übergeordnete staatliche Instanzen haben unterschiedlich viel zur Förderung dieses Wurzelwerkes bürgerschaftlichen Engagements getan. Insgesamt jedoch fällt diese Förderung im Vergleich mit anderen europäischen Ländern gering aus. In den Niederlanden sind nach Expertenschätzungen fast die Hälfte der Erwachsenen bürgerschaftlich aktiv. 25 Prozent betätigen sich im Durchschnitt 15,5 Stunden pro Monat. Der Gesamtwert dieser Aktivitäten entspricht etwa 8 Prozent des Bruttosozial-

produktes. Ähnlich hoch ist in der Bundesrepublik Deutschland die Bereitschaft zu sozialem Engagement, nicht aber das tatsächliche Aktivitätsspektrum. Es kommt deshalb darauf an, Gelegenheitsstrukturen für bürgerschaftliches Engagement zu schaffen und einen verlässlichen Anteil der staatlichen Budgets dafür festzulegen.

- Aktivitäten zur Schaffung sozialen Kapitals bedürfen nicht nur der öffentlichen Anerkennung und Wertschätzung, sie müssen darüber hinaus als Wertschöpfung begriffen werden: Nicht allein die Erwerbsarbeit, sondern auch soziale Gemeinschaftsinitiativen schaffen Werte, ohne die eine postindustrielle Gesellschaft gar nicht existieren könnte. Wenn soziale Tätigkeiten so begriffen werden, dann müssen sie unserer Gesellschaft auch etwas „wert“ sein. Die klassischen unverbindlichen und oft sogar zynisch wirkenden Anerkennungsformen für ehrenamtliche Tätigkeiten reichen nicht aus. Modelle monetärer Anerkennung, die gegenwärtig zur Diskussion gestellt werden, müssen ernsthaft aufgegriffen und umgesetzt werden: zum Beispiel Anrechnung sozialen Engagements auf Steuer und Alterssicherung; steuerfinanzierte Grundsicherung oder „Bürgergeld für alle“; „öffentliche Stipendien“ für die Beteiligung an gemeinschaftsorientierten Aktivitäten.

- Konkret sind folgende Fördermaßnahmen zu ergreifen:

Projekte des bürgerschaftlichen Engagements, wie Freiwilligenagenturen, Seniorengenossenschaften, Mütterzentren oder Selbsthilfeinitiativen und ihre Aktiven, brauchen Unterstützung durch anerkannte staatliche Förderinstrumente:

- durch Einordnung als „besonders förderungswürdig im Sinne der Abgabenordnung“, damit sie berechtigt sind, Spendenbescheinigungen auszustellen;
- durch steuerliche Anerkennung nicht nur von Geld-, sondern auch von „Zeitspenden“;
- durch die Versicherung von „Sozialzeiten“, damit diese auf die Rente angerechnet werden können;

- durch Einführung von „favor credits“, das heißt, durch soziales Engagement kann die Berechtigung zur kostenlosen Nutzung spezifischer Dienstleistungen erworben werden.

Benötigt werden aktive Förderinstrumente zur Mobilisierung der „schlafenden Reserven“ bürgerschaftlichen Engagements:

- durch Fördertöpfe bei den Kommunen (vgl. Selbsthilfeförderung);
- durch Schaffung von kommunalen Unterstützungsstellen;
- durch professionelles Coaching entsprechend der Empowerment-Philosophie;
- durch Nutzung von Moderations- und Mediationskompetenzen.

Die öffentliche Verwaltung und die subsidiär subventionierten Verbände müssen sich verändern. Statt einer Strategie der Instrumentalisierung sind im Zuge von Qualitätssicherungsprozessen ermöglichende Strukturen zu schaffen.

Bürgerinnen und Bürger in Projekten bürgerschaftlichen Engagements wünschen und brauchen intensive Fort- und Weiterbildung sowie Supervisionsangebote:

- durch Nutzung der Kompetenzen von Bildungswerken im Bereich der Erwachsenenbildung;
- durch Supervision, die in spezifischen Bereichen freiwilliger sozialer Tätigkeit unerlässlich ist (zum Beispiel im Pflegebereich, in Hospizen, in der Laienarbeit in der Psychiatrie).

Bürgerschaftliches Engagement muss als „Querschnittsaufgabe“ betrieben werden, die „Übergänge“ schafft:

- durch Förderung synergetischer Möglichkeiten zwischen den Bereichen Ökologie, Soziales, Gesundheit und Wirtschaft (positives Beispiel: „Agenda 21“);

- durch Förderung von Projekten einer vielfältigen Tätigkeitskultur, etwa durch Verknüpfung von Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement;
- durch Unterstützung von „Seitenwechsel“-Projekten, die Kompetenzen- und Erfahrungsaustausch zwischen dem Sozial- und Gesundheitsbereich und der Wirtschaft ermöglichen.

Schon bei Kindern und Jugendlichen muss die Kompetenz zu bürgerschaftlichem Engagement gefördert werden:

- durch vielfältige Chancen zur Partizipation von Heranwachsenden in Schule, Berufsausbildung und Lebenswelt;
- durch spezifische Projekte des Ressourcentausches, in dem vor allem benachteiligte Jugendliche Empowerment-Erfahrungen sammeln können.

Bürgerschaftliches Engagement bildet die „Seele der Demokratie“ (Beck 1997) und ist eine zentrale Ressource für den innerstaatlichen demokratischen Lebensprozess. In das Aufmerksamkeitszentrum rücken jetzt die lokalen sozialen Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern, die ihre alltäglichen sozialen Lebensbedingungen aktiv mitgestalten wollen. Dabei eröffnet sich ein wichtiges Lernfeld für Konflikterfahrungen und Konfliktregulation. Dieses Lernfeld kann sich aber nur dann eröffnen, wenn Abschied genommen wird von naiv-harmonischen Gemeinschaftsnormen. Gerade die in Deutschland traditional verankerten Gemeinwohlvorstellungen enthalten nicht die demokratische Kernidee der Konfliktbewältigung. Das bürgerschaftliche Engagement ist deshalb ein wichtiger Innovationsbereich, weil er diese Kernidee transportiert: Es geht um Einmischung in öffentliche Angelegenheiten, und es geht um die Erkämpfung von Partizipation in der konflikthaften Auseinandersetzung mit staatlichen und parastaatlichen Instanzen. „Als demokratische erhält sich unsere Gesellschaft eben nicht dadurch, dass alle konfligierenden Gruppen ihre Interessen einem imaginären Wertekonsensus opfern. Vielmehr bildet sie das sie zusammenhaltende werthafte Band erst im Prozess solcher Konfrontationen aus. Wenn die Rede von einer kollektiven Identität demokratischer Gesellschaften

überhaupt einen Sinn macht, dann ist der in zivilen Formen ausgetragene Konflikt das Medium, in dem sich Identität, dieses Bewusstsein eines gemeinsam geteilten politischen Raumes herausbildet“ (Dubiel 1993, S. 30).

Aronowitz, Stanley & Cutler, Jonathan (Hrsg.) (1998). *Post-Work. The Wages of Cybernation*. New York, London: Routledge.

Baethge, Martin (1994). *Arbeit und Identität*. In U. Beck & E. Beck-Gernsheim (Hrsg.), *Risikante Freiheiten*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich (1996). *Kapitalismus ohne Arbeit*. *Der Spiegel* 20, 140–146.

Beck, Ulrich (Hrsg.) (1997). *Kinder der Freiheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich (1999). *Schöne neue Arbeitswelt*. Frankfurt am Main: Campus.

Berger, Peter L. & Neuhaus, Richard J. (1977). *To Empower People. The Role of Mediating Structures in Public Policy*. Washington, D. C.: American Enterprise Institute for Public Research.

Bobzien, Monika, Stark, Wolfgang & Straus, Florian (1996). *Qualitätsmanagement*. Alling: Dr. Sandmann.

Bulmer, Martin (1987). *The Social Basis of Community Care*. London: Policy Studies Institute.

BUND & Misereor (Hrsg.) (1996). *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*. Basel: Birkhäuser.

Coleman, James S. (1988). *Social Capital in the Creation of Human Capital*. *American Journal of Sociology* 94, 95–120.

Dahrendorf, Ralf (1979). *Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Dettling, Warnfried (1995). *Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft*. Gütersloh: Bertelsmann.

Deutsche Gesellschaft für Freizeit (DFG) (1995). *Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft. Daten und Stellungnahmen zu Punkten der Großen Anfrage im Deutschen Bundestag*.

Diewald, Martin (1991). *Soziale Beziehungen: Verlust oder Liberalisierung? Soziale Unterstützung in informellen Netzwerken*. Berlin: Sigma.

Dubiel, Helmut (1990). *Linke Trauerarbeit*. *Merkur* 44, 482–491.

Dubiel, Helmut (1993). *Das ethische Minimum*. In J. Hohl & G. Reisbeck (Hrsg.), *Individuum – Lebenswelt – Gesellschaft. Texte zu Sozialpsychologie und Soziologie* (S. 27–30). München: Profil.

Elster, Jon (1989). *The Cement. A Study of Social Order*. Cambridge: Cambridge University Press.

Emnid/Generation BRAVO (1997). *Generation BRAVO. Eine repräsentative Umfrage unter 3 200 in Deutschland lebenden Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren im Zeitraum vom 18.2. bis 22.3.1997*. München: Bravo.

Etzioni, Amitai (1993). *The Spirit of Community. The Reinvention of American Society*. New York: Touchstone.

Etzioni, Amitai (Hrsg.) (1995). *Rights and the Common Good. The Communitarian Perspective*. New York: St. Martin's Press.

Evers, Adalbert (1994). *Begrenzte Anerkennung, oder: warum sind Solidaritäten und Gemeinschaftsbindungen nur beschränkt politikfähig?* In M. Fechter (Hrsg.), *Mut zur Politik. Gemeinsinn und politische Verantwortung* (S. 115–128). Frankfurt: Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie.

Farkas, Wolfgang (1997). *Blindtext, der brennt. Von der Schwierigkeit, über Jugendkultur zu schreiben*. *Süddeutsche Zeitung* vom 19.2.1997, S. 17.

Fend, Helmut (1988). *Sozialgeschichte des Aufwachsens. Bedingungen des Aufwachsens und Jugendgestalten im zwanzigsten Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Frankenberg, Günter (1994). *Solidarität in einer Gesellschaft der Individuen? Stichworte zur Zivilisierung des Sozialstaates*. In G. Frankenberg (Hrsg.), *Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft* (S. 210–223). Frankfurt am Main: Fischer.

Fung, K. K. (1995). *Doing well by Doing good – a Market for Favors*. In *Independent Sector* (Hrsg.), *Nonprofit Organizations as Public Actors: Rising to New Public Policy Challenges* (S. 561–570). Washington, D.C.: Spring Research Forum.

Gensicke, Thomas (1998). *Sind die Deutschen reformscheu? Potentiale der Eigenverantwortung in Deutschland*. *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 18, 19–30.

Giddens, Anthony (1997). *Jenseits von Links und Rechts*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Giddens, Anthony (1999). *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Goebel, Johannes & Clermont, Christoph (1997). *Die Tugend der Orientierungslosigkeit*. Berlin: Volk + Welt.

Grell, Jochen & Gappert, Gary (1993). *The New Civic Infrastructure: Intersectoral Collaboration and the Decision-making Process*. *National Civic Review* (Spring 1993), 140–148.

Gross, Peter (1995). *Abschied von der monogamen Arbeit*. *gdi impuls* 3, 31–39.

Guldimann, Tim et al. (1978). *Sozialpolitik als soziale Kontrolle*. *Starnberger Studien 2*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Handy, Charles (1988). *Understanding Voluntary Organizations*. London: Routledge.

Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.) (1996). *Mit der Jugend Staat machen. Dokumentation eines Expertengesprächs mit der INRA-Jugendstudie der Hanns-Seidel-Stiftung*. Grünwald: Hanns-Seidel-Stiftung.

Heinze, Rolf G. & Keupp, Heiner (1998). *Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit*. In Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hrsg.), *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Anlageband, Band 3: Zukunft der Arbeit sowie Entkoppelung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung* (S. 107–241). Bonn: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen.

Heinze, Rolf G. & Bucksteeg, Martin (1996). *Freiwilliges soziales Engagement in NRW: Potentiale und Förderungsmöglichkeiten*. In MAGS von NRW (Hrsg.), *Zukunft des Sozialstaates. Freiwilliges soziales Engagement und Selbsthilfe*. Düsseldorf: MAGS.

Hodgkinson, Virginia A. & Weitzman, Murray S. (1992). *Volunteering and Giving among Teenagers 12 to 17 Years of Age*. Washington, D. C.: Independent Sector.

Hofer, Bettina (1996). *Helferpflege. Qualitative und inhaltsanalytische Untersuchungen über die Bedeutsamkeit von Anleitung und Begleitung bei Helferinnen und Helfern in sozialen Tätigkeitsfeldern*. Unveröff. Diplomarbeit, Universität Regensburg.

Höfer, Renate & Straus, Florian (1998). Arbeitsorientierung und Identität. In B. Lutz (Hrsg.), *Entwicklungsperspektiven von Arbeit*. München: Hampp.

Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (1984). Auf dem Weg zu einer Gesellschaft von Einzelgängern? *Neue Züricher Zeitung* vom 7.7.1984, S. 9.

IBM-Jugendstudie/Institut für empirische Psychologie (1995). „Wir sind o.k.“ Stimmungen, Einstellungen, Orientierungen der Jugend in den 90er Jahren. Köln: Eigenverlag.

Inglehart, Ronald (1989). *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*. Frankfurt am Main: Campus.

Jakob, Gisela (1993). *Zwischen Dienst und Selbstbezug. Eine biographieanalytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements*. Opladen: Leske + Budrich.

Jakob, Gisela (1994). Ehrenamtliches Engagement im sozial-katholischen Milieu: Biographische Grundlegung und verbandliche Rahmenbedingungen. In E. M. Hoerning & M. Corsten (Hrsg.), *Institution und Biographie. Die Ordnung des Lebens* (S. 221–236). Pfaffenweiler: Centaurus.

Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (1992). *Jugend, 92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.

Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (1997). *Jugend, 97. Zukunftsperspektiven – gesellschaftliches Engagement – Politische Orientierungen*. Opladen: Leske + Budrich.

Jung, Helmut (1994). Wertewandel im freiwilligen Bürgerengagement. In Akademie für politische Bildung/Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.), *Ehrenamt – Krise oder Formwandel?* (S. 21–64) Tutzing: Eigenverlag.

Keupp, Heiner (1988). *Risikante Chancen. Das Subjekt zwischen Psychokultur und Selbstorganisation*. Heidelberg: Asanger.

Keupp, Heiner (1993). Aufrecht gehen lernen in einer Welt risikanter werdender Chancen. Eine Empowerment-Perspektive für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. *Blätter der Wohlfahrtspflege* 140, 52–55.

Keupp, Heiner (1994). *Psychologisches Handeln in der Risikogesellschaft. Gemeindepsychologische Perspektiven*. München: Quintessenz.

Keupp, Heiner (1995). Zerstört Individualisierung die Solidarität? In M. Fechter (Hrsg.), *Mut zur Politik. Gemeinsinn und politische Verantwortung* (S. 9–45). Frankfurt: Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie.

Keupp, Heiner (1997). *Ermutung zum aufrechten Gang*. Tübingen: DGVT

Keupp, Heiner & Höfer Renate (Hrsg.) (1997). *Identitätsarbeit heute*. Frankfurt am Main: Campus.

Keupp, Heiner et al. (1996). *Erwerbsverläufe, soziale Netzwerke und Identitätsentwicklung junger Erwachsener*. Projektantrag an die DFG Bonn. Fortsetzungsantrag. Universität München.

Keupp, Heiner, Ahbe, Thomas, Gmür, Wolfgang et al. (1999). *Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne*. Reinbek: Rowohlt.

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) (1993). *Das Neue Steuerungsmodell. Begründung, Konturen, Umsetzung*. Bericht 5/1993. Köln: Eigenverlag.

Klages, Helmut (1998). Engagement und Engagementpotential in Deutschland. *Erkenntnisse der empirischen Forschung. Aus Politik und Zeitgeschichte B* 38, 29–38.

Knauff, E. Burt (1992). *America's Teenagers as Volunteers*. Washington, D. C.: Government.

Körper-Stiftung (Hrsg.) (1993). *Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?* Hamburg: Körper-Stiftung.

Kraus, Wolfgang & Knaier, Waltraut (1989). Selbsthilfeinitiativen und kommunale Selbsthilfeförderung. Weinheim: Deutscher Studien-Verlag.

Kühnhardt, Ludger (1994). Jeder für sich und alle gegen alle. Zustand und Zukunft des Gemeinsinns. Freiburg: Herder.

Kühnlein, Irene (1997). Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit: Ziele und Motivationsstrukturen. Unveröffentlichtes Thesenpapier aus der Arbeitsgruppe Zukunft der Arbeit. Münchner Projektgruppe für Sozialforschung MPS: München.

Marbach, Jan H. & Mayr-Kleffel, Verena (1988). Soweit die Netze tragen ... Familien und soziales Umfeld. Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Wie geht's der Familie? Ein Handbuch zur Situation der Familien heute. München: Kösel.

Meier, Bernd (1996). Sozialkapital in Deutschland – eine empirische Skizze. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.

Meyer Peter C. & Budowski Monica (Hrsg.) (1993). Bezahlte Laienhilfe und freiwillige Nachbarschaftshilfe. Zürich: Seismo.

Milofsky, Carl & Messer, John (1995). Seedbeds for Social Capital Formation: Policies to Enhance Local Philanthropic Cultures. In Independent Sector (Hrsg.), Nonprofit Organizations as Public Actors: Rising to New Public Policy Challenges. Washington, D. C.: Spring Research Forum.

Mitscherlich, Alexander (1965). Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Müller-Kohlenberg, Hildegard (1990). Die Helferrückwirkung. Was profitiert der Helfer von seiner Hilfeleistung? In R. G. Heinze & C. Offe (Hrsg.), Formen der Eigenarbeit (S. 212–224). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Müller-Kohlenberg, Hildegard, Kardorff, Ernst von & Kraimer, Klaus (1994). Laien als Experten. Frankfurt am Main: Campus.

Mutz, Gerd (1996). Dynamische Arbeitslosigkeit. Unveröffentlichte Expertise für die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Bonn.

Mutz, Gerd, Kühnlein, Irene, Burda-Viering, Marina & Holzer, Boris (1997). Öffentliche Eigenarbeit. Sozialwissenschaftliche Untersuchung des „Haus der Eigenarbeit“ in München. Abschlussbericht an die anstiftung. mps texte 1/97. München: Eigenverlag.

Nadai, Eva (1996). Gemeinsinn und Eigennutz. Freiwilliges Engagement im Sozialbereich. Bern: Haupt.

Osborne, Stephen P. (1995). The Genie of the Lamp? The Role of Voluntary Organizations in Innovation in Social Care Services: Evidence from the United Kingdom. In Independent Sector (Hrsg.), Nonprofit Organizations as Public Actors: Rising to New Public Policy Challenges (S. 391-412). Washington, D. C.: Spring Research Forum.

Paulwitz, Irene (1988). Freiwillige in sozialen Diensten. Volunteers und Professionelle im Wohlfahrtssektor der USA. Weinheim, München: Juventa.

Paulwitz, Irene (1995). Wem gebührt die Ehre? Das Ehrenamt im europäischen Vergleich – die Eurovol-Studie. aktiv und gemeinsam 1, 1–2.

Prokop, Ernst, Schroll-Decker, Irmgard & Hofer, Bettina (1996). Ehrenamtliche soziale Arbeit in der städtischen Gesellschaft. München: Verein für Fraueninteressen e.V.

Putnam, Robert D. (1995). Bowling alone: America's Declining Social Capital. Journal of Democracy 6, 65–78.

Rifkin, Jeremy (1997). Die dritte Säule der neuen Gesellschaft. Die Zeit vom 2.5.1997, S. 32.

Röhrle, Bernd (1994). Soziale Netzwerke und soziale Unterstützung. Weinheim: Psychologie-Verlags-Union.

Rorty, Richard (1995). Hoffnung statt Erkenntnis. Eine Einführung in die pragmatische Philosophie. Wien: Passagen.

Roth, Silke & Simoneit, Gerhard (1993). Vergesellschaftung durch ehrenamtliche Tätigkeit im sozialen Bereich. In M. Kohli et al. (Hrsg.), Engagement im Ruhestand. Rentner zwischen Erwerb, Ehrenamt und Hobby (S. 143–179). Opladen: Leske + Budrich.

Salamon, Lester M. & Anheier, Helmut K. (1994). The Emerging Sector: The Non-Profit-Sector in Comparative Perspective – An Overview. Baltimore: John Hopkins University Press.

Salamon, Lester M. & Anheier, Helmut K. (1995). The Emerging Sector: A Statistical Supplement. Baltimore: John Hopkins University Press.

Sanderson, Ian (1992). Introduction. The Context of Quality in Local Government. In I. Sanderson (Hrsg.), Management of Quality in Local Government (S. 1–15). Essex.

Schattenhofer, Karl (1992). Selbstorganisation und Gruppe. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Schmidtchen, Gerhard (1997). Wie weit ist der Weg nach Deutschland? Sozialpsychologie der Jugend in der post-sozialistischen Welt. Opladen: Leske + Budrich.

Sennett, Richard (1996). Etwas ist faul in der Stadt. Wenn die Arbeitswelt bröckelt, wird die Lebenswelt kostbar: Perspektiven einer zukünftigen Urbanität. Die Zeit vom 26.1.1996, S. 47/48.

Silbereisen, Rainer K., Vaskovics, Laszlo A. & Zinnecker, Jürgen (Hrsg.) (1997). Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996. Opladen: Leske + Budrich.

Stark, Wolfgang (1996). Empowerment. Neue Handlungskompetenzen in der psychosozialen Praxis. Freiburg: Lambertus.

Statistisches Bundesamt (1992). Sonderauswertung zur Broschüre „Wo bleibt die Zeit“ – Ergebnis der Zeitbudgeterhebung 1991/92. Wiesbaden: Selbstverlag.

Sundeen, Richard A. (1995). Teenage Volunteers: Findings and Implications for Public Policy. Unpublished Working Paper. Virginia.

Taylor, Charles (1993). Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Transit 5, 5–20.

Teubner, Gunther (1982). Reflexives Recht. Entwicklungsmodelle des Rechts in vergleichender Perspektive. Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 1, 13–59.

Trojan, Alf & Stumm, Brigitte (Hrsg.) (1992). Gesundheit fördern statt zu kontrollieren. Frankfurt am Main: Fischer.

Ueltzhöffer, Jörg (1996). Wege zur Bürgergesellschaft: die Geislingen-Studie. In W. R. Wendt et al. (Hrsg.), Zivilgesellschaft und soziales Handeln. Bürgerschaftliches Engagement in eigenen und gemeinschaftlichen Bezügen (S. 121–137). Freiburg: Lambertus.

Walzer, Michael (1992). Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt am Main: Campus.

Walzer, Michael (1994). Moralischer Minimalismus. Deutsche Zeitschrift für Philosophie 42, 3–13.

Wilkinson, Helen (1997). Kinder der Freiheit. Entsteht eine neue Ethik individueller und sozialer Verantwortung? In U. Beck (Hrsg.), Kinder der Freiheit (S. 85–123). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Wilkinson, Helen & Mulgan, Geoff (1995). Freedom's Children: Work, Relationships and Politics for 18–34 Year Olds in Britain today. London: Demos.

Willke, Helmut (1992). *Ironie des Staates. Grundlinien einer Theorie des Staates polyzentrischer Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Campus.

Willke, Helmut (1995). *Systemtheorie III: Steuerungstheorie*. Stuttgart, Jena: Enke.

Wollmann, Heinz (1991). Entwicklungslinien lokaler Politikforschung – Reaktion auf oder Antizipation von sozio-ökonomischen Entwicklungen? In H. Heinelt & H. Wollmann (Hrsg.), *Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren* (S. 15–30). Basel: Birkhäuser.

Wuthnow, Robert (1997). Handeln aus Mitleid. In U. Beck (Hrsg.), *Kinder der Freiheit* (S. 34–84). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Wuthnow, Robert (1998). *Loose Connections. Joining together in America's Fragmented Communities*. Cambridge: Harvard University Press.

Zimmer, Annette (1997). *Vereine – Basiselement der Demokratie. Eine Analyse aus der Dritte-Sektor-Perspektive*. Opladen: Leske + Budrich.

Der Autor

Prof. Dr. Heiner Keupp

Jahrgang 1943, Hochschullehrer für Sozial- und Gemeindepsychologie an der Universität München. Er vertritt eine Position der reflexiven Sozialpsychologie. Seine Arbeitsinteressen beziehen sich auf soziale Netzwerke, gemeindenahe Versorgung, Gesundheitsförderung, Jugendforschung, postmoderne Identität und Kommunitarismus.

Aktuelle Buchveröffentlichungen:

- 1987 Psychosoziale Praxis im gesellschaftlichen Umbruch
Soziale Netzwerke (gemeinsam mit Bernd Röhrle
herausgegeben)
- 1988 Riskante Chancen
- 1989 Verunsicherungen (gemeinsam mit Helga Bilden
herausgegeben)
- 1991 Handbuch Qualitative Sozialforschung (herausgegeben
mit Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Lutz von Rosenstiel
und Stephan Wolff)
- 1993 Zugänge zum Subjekt
- 1994 Psychologisches Handeln in der Risikogesellschaft
- 1997 Identitätsarbeit heute
Ermutigung zum aufrechten Gang (beide gemeinsam
mit Renate Höfer herausgegeben)
- 1998 Der Mensch als soziales Wesen
- 1999 Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten
in der Spätmoderne (gemeinsam mit Thomas
Ahbe, Wolfgang Gmür, Renate Höfer, Wolfgang
Kraus, Beate Mitscherlich und Florian Straus)

Das Sozialpädagogische Institut (SPI) gehört zum Fachbereich Pädagogik des SOS-Kinderdorf e.V. und ist sozialwissenschaftlich und beratend tätig. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Fachpublikationen, vereinsinterne und externe Fachveranstaltungen sowie praxisbegleitende Forschungsprojekte. Aufgabe des Instituts ist es, die Praxis der SOS-Einrichtungen im Kontext aktueller jugendhilfe- und sozialpolitischer Entwicklungen in der Fachwelt zur Diskussion zu stellen.

SPI-Publikationen

Zu unseren Publikationen gehören das Fachmagazin „SOS-Dialog“ und die SPI-Schriftenreihe. In unregelmäßigen Abständen initiieren wir Buchprojekte und geben sie in Zusammenarbeit mit renommierten Verlagen heraus.

Unsere eigenen Publikationen können Sie – in der Regel kostenfrei – über das SPI beziehen, für einzelne Bände der Schriftenreihe wird eine Schutzgebühr erhoben. Wir nehmen Sie gerne in unseren Verteiler auf.

Das Fachmagazin „SOS-Dialog“ erscheint jährlich. In jedem Heft wird unter der Rubrik „Forum“ ein thematischer Schwerpunkt behandelt, in weiteren Rubriken finden Sie Beiträge zu aktuellen Themen und Fragen der Jugendhilfe sowie praxisbezogene Beiträge aus der Arbeit von SOS-Einrichtungen.

In unserer neu aufgelegten SPI-Schriftenreihe geben wir jährlich drei bis vier Bände heraus. Wir unterscheiden dabei:

- Autorenbände, in denen Autorinnen und Autoren zu einem aktuellen Thema Position beziehen,
- Praxisbände, in denen wir Themen aus der Praxis von SOS-Einrichtungen aufgreifen,
- Themenbände, in denen eine Fragestellung umfassend behandelt wird,
- Dokumentationen von Fachtagungen, sofern das Tagungsthema für die breite Fachöffentlichkeit von Interesse ist.

Fachmagazin SOS-Dialog

Elternarbeit, Heft 1993
Ausbilden statt Ausgrenzen, Heft 1995
Perspektiven von Beratung, Heft 1996
Jungenarbeit, Heft 1998
Kinderarmut in Deutschland, Heft 1999

SPI-Schriftenreihe

Autorenbände

„Qualitätsmanagement in der Jugendhilfe.
Erfahrungen und Positionen zur Qualitätsdebatte“
Mit Beiträgen von Norbert Struck, Klaus Münstermann und
Elfriede Seus-Seberich
Autorenband 1, 1999, Eigenverlag

Ulrich Bürger
„Erziehungshilfen im Umbruch.
Entwicklungserfordernisse und Entwicklungsbedingungen
im Feld der Hilfen zur Erziehung“
Autorenband 2, 1999, Eigenverlag

Heiner Keupp
„Eine Gesellschaft der Ichlinge?
Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden“
Autorenband 3, 2000, Eigenverlag

„Heimerziehung aus der Sicht von Kindern“
Mit Beiträgen von Wolfgang Graßl/Reiner Romer, Norbert
Wieland und Klaus Wolf
Autorenband 4, erscheint Frühjahr 2000, Eigenverlag

Praxisbände

SOS-Mütterzentrum Salzgitter
„Alles unter einem Dach – Der Neubau“
Praxisband, 1998, Eigenverlag

SOS-Kinderdorf Ammersee: Haus Leuchtturm
„Die Rückführung fremduntergebrachter Kinder in ihre Her-
kunftsfamilien am Beispiel einer Heilpädagogischen Kinder-
wohngruppe mit Sozialtherapie“
Praxisband 1, erscheint Frühjahr 2000, Eigenverlag

„Neue Entwicklungen im SOS-Kinderdorf I“
Mit Beiträgen über den Gemeinwesen-Treffpunkt des SOS-
Kinderdorfes Saar, über die 6-Tage-Wohngruppe mit Familien-
Stabilisierungs-Programm im SOS-Kinderdorf Pfalz und über
die Teilzeitausbildung zur Jugend- und Heimerzieherin an der
Sophienpflege in Tübingen (für angehende SOS-Kinderdorf-
mütter)
Praxisband 2, erscheint Herbst 2000, Eigenverlag

SPI-Buchprojekte

Johannes Münder (1998)
„Alleinerziehende im Recht – Ein Rechts- und Praxisratgeber“
Herausgegeben vom Sozialpädagogischen Institut im
SOS-Kinderdorf e.V.
2., völlig neu bearbeitete Auflage. Münster: Votum.

SOS-Mütterzentrum Salzgitter
„Die Rückkehr des Lebens in die Öffentlichkeit. Zur Aktualität
von Mütterzentren“
Herausgegeben vom Sozialpädagogischen Institut im
SOS-Kinderdorf e.V.
Erscheint im Hermann Luchterhand Verlag, Frühjahr 2000

SPI-Fachartikel

Gabriele Vierzigmann (1999). „Daß die sich so kümmern, das
ist schon irre!‘ Wohin, wenn nichts mehr geht? Zur Arbeit mit
obdachlosen Jugendlichen.“
Erschienen in: Sozialmagazin, Heft 10, S. 18-25

„Die fachpolitische Perspektive. Wo bewegt sich das Modell-
projekt SOS-Jugenddienst im Kontext der sozialpädagogischen
Hilfen?“
Ebd., S. 26-28

Kooperationsprojekte

„Qualität durch Partizipation und Empowerment –
Einmischungen in die Qualitätsdebatte“
Herausgegeben von Mike Seckinger, Sigrid Stiemert-Strecker
und Kristin Teuber
Erscheint im dgvt-Verlag, März 2000

Der SOS-Kinderdorf e.V. ist ein freier, gemeinnütziger Träger der Kinder- und Jugendhilfe, der sich auf der Basis lebensweltorientierter und partizipativer Ansätze Sozialer Arbeit insbesondere für sozial benachteiligte Kinder, Jugendliche und ihre Familien einsetzt.

In der Bundesrepublik Deutschland unterhält der SOS-Kinderdorfverein 63 Einrichtungen mit angeschlossenen Projekten: Kinderdörfer, Jugendeinrichtungen, Beratungsstellen, Berufsausbildungszentren, Behindertendorfgemeinschaften, Mütterzentren und Jung-hilft-Alt-Einrichtungen (Stand 3/1999).



SOS
KINDERDORF